Türkisch-Deutsche Studien
Jahrbuch 2019

Migrationsbewegungen und Rechtspopulismus nach 2015

herausgegeben von

Şeyda Ozil, Michael Hofmann,
Jens Peter Laut, Yasemin Dayıoğlu-Yücel
Cornelia Zierau und Didem Uca



Universitätsverlag Göttingen

Şeyda Ozil, Michael Hofmann, Jens Peter Laut,
Yasemin Dayıoğlu-Yücel, Cornelia Zierau, Didem Uca (Hg.)

Migrationsbewegungen und Rechtspopulismus nach 2015



Türkisch-deutsche Studien. Jahrbuch 2019
erschienen im Universitätsverlag Göttingen 2020

Migrationsbewegungen und Rechtspopulismus nach 2015

Herausgegeben von
Şeyda Ozil, Michael Hofmann,
Jens Peter Laut,
Yasemin Dayıoğlu-Yücel,
Cornelia Zierau und Didem Uca

Türkisch-deutsche Studien.
Jahrbuch 2019



Universitätsverlag Göttingen
2020

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Türkisch-deutsche Studien. Jahrbuch
herausgegeben von
Prof. Dr. Şeyda Ozil (Istanbul Universität)
Prof. Dr. Michael Hofmann (Universität Paderborn)
Prof. Dr. Jens Peter Laut (Universität Göttingen)
Dr. Yasemin Dayıoğlu-Yücel (Universität Paderborn)
Dr. Cornelia Zierau (Universität Paderborn)
Dr. Didem Uca (Colgate University)

https://univerlag.uni-goettingen.de
ISBN: 978-3-86395-453-6
DOI: https://doi.org/10.17875/gup2020-1309
eISSN: 2197-4993

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Als Herausgeber*innen des Jahrbuchs *Türkisch-Deutsche Studien* sind wir daran gewöhnt, unsere Zusammenarbeit per E-Mail und Telefon über Städte-, Länder- und immer wieder auch Kontinentengrenzen hinweg zu organisieren. Aktuell ist anders, dass wir – selbst wenn wir wollten – nicht ohne Weiteres zusammenkommen könnten, denn überall gibt es Kontaktverbote, Ausgangssperren und geschlossene Grenzen. Ein kleines Virus hat sich als so transnational entpuppt, dass es die Menschheit in ihre Schranken verwiesen hat. Doch auch angesichts der aktuellen Corona-Pandemie sind die zuvor existierenden Probleme nicht weniger geworden. Im Gegenteil haben sie sich vielmehr verstärkt, auch wenn sie zurzeit weniger Nachrichtenwert besitzen. Zum politischen Spielball gewordene Flüchtlinge sind aktuell noch verletzbarer. Rechte verbreiten Verschwörungstheorien zum Virus. In Ländern, in denen das Einkommen starken Einfluss auf den Erhalt der eigenen Gesundheit und den Zugang zum Gesundheitswesen hat, leiden die sozial Schwächeren doppelt. Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Anerkennung der Menschenrechte für jedes einzelne Individuum sind deshalb virulent wie selten zuvor.

In diesem mittlerweile zehnten Band des Jahrbuches sind wir vor allem der Frage nachgegangen, wie sich das deutsch-türkische Verhältnis durch den wachsenden Zuspruch für rechtspopulistische Parteien und nach der Zuspitzung der sogenannten Flüchtlingskrise verändert hat. Fast zeitgleich mit vielen Geflüchteten sind nach dem Putschversuch auch türkische Familien nach Deutschland eingewandert. Oftmals können die aus einem akademischen Umfeld stammenden neuen Einwanderer aus der Türkei sich nicht mit den in Deutschland bereits alteingesessenen Migrant*innen und Postmigrant*innen identifizieren, wodurch eine neue Art der Diskriminierung entsteht. Die Künstlerin Işıl Eğrikavuk setzt diese komplexe Überlagerung von Selbst- und Fremdbildern in ihrem Bild mit dem Titel *BUT YOU DON'T* in Szene.

Gülistan Gürbey verknüpft in ihrem Meinungsartikel aktuelle Entwicklungen in beiden Ländern mit den bilateralen politischen Verhältnissen. Obwohl eine wirkliche Entspannung zwischen den Ländern noch nicht eingesetzt hat und es in Deutschland nach wie vor zu rechtsradikalen Übergriffen kommt, stellt sie doch ein besseres Verhältnis zwischen der türkeistämmigen Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft fest, während Geflüchtete anderer Länder nunmehr den geringgeschätzten Status der ehemaligen Gastarbeitergeneration einnehmen. Diskriminierung wird somit einfach nur verschoben.

Ein zentrales Thema in diesem Band ist die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus. Ayhan Kaya präsentiert Ergebnisse einer Studie, in der Anhänger rechtspopulistischer Parteien in Städten wie Dresden, Rom und Istanbul interviewt wurden. In der Auswertung von Reden von AfD-Politikern und in diesen Interviews wird gezeigt, dass die AfD die Vergangenheit ideologisch instrumentalisiert, um ihre anti-multikulturalistischen, islamophoben und EU-skeptischen Positionen zu stärken.

Die Rhetorik der Rechtspopulisten steht auch im Fokus der Beiträge von Friedrich Markewitz und Andrea Graumann. Markewitz zeigt anhand des Blogs ‚Politically Incorrect' auf, wie Hochwertausdrücke in rechtspopulistischen bzw. neurechten Argumentationen genutzt und umgewertet werden. Graumann setzt die Rhetorik der Rechten in einen historischen Kontext. Sie verfolgt die rhetorischen Verschiebungen in der Wochenschrift *Der Reichsgraf* nach der nationalsozialistischen Machtergreifung – insbesondere in Bezug auf die jüdische Minderheit.

Auch in Onur Bazarkayas Beitrag wird Rechtsradikalität zum Thema. Er geht der Frage nach, inwiefern die Brandanschläge von Mölln und Solingen in Deutschland zu einer neuen Beschäftigung mit Werten geführt haben, die auch ästhetisch ihren Niederschlag findet. Dafür liest er Feridun Zaimoglus *Kanak Sprak* im Kontext von Adornos Werteästhetik.

Auch das Thema Mehrsprachigkeit lud zu einer Reflexion und Bestandsaufnahme ein. So setzt sich Işıl Erduyan in ihrem Beitrag mit ihrer Subjektposition als Linguistin auseinander, indem sie ihr Vorgehen und ihre Erfahrungen im Rahmen ihrer Studien zur Mehrsprachigkeit an einer Berliner Schule in den Kontext ethnographischer Ansätze einbettet.

Mit einem bislang weniger beachteten Gebiet im Austausch zwischen der jungen Republik Türkei und dem Deutschen Reich beschäftigen sich Fahri Türk und Sevda Sanda. Im Fokus ihrer Studie stehen deutsche Zivilberater in der Türkei.

Wie gewohnt rundet ein Rezensions- und Berichtsteil das Jahrbuch ab: Martina Kofer rezensiert den Band *Verflochtene Welten. Transkulturalität in den Werken von Najat El Hachmi, Pius Alibek, Emine Sevgi Özdamar und Feridun Zaimoğlu* von Núria Codina Solà, Lilia Kolonko berichtet vom Workshop *Turkish in Europe* und Begüm Kardeş stellt das neu gegründete Forschungszentrum für türkisch-deutsche Studien (*HÜTAI*) an der Hacettepe Universität vor.

Im Call for Papers zur aktuellen Ausgabe hatten wir dazu aufgerufen, nicht nur die kritischen und problematischen Themen in der Entwicklung des deutsch-

türkischen Verhältnisses zu sehen, sondern auch die positiven Veränderungen in den Blick zu nehmen. Dieser trotz einer angespannten Weltlage zukunftsgewisse Blick kommt auch in der derzeitigen Pandemie immer wieder zum Vorschein und macht Mut, dass wir diese Krise gemeinsam meistern können. Wir hoffen, dass sich dieser solidarische Trend durchsetzt und wir im nächsten Jahr auch körperlich wieder über Grenzen hinweg zusammenrücken werden.

Unser Dank gilt erneut Katja Korfmann für Ihre Unterstützung bei der Redaktion des Bandes.

Şeyda Ozil, Michael Hofmann, Jens Peter Laut, Cornelia Zierau, Yasemin Dayıoğlu-Yücel und Didem Uca

Istanbul, Paderborn, Göttingen, Hildesheim und Hamilton, New York
April 2020



Işıl Eğrikavuk, BUT YOU DON'T, Photography, 2018.

Die neue Vorzeige-Minderheit? Besserer Ruf alteingesessener türkeistämmiger Migrant*innen durch die Flüchtlingskrise in Deutschland trotz bilateraler Spannungen

Gülistan Gürbey

In Deutschland hat es immer Vorlieben für bestimmte Migrant*innen gegeben, aus vielerlei Gründen. Was sich aber seit der Flüchtlingskrise 2015 beobachten lässt, ist, dass das überwiegend negative Bild von Migrant*innen aus der Türkei, also die ehemaligen Gastarbeiter*innen und ihre Nachkommen, zunehmend in den Hintergrund rückt. Bislang wurde vor allem diese heterogene Migrantengruppe eher negativ wahrgenommen. Nun scheint es so, dass vor allem die in den letzten Jahren Geflüchteten in diese Rolle rücken.

Ein wesentlicher Grund dafür ist vor allem die große Anzahl der Flüchtlinge und ihr kulturell-religiöser, muslimischer Background, aber auch dass sie in so kurzer Zeit, unerwartet und ungeplant nach Deutschland gekommen sind. Kommen noch Taten wie zum Beispiel die sexuellen Übergriffe auf Frauen durch manche eher junge männliche Geflüchtete, wie wir sie beispielsweise in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln erlebt haben, hinzu, dann werden negative Prozesse in der öffentlichen Wahrnehmung und die Zuordnungen zu bestimmten Gruppen beschleunigt.

Mit der Flüchtlingskrise treten aber auch Unterschiede deutlicher hervor. Plötzlich fühlt man sich den „Türken" viel näher, die man zuvor vor allem aufgrund ihres kulturell-religiösen Backgrounds als „fremd und anders" empfunden

hatte. Viele fühlen sich nun ihnen näher, schlichtweg weil man sie bereits länger kennt und weiß, dass sie seit Jahren und inzwischen in mehreren Generationen hier leben und arbeiten. Kurzum, Krisensituationen können vorhandene negativ konnotierte Wahrnehmungsprozesse beeinflussen, mit anderen Worten: sie in das Gegenteil umkehren.

Türkeistämmige Migrant*innen – ehemalige Gastarbeiter und ihre Nachkommen – standen lange Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskurse über Integration. Dies scheint nun in Bewegung geraten zu sein. Diese Gruppe rückt zunehmend in den Hintergrund und das hat einen entscheidenden Effekt. Türkeistämmige Migrant*innen merken nun selbst, dass sie nicht mehr auf der Agenda stehen und in den öffentlichen Diskursen nicht negativ konnotiert sind wie zuvor. Sie nehmen das wohlwollend auf, weil sie nicht mehr als Problem in den öffentlichen Diskursen thematisiert werden.

Auch sind viele türkeistämmige Migrant*innen in der Flüchtlingsarbeit engagiert. Vielen sind die Tragödien, die zum Beispiel syrische Flüchtlinge erlebt haben, nicht fremd, weil sie möglicherweise selbst wegen Verfolgung oder Folter nach Deutschland flüchteten. Kulturelle, religiöse oder geographische Nähe erzeugt Empathie. Diese wird verstärkt insbesondere durch den seit Beginn der Flüchtlingskrise wehenden rechtspopulistischen Wind, wie er sich zum Beispiel in Form der Alternative für Deutschland (AfD) oder der islam- und fremdenfeindlichen Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) niederschlägt. Wenn in Deutschland Flüchtlingsheime brennen, dann löst das auch bei alteingesessenen Migrant*innen Angst und Unsicherheit, aber zugleich auch Solidarität mit Geflüchteten aus. Denn sie erinnern sich an die rassistischen Anschläge in Solingen und Hoyerswerda zu Beginn der 1990er Jahre. Sie spüren erneut, dass auch sie verwundbar sind und dass es auch sie treffen kann, wenn diese rassistischen Gewaltakte ansteigen, eine Tendenz, die mit den Anschlägen in Halle im Oktober 2019 und Hanau im Februar 2020 nicht von der Hand zu weisen ist. Vor allem seit Hanau bringen viele innerhalb der deutsch-türkischen Community offen und vermehrt zur Sprache, dass sie Angst haben und sich nicht mehr sicher fühlen.

Jenseits dieser Aspekte ist aber auch Konkurrenz zueinander nicht ausgeschlossen, wenn es um Teilhabe an Beschäftigung, Bildung und Ausbildung geht. Dies betrifft vor allem diejenigen Migrant*innen, die keine Arbeit oder keine Ausbildung haben und jetzt möglicherweise mit Flüchtlingen in einen Wettbewerb eintreten. Denn die echten Möglichkeiten, die sie haben, sich zu integrieren und gesellschaftlich aufzusteigen, sind Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. Das erzeugt Konkurrenz unter alteingesessenen Migrant*innen und vor kurzem Geflüchteten. Und Konkurrenz ist etwas, das eher trennt.

Während infolge der Flüchtlingskrise das Bild der alteingesessenen türkeistämmigen Migrant*innen tendenziell ins Positive rückt, werfen Turbulenzen in den staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei ihren Schatten auf diese innere Entwicklung. Denn die deutsch-türkische Community steht unter Druck, einerseits durch die politische Instrumentalisierung von Geflüchteten, aber

auch von „Auslandstürken“ durch Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan und seiner AKP-Regierung (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) als Vehikel zur Durchsetzung von nationalen Interessen und andererseits durch die Gefahr, im Fahrwasser der turbulenten deutsch-türkischen Beziehungen hin und her gerissen und zum Spielball der Interessen zu werden.

Nun gab und gibt es Anlässe für Turbulenzen im deutsch-türkischen Verhältnis zuhauf: Zahlreiche verbale Angriffe von Staatspräsident Erdogan wie z. B. ‚Nazi-Vergleiche‘ und Beschimpfungen deutscher Politiker*innen, umstrittene Wahlkampfauftritte türkischer Politiker*innen in Deutschland, das Schmähgedicht von Jan Böhmermann gegen Erdogan, willkürliche Inhaftierungen deutscher Journalisten und deutscher Staatsbürger in der Türkei, türkisches Besuchsverbot für deutsche Abgeordnete bei der Bundeswehr in Incirlik, angebliche deutsche Unterstützung für die kurdische PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und die Gülen-Bewegung in Deutschland, türkische Forderung nach Auslieferung von vermeintlichen Gülenisten oder PKKlern, Spitzelvorwürfe gegen Moscheen von DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) oder auch Drohungen Erdogans an die EU mit Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge, was er dann auch im März 2020 tat und die Landgrenze zu Griechenland öffnete.

Während die Liste der Streitpunkte in den vergangenen Jahren immer länger wurde, spitzte sich gleichzeitig die diplomatische Krise zwischen Deutschland und der Türkei immer weiter zu. So verstärkten beispielsweise jenseits der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages im Juni 2016, die Inhaftierung des deutsch-türkischen WELT-Korrespondenten Deniz Yücel in der Türkei im Februar 2017 oder der Streit um die Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsvertreter in Deutschland das ohnehin angespannte deutsch-türkische Verhältnis. Als verschiedene Städte die Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsmitglieder nicht erlaubten, wurde der Ton auf beiden Seiten deutlich harscher. Prompt reagierte Staatspräsident Erdogan und heizte mit seiner bislang erfolgreich praktizierten Provokationsstrategie den Streit sogar weiter an, indem er Deutschland ‚Nazi-Praktiken‘ vorwarf. Während die türkische Führung von diesen verbalen Angriffen profitierte, blieb die Bundesregierung eher passiv und reagierte lediglich mit diplomatischen Appellen an die türkische Führung. Gleichzeitig stieg die Kritik in der hiesigen Öffentlichkeit, dass die Bundesregierung keine klare Position beziehe und sich insbesondere mit Blick auf die gemeinsame Flüchtlingsvereinbarung von der türkischen Führung erpressen lasse.

Auf deutscher Seite schien die Grenze der Geduld erreicht zu sein, als der deutsche Menschenrechtler Peter Steudtner im Juli 2017 inhaftiert wurde und kurz darauf der damalige Außenminister Sigmar Gabriel eine „Neuausrichtung" der Türkei-Politik der Bundesregierung ankündigte – unter anderem mit einem verschärften Reise- und Sicherheitshinweis. Gabriel warnte zudem die deutsche Wirtschaft vor Investitionen in der Türkei und erklärte, dass Investitionskredite und Wirtschaftshilfen wie Hermes-Bürgschaften ebenso überdacht werden wie Vorbereitungshilfen der EU für einen Beitritt. Ankara und regierungsnahe Medien hinge-

gen warfen der Bundesregierung vor, mit Erpressungen und Drohungen zu arbeiten und anti-türkisch zu sein, während Sigmar Gabriels Ankündigung einer Neuausrichtung der Türkei-Politik letztendlich im Kern nur ein Lippenbekenntnis ohne ernsthafte Konsequenzen blieb.

Die einkalkulierten Provokationen von türkischer Seite zielten u. a. auch darauf ab, durch Demonstration von nationaler Stärke die Unterstützung der deutsch-türkischen Community in Deutschland zu generieren. Schließlich votierte ein Teil der deutsch-türkischen Community beispielsweise bei den türkischen Parlamentswahlen im Juni und November 2015 für die AKP, was zeigt, dass der aggressive rhetorische Aktionismus von Präsident Erdogan und seiner AKP-Regierung, der ideologisch nationalistisch-islamisch und neo-osmanisch unterfüttert ist, auch innerhalb der deutsch-türkischen Community teilweise auf Unterstützung stößt. Dass Staatspräsident Erdogan Stärke und hegemoniale Führungsrolle demonstriert und sich als Hüter und Retter der türkischen Nation und der Republik inszeniert, findet auch in Teilen der deutsch-türkischen Community Zustimmung. Die Unterstützung aus der deutsch-türkischen Community wiederum stößt nicht nur auf Unverständnis in der deutschen Öffentlichkeit, weil sie politisch und demokratisch als inkompatibel angesehen wird. Vor allem hat sie einen negativen Effekt auf das Bild der türkeistämmigen Migrant*innen in der Öffentlichkeit insgesamt.

Insbesondere der Streit um Wahlkampfauftritte türkischer Politiker*innen hierzulande löste eine wichtige politische Debatte darüber aus, ob ein generelles Verbot geboten oder das Recht auf Meinungsfreiheit auch in diesem Falle zu schützen sei. Sowohl Befürworter als auch Gegner sind sich aber in zwei wesentlichen Punkten einig. Beide Lager teilen erstens den Unmut darüber, dass in Deutschland Wahlkampf gemacht würde für die Zementierung der Autokratie in der Türkei. Zweitens sehen beide Lager kritisch, dass die türkische Community in Deutschland für diesen Zweck instrumentalisiert wird. Diese Bedenken haben ihre Berechtigung und sind nicht zu ignorieren, da der autokratische Staats- und Regierungskurs in der Türkei mit der Einführung des Präsidialsystems im Juni 2018 tatsächlich zementiert wurde: Er bündelt die ungeteilte Macht beim Staatspräsidenten und höhlt die Gewaltenteilung aus.

Mit zunehmender Kritik aus der Öffentlichkeit stieg auch der Druck auf die Bundesregierung in doppelter Hinsicht. Zum einen musste sie auf den aggressiven türkischen Kurs reagieren und zugleich darauf achten, die Kooperation mit der Türkei in der Flüchtlingskrise nicht zu gefährden. Denn das Flüchtlingsthema war und ist ein brisantes innenpolitisches Wahlkampfthema und die Bundesregierung ist daher bemüht, dass die Flüchtlingsvereinbarung weiterhin funktioniert. Zum anderen stand die Bundesregierung unter dem Druck, möglichst auch im Einklang mit den Anforderungen zu handeln, die aus der kritisch eingestellten deutschen Öffentlichkeit kommen und eine entschiedene und klare Position gegenüber der Türkei einfordern. Dieses Dilemma zu lösen, ist bislang kein einfaches Unterfangen für die Bundesregierung gewesen und wird auch weiterhin das Regierungshandeln herausfordern.

Resümierend bleibt festzuhalten, dass das öffentliche Bild der türkeistämmigen Migrant*innen auch weiterhin unter dem Einfluss mehrerer Faktoren stehen wird. Dabei können die Auswirkungen sowohl positiv als auch negativ sein. Hatte die Flüchtlingskrise tendenziell das öffentliche Bild der türkeistämmigen Migrant*innen eher positiv beeinflusst, wirkten sich die Spannungen in den bilateralen Beziehungen und die staatliche Einflussnahme seitens der Türkei hingegen eher negativ aus. Nicht zuletzt hängen die Chancen für ein tendenziell positives Bild aber auch davon ab, welche Performanz zum Beispiel die Interessenvertretungen von türkeistämmigen Migrant*innen hierzulande an den Tag legen, um dann auch trotz türkisch-staatlicher Einflussnahme souverän zu bleiben und zu handeln.

AfD and the Use of the Past: Dissonant Past

Ayhan Kaya

Abstract

This article depicts the global and European context in which populism has become a pivotal political and societal trend capitalizing on the problems of disenchanted groups of people who have generated various forms of discontent against the flows of globalization appearing in the form of deindustrialization, poverty, human mobility, migration, refugees, heterogeneity, diversity, international trade, tourism and supranational unity (e.g. EU). The main focus of the article will be on the depiction of the Alternative für Deutschland (AfD) *with regard to the ways in which it employs the past as an ideological instrument to appeal to voters in the former provinces of the German Democratic Republic (East Germany). Hence, this article will render the ways in which the AfD exploits past, nativism, heritage, culture, Islamophobia, and xenophobia to mobilize the masses. In this regard, it draws a framework to address the public/popular discourses and dominant understandings of a homogeneous 'European heritage' and the ways in which they are mobilized by specific political actors to advance their agendas and to exclude groups such as minorities and Muslim-origin migrants and their descendants from a stronger inclusion into European society. The chapter will be based on the findings drawn from a comparative study consisting of in-depth interviews conducted with the supporters of right-wing populist parties in Dresden, Toulon, Rome, Athens, Rotterdam and Istanbul in the Spring of 2017, with an acronym CoHERE (Critical Heritages: performing and representing identities in Europe). Based on the speeches of the leading AfD figures as well as these interviews, the chapter will also discuss common tropes in these discourses such as anti-multiculturalism, Islamophobia, EU-skepticism, and different uses of the past and heritage. The article also benefits from a literature review conducted within the framework of an ongoing ERC AdG project with an acronym Islam-ophob-ism.*

Introduction

Right-wing populist parties and movements constitute a rising force in several EU member states. At the very heart of the story about the rise of right-wing populism lies a disconnect between politicians and their electorates. Right-wing populist parties in particular have gained greater public support in the last decade amidst two crises: the global financial crisis and the refugee crisis. The former has created relative socioeconomic deprivation for some Europeans due to ongoing neoliberal forms of governance, deindustrialization, and internal migration, while the latter has caused a nostalgic deprivation stemming from the feeling that established notions of identity, nation, culture and tradition have been threatened by massive demographic changes. The populist spirit has either strengthened many of the former extreme right-wing parties or created new ones. Some of these right-wing populist parties are: *Party for Freedom* (PVV) in the Netherlands; *Danish People's Party* (DF) in Denmark; *Sweden's Democrats* (SD) in Sweden; the *Front National* (FN, now Rassemblement Nationl, RN) and *Bloc Identitaire* in France; *Vlaams Belang* (VB) in Belgium; *Finns Party* (FP) in Finland; *Lega*, *Casa Pound* (CP) and *Five Star Movement* (M5S) in Italy; the *Freedom Party* (FPÖ) in Austria; *Die Freiheit, Alternative für Deutschland* (AfD) and in Germany[1]; Victor Orban's *Fidesz* and *Jobbik Party* in Hungary; the *English Defence League* (EDL), *British National Party* (BNP), and *UKIP* (*UK Independence Party*) in the UK; and *Golden Dawn* (GD) in Greece. Recent research suggests that these parties and movements are now a durable force in Europe. For instance, in Austria, the right-wing populist *Freedom Party* is the most popular movement among 18-25-year-olds, and support for the leader of the French *Front National*, Marine Le Pen, is found to be stronger among younger voters. This suggests that these parties and movements may have more potential to become influential political actors in the long term (Akkerman et al. 2017). Definitions of populism indeed vary. Drawing on Edwards Shils's (1956) work in the aftermath of World War II, some scholars define it as a "thin-centred *ideology*" (Mudde 2004, 2007, 2016, Emphasis mine; AK). For others, populism is a *strategy* adopted by sundry political parties to generate and sustain power by means of plebiscites, referenda, and a distinctive public rhetoric (Weyland 2001; Barr 2009). For other scholars, it is a *discourse*: populist politicians instrumentalise this part-time phenomenon whenever they want to build a stronger link with 'the people' (Wodak 2015; Hawkins 2010). Utilising Antonio Gramsci, yet other scholars see it as a *political logic* (Laclau, 2005) that is essential to politics in general and potentially an emancipatory force because it mobilizes marginalized sectors of society (see also Mouffe 2018).

---

[1] *Die Freiheit* (*Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie)* was established in Bavaria in 2011. In September 2013, however, the party lost two-thirds of its former members to the *AfD*. The founder of the party, Rene Stadtkewitz, advocated its members being affiliated with the *AfD*. In early 2016, the party had fewer than 500 members.

I define populism as a response to and rejection of the order imposed by neoliberal elites, an order that fails to use the resources of the democratic nation-state to harness global processes for local needs and desires (cf. Mouffe 2018). Such populism originates in the deep-rooted structural inequalities and general impoverishment to which mainstream political parties—both on the liberal right and the liberal center left—have actively contributed in their embrace of neoliberal governance. I tend towards anthropological approaches understanding populism as "the moods and sensibilities of the disenfranchised who face the disjuncture between everyday lives that seem to become extremely anomic and uncontainable and the wider public power projects that are out of their reach and suspected of serving their ongoing disenfranchisement" (Kalb 2011: 14). Bringing together the socioeconomic and cultural dimensions, anthropological approaches focus on "those left behind by the march of neoliberalism"—those essentially abandoned by social democrats and the traditional center left that have embraced neoliberalism since the 1990s—and stress the many continuities between liberalism and illiberalism (cf. Boyer 2016).

However, socioeconomic deprivation is not the only factor explaining populism's appeal. Cultural and memory factors play a crucial role, too. Gest et al. (2017) call it "nostalgic deprivation," referring to an existential feeling of loss triggered by the crumbling of established notions of nation, identity, culture, and heritage in the age of globalization. Building on the work of literary scholar Lauren Berlant (2007), Andrea Muehlebach and Nitzan Shoshan (2012: 318) call it "post-Fordist affect"—a longing for lost job security, stability, belonging, a sense of futurity, and also solidarity among workers—"those senses and sensitivities that have emerged in the wake of the dissolution of the Fordist social contract through market fundamentalism and that, while achingly present, are often discursively unavailable."

The link between nostalgic deprivation and support for right-wing populism is made clear by recent electoral slogans. Donald Trump came to power in 2016 after he successfully popularized his promise to "Make American Great Again." Another right-wing Populist Party in the US, the Tea Party, intentionally backed those politicians who pledged to "Take America Back." Similarly, the UKIP slogan demanded "We Want Our Country Back," and the Vote Leave campaign urged voters to "Take Back Control" through Britain's departure from the European Union. As will be explained in detail, those right-wing populist parties constituting the main body of research for this article also referenced the past in their electoral campaigns: *Front National*'s references to Jeanne d'Arc in France, AfD's references to contemporary history in Germany, PVV's references to an Islam-free Netherlands, M5S's references to the Roman Empire in Italy, *Golden Dawn*'s nostalgic references to Ancient Greek civilization in Greece, and the *Justice and Development Party*'s (AKP) nostalgic references to the Ottoman Empire in Turkey are all different markers of the ways in which right-wing populist parties capitalize

on the nostalgic deprivation of individuals who tend to find a refuge in the past, heritage, and nativity (Kaya, 2019).

Gest et al. (2017) revealed that Donald Trump and Nigel Farage have made clear use of nostalgia and disappointment in their relentless reverence for the way things once were in the U.S. and the UK for white people, respectively. They also argue that right-wing populist support is partly the product of what they call "nostalgic deprivation," a latent psychological phenomenon resulting from the discrepancy between individuals' understandings of their current status and their perceptions of the past (Gest et al. 2017: 2). The word "nostalgia" stems from two Greek words: *nostos* (return home) and *algia* (longing). Nostalgia may operate as a powerful means to distract from socioeconomic hardships, feelings of anxiety, chaos and insecurity, as well as from perceived threats that have become more prevalent in the age of globalization. Nostalgia may represent feelings of longing for a past that never existed, or a past that is largely constructed. In this sense, nostalgia may tell us more about present moods than past realities (cf. de Vries/Hoffmann 2016). As nostalgia may operate as an individual coping mechanism in reaction to growing levels of insecurity, ambiguity, and anxiety, it may also be identified as a powerful tool to be instrumentalized by populist politicians to appeal to their electorates by glorifying the past (Duyvendank 2011). Be it an individual coping mechanism, or a political tool at the hands of populist politicians, nostalgia has become even more widespread in contemporary times of global financial and refugee crises. For individuals, fear of the present leads to the mystification of the past (Berger 1972: 11), in a way that constructs "imaginary homelands," as Salman Rushdie (1991: 9) has observed in his seminal work *Imaginary Homelands*:

> It is my present that is foreign, and... the past is home, albeit a lost home in a lost city in the mists of lost time... [Thus,], we will, in short, create fictions, not actual cities or villages, but invisible ones, imaginary homelands.

As James Clifford (1988: 5) and David Lowenthal (2015: 586) state, those dispossessed groups exposed to socioeconomic, nostalgic deprivation, present disappointments, and future fears are no longer able to invent local futures. What distinguishes them remains tied to traditional pasts (Clifford 1988: 5). Remaking the past, or recovering the past, serves at least a dual purpose for the dispossessed. First, it is a way of coming to terms with the present without being seen to politically criticize the existing status quo. The 'glorious' past is used by the disenfranchised as a strategic tool absorbing the destructiveness of the present, which is defined by unemployment, exclusion, alienation, humiliation, structural outsiderness, and poverty. Secondly, it helps them recuperate a sense of the self not dependent on criteria handed down by others—the past is what the marginalized may claim as their own.

Germany has a different relationship with right-wing populism due to its dissonant and traumatic past, which lives on in the collective memory of the German

public. German citizens, especially those residing in the former Federal Republic of Germany (FRG), have a different relationship with the past than those living in the territories of the former German Democratic Republic (GDR). The citizens of both sides have followed different paths in coming to terms with the past (*Vergangenheitsbewältigung*). Based on the differing ways in which these citizens cope with the Nazi past, this article argues that the growing popularity of right-wing populism advocated by *Alternative für Deutschland* (AfD) and *Pegida* (Patriotic Europeans against the Islamization of the Occident) must be assessed in relation to the historically specific conditions of East German provinces such as Saxony. This article relates the speeches of the leading AfD figures as well as the testimonies of twenty people who were interviewed in Dresden in the Spring of 2017 within the framework of a Horizon 2020 Project called CoHERE: Critical Heritages, performing and representing identities in Europe (Project No. 693289).

Natives of Dresden experience relative socioeconomic and nostalgic deprivation resulting from unfulfilled promises made upon the unification of East and West Germany in 1990, with issues such as an aging population, ongoing emigration of native youth to the big cities in the west, and the lack of a systematic *Vergangenheitsbewältigung*. The article first delineates how the AfD has capitalized on Islamophobic and anti-migrant sentiments, as well as Euroscepticism, to mainstream itself. Referring to the interviewees' testimonies, the article then considers the challenging relationship between Dresden natives and their dissonant past. Hence, the central argument of this article is that AfD supporters tend to appeal to a populist and Islamophobic discourse in order to attract the attention of the mainstream media and political parties. The main motivation behind such 'trickery' is to make their socioeconomic and nostalgic deprivation heard from the right-wing populist and Islamophobic margins.

Instrumentalizing the Fear of Islam

There is a growing fear of Islam in the European countries alleviated by the extreme right-wing populist parties such as PVV in the Netherlands, FN in France, Golden Dawn in Greece and AfD in Germany. Islamophobia in Europe did not begin in the 2010s, of course. One could trace the fear of Islam in Europe all the way back to the Crusades. However, the roots of contemporary fear of Islam can be traced back to the 1970s when the Arab-Israel war led to the rise of European prejudices against the Muslim-origin migrants, who were perceived to be the extension of the oil producing Arabic states (Kaya 2015). This fear has exponentially increased in the last three decades due to the political crisis in the Balkans and the Middle East leading to the escalation of terrorist activities. This fear is now based on the jihadist attacks in different European cities such as Paris (7 January and 13 November 2015), Nice (14 July 2016), Istanbul (1 January 2017), Berlin (28 February 2017), and London (2017) as well as on the atrocities of the Al Qaida, the Is-

lamic State (ISIS), and Boko Haram in the Middle East, Africa and elsewhere. This fear of Islam, which has material sources, is also exploited by right-wing populist political parties. One of the interlocutors we interviewed in Rome among the supporters of the 5 Star Movement very explicitly vocalized such fears:

> In a few years European culture will cease to exist, once the Caliph will have taken control of Europe. Then we will build a long memory of what we lost, something that was perhaps too weak. The takeover of the Caliphate was previewed by a clairvoyant, who said the Caliph will control even the Vatican. Beyond the clairvoyant, there are signs that our culture is changing with every little cross being taken away from the schools.[2]

Such fears were also reiterated by many other interlocutors in Germany, France, Greece, Italy and the Netherlands. A 70-year-old former pensioner in Dresden expressed her feelings in a similar way when she was asked about the European heritage:

> When we have an Islamic caliphate in Germany one day, the European heritage will be gone. Maybe it sounds exaggerating, but I think we should be very careful. Many of the Muslim refugees have dangerous thoughts in their minds. Otherwise you would not think of driving a bus into a crowd [referring to the attack on the Breitscheidplatz in Berlin in December 2016].[3]

The construction of a contemporary European identity is built in part on anti-Muslim racism, just as other forms of racist ideology played a role in constructing European identity during the late nineteenth and early-twentieth centuries. Use of the term "Islamophobia" assumes that fear of Islam is natural and can be taken for granted, whereas use of the term "Islamophobism" presumes that this fear has been fabricated by those with a vested interest in producing and reproducing such a state of fear, or phobia. By describing Islamophobia as a form of *ideology*, I argue that Islamophobia operates as a form of *cultural racism* in Europe, which has become apparent along with the process of 'securitizing' and 'stigmatizing' migration and migrants in the age of neoliberalism (Kaya 2015). One could thus argue that Islamophobism as an ideology is being constructed by ruling political groups to foster a kind of false consciousness, or delusion, within the majority of society as a way of covering up their own failure to manage social, political, economic, and legal forces and consequently the rise of inequality, injustice, poverty, unemployment, insecurity, and alienation. In other words, Islamophobism turns out to be a practical instrument of social control used by the conservative political elite to ensure compliance and subordination in this age of neoliberalism, essentializing ethnocultural and religious boundaries. Muslims have become global 'scapegoats,' blamed for all negative social phenomena such as illegality, crime, violence, drug

[2] Interview with a 39-year-old doorman in Rome, 16 May 2017.
[3] Interview with 70-year-old-female, pensioner in Dresden, 18 April 2017.

abuse, radicalism, fundamentalism, conflict, and financial burdens. One could also argue that some individuals and communities in the West presume that Muslims have greater social power. There is a growing fear in the United States, Europe, and even in Russia and the post-Soviet countries that Muslims will eventually take over demographically (Kaya 2015).

Germany, Alternative für Deutschland

In 2013, neoliberal economists and conservatives from the CSU and the FDP (Free Democratic Party) formed the party '*Alternative für Deutschland*' (AfD). The AfD is also renowned for its major reservations towards migration. In its initial phase, the AfD was dominated by neoliberal economics professors, who favoured tax reductions for the wealthy and cutbacks in the budget for social programs. They did not shy away from demanding that opportunities for democratic participation by the poor be limited for the benefit of the wealthy. After the federal elections in the summer of 2013, the first disagreements between the neoliberal and the nationalist-conservative wings came to light. While the neoliberal wing wanted an alliance with the British Tories, the nationalist-conservative faction favored a cooperation with the British United Kingdom Independence Party (UKIP). And while the neoliberals could assert themselves on this issue, and joined the ECR in the European Parliament, they were defeated on another issue: The neoliberals were in favor of transatlantic cooperation and supported the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) and sanctions against Russia during the Ukrainian crisis; the nationalistic-conservative majority on the other hand, were against a free trade agreement with the USA and rejected sanctions against Russia (Hale 2016).

According to the leading figures of the party, the AfD has the historical mission to achieve cultural hegemony. Therefore, it is important to break the terminological dominance of the left and to stop the social experiments in terms of educational, gender and migration policy. Germany is currently in a phase of pre-civil war. The present refugee situation is seen as an 'invasion' meant to destroy Germany. According to this view, the German government is betraying the German nation and, thus, it has to be brought down in a major illegal operation. To that end, the German army was asked by the AfD to act 'independently' and occupy the train stations along the German border in order to put a stop to the "onslaught" of asylum seekers (Kemper 2016: 91). The AfD made a historic breakthrough in the 2017 General Elections, winning 13.5% of the vote and a projected 87 seats, becoming the first overtly nationalist party to sit in the *Bundestag* in 60 years. The party's performance marks a major shift in Germany's post-war politics that is likely to produce a very different tone and dynamic inside the *Bundestag*.[4]

[4] See https://www.theguardian.com/world/live/2017/sep/24/german-elections-2017-angela-merkel-cdu-spd-afd-live-updates?page=with:block-59c7c9fee4b024b286a9a985#block-59c7c9fee4b024b286a9a985 [last accessed: 8 October 2019].

Compared to the populist parties and movements investigated in this research, the AfD is slightly different, because while it is a national-populist party situated within right-wing political ideology, it has institutional issues. To clarify, the leadership of the AfD, as will also be discussed in relation to the fieldwork, is problematic. This internal conflict leads to diverse views on the use of culture in their discourse. Nonetheless, the AfD is an illustrative example of right-wing populism built on the discursive construction and promotion of cultural homogeneity to ensure the supposed integrity of national identity. Thus, anti-Islamic sentiments are essential to this party. Similar to the other European populist parties, the AfD began as an anti-establishment, anti-EU party. Over time, it has become more and more vocal and reactive to immigration. Importantly, the AfD has been *responding* to and mainly countering Angela Merkel's stance on migration and refugees to legitimize their stance, which combined their anti-establishment views with contemporary political and social issues.[5] Therefore, though very different, AfD's discourse on immigration and refugees exists in the same discursive field as that of Merkel's. This stems partly from the fact that the AfD is a relatively new party, which has continued to develop its political agenda and stances over time. As a populist party, its responses to 'mainstream' political views are used to ground their stances on current events.

The AfD manifesto revolves around anti-Muslim sentiments as it declares "Islam is not part of Germany," which was a stronger stance than the previous call to "stop Islamism but seek dialogue with Islam."[6] During discussions of the manifesto's principles, AfD leadership also constructed anti-Islamism as a 'political ideology,' which contradicts the German Constitution. As Jörg Meuthen reasoned, "although religious freedom was an essential part of German culture, the Western, Christian world view was the guiding principle, and not Islam."[7] This emphasis on Christianity as the cornerstone of Western culture and civilization has been used to construct Islam as the foundation of Eastern/Middle Eastern culture, which has thus allowed for the articulation of a civilizational antagonism. This logic was also used in the AfD's propositions to ban the Muslim calls to prayer in various European cities and religious attire, primarily the burka, while reinforcing representations of Christianity in the public sphere. These points of conflict are predominantly rooted in the historical antagonistic relations between the West and the East. One example is the struggle faced by Muslim migrants to attain social and political recognition in Germany without being subjected to the process of othering. Moreover, under the "Islam is not a part of Germany" subheading of the man-

[5] See http://www.dw.com/en/germanys-populist-afd-party-seeks-to-reboot-migrant-fears/a-40176414 [last accessed: 1 May 2019].

[6] Full text of the AfD Manifesto is available in German at: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/09/AfD_kurzprogramm_a5-hoch_210717.pdf [last accessed: 15 May 2019. Also see http://m.dw.com/en/german-populists-afd-adopt-anti-islam-manifesto/a-19228284 [last accessed: 15 January 2018].

[7] http://m.dw.com/en/germanys-populist-afd-party-debates-islam-as-congress-continues/a-19227807 [last accessed: 15 May 2019].

ifesto, the AfD declares as follows: "Islam does not belong to Germany. Its expansion and the ever-increasing number of Muslims in the country are viewed by the AfD as a danger to our state, our society, and our values."[8]As noted above, this statement articulates Islam and the culture of Muslim-origin communities as the "other" of German culture. This exemplifies not only the process of "othering" utilized by the AfD but also implies that German institutions should not attempt to accommodate Muslims. The use of "danger" is also significant as it does not only use politics of fear but also perpetuates the idea that differences are a threat to national unity. Complementing this view are the party's views on immigration and asylum-seekers. The manifesto continues to denounce the growing visibility of asylum-seekers, as well as the management of migration and integration by the German government and the EU:

> We want to change this: We demand a paradigm shift regarding 1) the influx of asylum seekers, 2) the way how the free movement of people is handled inside the EU, 3) the immigration of skilled labour from third countries, and 4) the integration of immigrants belonging to these three categories.[9]

The third statement in this excerpt is indicative of the socioeconomic motivations behind the call for stricter border controls and the free movement of persons within the EU. This is the culturalization of socioeconomic issues, or, in other words, the association of the competition for economic resources with a specific culture, drawing on a supposedly inherent cultural clash. By the same token, the manifesto highlights that "moderate" Muslims who are willing to integrate are "valued members of society".[10] As the AfD manifesto states:

> An Islam that does not respect our legal system and even fights against it and claims to be the only valid religion is incompatible with our legal system and culture. Many Muslims live according to our laws and are integrated and are accepted as valued members of our society. However, the AfD wants to prevent the emergence of Islamic parallel societies with Sharia judges.[11]

This is an important point in understanding that the AfD identifies various types of migrants. Those who are willing to surrender their culture are received well while those who are not willing to do so are considered "threats" to German culture. In effect, there exists the "welcome" Muslims who are willing to step outside their community and come into the German public space where a homogeneous German identity is dominant, as well as "unwelcome" Muslims who seek economic

[8] http://www.hitc.com/en-gb/2017/09/25/what-do-germanys-afd-want-heres-summary-from-their-manifesto/ [last accessed: 17 May 2019].

[9] http://www.hitc.com/en-gb/2017/09/25/what-do-germanys-afd-want-heres-summary-from-their-manifesto/ [last accessed: 17 May 2019].

[10] See http://www.bbc.com/news/world-europe-37274201 [last accessed: 19 May 2019].

[11] http://www.hitc.com/en-gb/2017/09/25/what-do-germanys-afd-want-heres-summary-from-their-manifesto/ [last accessed: 17 May 2019].

gains while refusing to forego their cultural traditions in favour of German culture. Moreover, as Alicia Weidel, who has been the co-leader of the Party since April 2017, has stated:

> From our perspective, the government's policies offer no long-term, sustainable solutions and ideas for these problems at all […] There's a lot of talk, particularly in election periods. But absolutely nothing gets done.[12]

As indicated by this statement, the AfD exploits the Europe-wide concerns regarding mass migration by criticizing the political culture in Germany, which legitimizes their anti-establishment views. In turn, party members have been promoting stricter border promotion as well as the deportation of Muslims, non-white and non-Christian refugees. As Alexander Gauland, co-founder of the AfD, who was also their lead candidate in the 2017 national elections, noted, "German interests must be guiding principle" in deciding the approach to the refugee crisis.13 The AfD's stance on Muslim-origin people residing in Germany is of course full of prejudices and generalizations. There is a very strong assumption in the AfD circles that all Muslim-origin immigrants comply with the Sharia law. Muslim-origin people in Germany are not homogeneous at all like all the other Muslims living in other countries. There is only the AfD's perception of 'Muslim culture.' Most Muslims do live in accordance with German law and do not wish to replace it with Sharia.

The AfD's stance on culture can be understood through an exploration of their Islamophobic and Turkophobic statements. For instance, Alexander Gauland is an outspoken advocate of a homogeneous national culture and identity. In doing so, in response to Integration Commissioner Aydan Özoğuz's observation that "a specifically German culture is, beyond the language, simply not identifiable," Gauland argued that "That's what a German-Turk says. Invite her to Eichsfeld and tell her then what specifically German culture is. Afterwards, she'll never come back here, and we will be able to dispose of her in Anatolia, thank God."[14]

Gauland then stated that this was the party's rhetoric, implying the AfD's racial animosity towards the "other." Similarly, speaking in Berlin the morning after the election results, he claimed that there is "an invasion of foreigners," more precisely the invasion of Europe by Muslims, which began with the influx of refugees.[15] During the press conference, he elaborated that "[o]ne million people – foreigners – being brought into this country are taking away a piece of this country, and we as

[12] https://www.google.com.tr/amp/amp.dw.com/en/afd-what-you-need-to-know-about-germanys-far-right-party/a-37208199 [last accessed: 17 May 2019].

[13] https://www.google.com.tr/amp/amp.dw.com/en/afd-what-you-need-to-know-about-germanys-far-right-party/a-37208199 [last accessed: 17 May 2019].

[14] http://www.dw.com/en/afds-alexander-gauland-slammed-over-racist-remark-aimed-at-minister/a-40277497 [last accessed: 18 May 2019].

[15] http://www.bbc.com/news/world-europe-41384550 [last accessed: 18 May 2019].

AfD don't want that […] We say we don't want to lose Germany to an invasion of foreigners from a different culture. Very simple."[16]

As indicated in this statement, the AfD has been constructing a discourse centered on exploiting the so-called "Islamization of the Occident," which is predicated on deploying the fears about the domination of Western culture(s) by Islam. In this context, Gauland has also remarked that "Islam is not a religion like Catholicism or Protestantism. Intellectually, Islam is always linked to the overthrow of the state. Therefore, the Islamization of Germany poses a threat."[17]

In combination with the AfD manifesto and the much-publicized statements of AfD leaders, this indicates that Islam is perceived as a threat and Muslims as dangerous because Islam is perceived to be defying the separation of church and state. This also implies that the AfD considers the Christian religion as the cornerstone of German and European culture.

Dissonant Heritage and the AfD

Ashworth and Tunbridge (1996) acknowledged the contested nature of heritage and argued that the tensions underlying heritage can be encapsulated, understood, managed, and mitigated through the concept of dissonant heritage. Heritage is not always associated with comfortable, harmonious, and consensual views about the meaning of the past. Ashworth and Tunbridge (1996) also argued that all heritage is, by its very nature, "dissonant," as the disputed authority to control stories told about the past makes it a conflicted resource (Harrison 2013). The Federal Republic of Germany was preoccupied with the management of the memories of the Holocaust in the aftermath of the World War II. The idea of the formal conservation of Holocaust sites as heritage dates to the inscription of the Auschwitz-Birkenau Memorial and Museum, Former German Nazi Concentration and Extermination Camp to the World Heritage List in 1979. Since then, there has been an accelerated impetus and growing market for the exhibition of such sites as heritage (Harrison 2013; Uzzell and Ballantyne 2008). These commemorative sites have an educative function, as they provide visitors with a space for the remembrance of atrocity and genocide.

Resulting from the need to come to terms with the remains of a past that can be actively uncomfortable, embarrassing, traumatic, sensitive, negative, contested, and painful, the concept of dissonant heritage has become a particularly popular topic in a series of articles and books using "dissonant heritage" to refer to the sites, objects, and practices that have been, or still are, contested. Although heritage is always made in the present, by the present, and for the purposes of the present, the literature on dissonant heritage tends to separate heritage that is dissonant

[16] http://www.independent.co.uk/news/world/europe/german-election-results-afd-far-right-merkel-alexander-gauland-2017-coalition-invasion-of-foreigners-a7965886.html [last accessed: 18 May 2019].

[17] https://www.gatestoneinstitute.org/8392/islam-belongs-to-germany [last accessed: 18 May 2019].

and problematic from all other 'normal', comfortable and consensual heritage. As Laurajane Smith (2006: 81) has observed, this tendency has serious consequences for creating policies for dissonant heritage, since it creates a framework that makes us perceive only certain sites as problematic and in need of being 'tackled', 'dealt with', 'managed and governed' and treated in a special way.

The interviews conducted in Dresden reveal that AfD supporters have a different interpretation of the past as far as the historical 'heroisms' of German soldiers are concerned. Since heritage is the use of the past as a cultural, political, and economic resource in the present (Ashworth, Graham and Tunbridge 2007: 2-3; Lowenthal 1998; Aronsson 2015), right-wing populist parties are often selective in instrumentalizing various artefacts, mythologies, memories, and traditions as resources for the present. Heritage operates as a cultural, political and economic resource at local, national, supranational and global levels. However, the use of heritage in a national context is more operational than when used at supranational or local levels (Graham et al. 2000: 183-184). As right-wing populist parties are more engaged in the idea of investing in national heritage, they have an advantage over mainstream political parties. For instance, calls for the preservation of German soldiers' deeds from the public in former East German provinces and cities are translated, or rather reinforced, by AfD leadership in a way rooted in the *Historikerstreit* (Historians' Debate) of the 1980s.[18] Alexander Gauland publicly made the following statement on 2 October 2017: "If the French are, quite rightly, proud of their Emperor, and the British of Churchill, then we [the Germans] have the right to be proud of what soldiers achieved in the First and Second World Wars."[19]

The Historians' Debate started in the aftermath of U.S. President Ronald Reagan's 1986 visit to the cemetery of former Nazi soldiers in Bitburg. Conservative historians such as Ernst Nolte (1986) used this visit to normalize the Nazi past by comparing the Holocaust with other mass murders, such as those of Native Americans and of Armenians under the Ottomans. Daniel Levy and Natan Sznaider (2002) argue that the efforts of revisionist historiography in Germany were parallel with the Europeanization of the Holocaust, which gradually reclassified it as 'ethnic cleansing', and then 'genocide'. By doing so, conservative German intellectuals, politicians, and media experts started to deny the singularity and uniqueness of the Holocaust. Hence, Europeanization and transnationalization of the memory of the Holocaust brought about the re-nationalization of memory cultures in Germany (Levy and Sznaider 2002). One could therefore argue that the paradoxical mix of Europeanization, cosmopolitanization, and re-nationalization of memory cultures in Germany deliberately paved the way for the remembrance of German victims and Nazi soldiers, the development of which could be detected in the discourses of Nolte and Gauland.

[18] For a detailed overview of German *Vergangenheitsbewältigung*, see Ernst Nolte (1986); and Habermas (1986)

[19] Alexander Gauland at Kyffhäusertreffen 2017, https://www.youtube.com/watch?v=Bt4if8KecaA [last accessed: 14 June 2019].

Jürgen Habermas furiously responded to conservative historians' normalization attempts within the framework of the German *Vergangenheitsbewältigung*, which became a crucial element of post-war German political culture. However, East Germans did not come to terms with the Nazi past in the same way. World War II was interpreted differently in the GDR. Both Sharon Macdonald (2009) and Bill Niven (2002) maintain that the East Germans cast Nazism largely as a feature of the West, not the socialist state. The East was understood by the GDR population as the location of those who had opposed it. This account was evident in how some of the material remains of the Nazi period, particularly from concentration camps, were publicly represented. In the memorialization of concentration camps, the emphasis was on political prisoners, especially communists, all of whom were seen as victims of the Nazi actions that the socialist state opposed (Macdonald 2009; and Niven 2002). The following quotation proves that there is much to be done in the Eastern provinces of Germany regarding the Nazi past. A 42-year-old unemployed male interviewee from Dresden gave his opinion of his country's place in the European memory:

> There is a very exciting European history. I am very literate and I am reading a lot about that. I can only recommend you Gerd Schultze-Rhonhof.[20] He showed that the reasons for the Second World War were economy-based and steered by America. *Actually, everyone was good friends with Adolf Hitler in Europe, at that time. Of course, everyone was jealous because we were the most advanced.* But in the end, America is always the reason why we are not getting along with our neighbouring countries and Russia [Italics mine; AK].

Most of the interviewees in Dresden expressed concerns about being haunted by the past. They firmly believed that the world is conspiring against Germany. When responding to inquiries about European culture, a 19-year-old male trainee in the retail sector from Dresden voiced his worry that the rest of the world has been conspiring against Germany since World War II:

> Is national-socialism a European heritage? The Austrian Adolf Hitler, something similar with the Italian guy Mussolini, gassed the Jews in Germany and all other countries just watched. And the relationship today is, that everyone is blaming Germany, to get everything from us, money, to take in all economic refugees and so on.

Studies of populism have already discussed the intensive use of conspiracy theories to understand the world (Ghergina et al. 2013). Such theories provide their adher-

[20] German author and former major-general, who disputes Germany's guilt in the Second World War. His book, *1939. Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg* (*1939 - The War That Had Many Fathers. The Long Run-Up to the Second World War*), first published 2003 and translated into English 2011, caused controversy in Germany. Christian Hartmann (2003), a German historian, challenged Gerd Schultze-Rhonhof's analysis concerning the main perpetrators of World War II. Schultze-Rhonhof primarily blames the UK and France for the outbreak of the war, and partly whitewashes Germany's involvement (Hartmann 2003).

ents with a world lacking depth and thus a world that can be more clearly understood. Populist discourse revitalizes a 'theology of roots' against the conspirator's intentions, to make it possible for its followers to escape from the burden of history by defending the purity and innocence of the 'community' (Leontis 1991: 193). Another lesson to be learned from Dresden regarding right-wing populism's growing appeal is the political resentment various groups express toward the current policies of the leading political parties. A 70-year-old female pensioner in Dresden communicated her concerns about the fear of Islam thus:

> We should take the history as an opportunity to think about the present and the future. In Europe we had a bad heritage with the First and Second World Wars. The Russians then released us and Germany was divided. In Germany we still have the connection to Europe and also to the USA and we have feelings of guilt, we have to. When I think about the Marshall Plan for example, it is all clear. That is why we have to help refugees in need. But you do not have to invite them, like Merkel did, or pin on a "Refugees Welcome" badge and sit around in the German Parliament like Sigmar Gabriel did. There is a limit to everything. And with everything the government did in the past years, the limit is exceeded and that is dangerous for the German and European heritage.

Evidently, the recent wave of terrorist attacks in European cities has created a strong resentment of the liberal refugee policies of some European states, Germany and Sweden among them. The actual fear of terrorism committed by radical Salafi-Islamist terrorists triggers the anti-systemic populist resentment against mainstream political parties. Capitalizing on the Islamophobic and xenophobic sentiments of their electorate, the AfD leadership is also using every opportunity to mainstream their party by underlining that Islam simply poses societal challenges to the liberal way of life of the European citizens. To that effect, they are exploiting symbols of the past that are paradoxically anti-Nazi, as will be shown below.

To illustrate this, following the murder of a local resident of German-Cuban origin, Daniel Hillig, who was stabbed to death by three immigrant-origin youngsters in Chemnitz, near Dresden, on 26 August 2018 during a festival celebrating the city's founding, a stream of street protests broke out in the city. The protests were intensified by the arrest of an Iraqi and a Syrian suspected of killing Hillig. A small city in Saxony once again commanded the attention of the entire German society as well as of the international community.[21] However, soon after the immediate protests, in which the crowds openly paid homage to Nazism, Islamophobism, and xenophobia, the AfD leadership organized a 'funeral march' for Hillig, who, it is thought, would have been opposed to the idea of being associated with

[21] For further information on the murder of Daniel Hillig and the street protests, see https://www.thetimes.co.uk/article/germany-gripped-by-worst-far-right-clashes-in-26-years-8ctk2b89k [last accessed: 7 June 2019].

such an AfD-led procession. The march took place in the Chemnitz city center on the International Day of Peace, 1 September 2018—a symbolic day chosen to attract more demonstrators. Although previously denied by the AfD leadership, the march was held in collaboration with Pegida.[22] The organizers of the march, AfD MPs Andreas Kalbitz (Brandenburg), Björn Höcke (Thuringia) and Jörg Urban (Saxony), decreed that the march should be funereal: there would be no smoking and no food or drinks. Colorful clothing, usually worn by Pegida protesters, was forbidden. Only black-red-golden flags and the white rose as a sign of mourning were permitted. It is commonly known in Germany that this flower is a symbol of the resistance by siblings Hans and Sophie Scholl, members of the 'White Rose' resistance movement against Nazi rule. The funeral march caused heated debate in Germany among citizens opposed to the rise of the AfD. Many people were disturbed by the AfD's appropriation of a historical symbol of the anti-Nazi movement and a victim who was reportedly anti-AfD. It was also reported that the AfD had earlier tried to publish an election poster with the slogan 'Sophie Scholl would vote for the AfD'. However, this was prohibited for copyright reasons by the Berlin district court.[23] It is striking to see how the AfD has been successfully using peaceful symbols of a dissonant, hurtful past to attract more popular support for their demonstrations and public meetings organized against the 'Islamization and forced multiculturalization of Germany'. One could also view such acts as performative acts of right-wing heritage populism, as they are staged to appeal to large numbers of people at a national level (Reynié 2016). Such acts are intended to present the AfD as the chief protectors of liberty who are resisting against mainstream political parties, chiefly Chancellor Angela Merkel and her CDU, for failing to uphold the values and rules of a liberal society and for being complacent in the rise of multiculturalism and Islamism resulting from globalization and irresponsible immigration policies. Hence, the AfD is an exemplum of the efficacious use of 'past presencing' (Macdonald, 2013) to win support by presenting the past in the present.

Germany provides other lessons as well. It is not only fear of the present but also unresolved socioeconomic disparities of the past which inspire right-wing populism. Most of the interviewees in Dresden said that they feel forgotten and that their economic interests are not being properly considered. A 55-year-old female teacher from Dresden expressed her resentment of the reunification policies of Helmut Kohl's government in the 1990s and their after-effects:

[22] For further information on the 'Funeral March' of Daniel Hillig, see https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-demonstration-in-chemnitz--die-rechten-rosenkavaliere-8238506.html (in German) [last accessed: 7 June 2019].

[23] For further information on the 'Funeral March' of Daniel Hillig, see https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-demonstration-in-chemnitz--die-rechten-rosenkavaliere-8238506.html (in German) [last accessed: 7 June 2019].

> It seemed to me that every government, including the German one, was busy trying to save all the banks. I cannot imagine that the German government would make so much effort when it comes to helping the middle class and the self-employed. In the end, *already the GDR under Helmut Kohl had been mugged*. Greece did not fulfil the criteria when it became a member of the EU back then. And now, they still do not fulfil them, and will probably never do. You just feel bad as a German citizen. The AfD demands that Europe should be left to its founding members, and the whole structure should only be confined to economic cooperation.

The collective memory of the socioeconomic disparities during the reunification years seems to be kept intact by many east German inhabitants in opposition to versions of the past disseminated by the official historiography and museology, which they believe is aimed at throwing them into the dustbin of the past (Huyssen 1995; Lowenthal 2015). As a trained historian, Chancellor Kohl instrumentalized the pre-WWII common past shared by citizens of both the FRG and GDR to ease the negative socioeconomic consequences of reunification in 1990. Kohl encouraged debate about patriotism and national identity at the expense of ethno-culturally and religiously different migrant-origin people, mainly Turkish immigrants and their descendants. He intentionally sought to rehabilitate the German past and heritage to give Germans a history of which they could be proud. In terms of tone and discourse, it was slightly softer than Alexander Gauland's approach in the aftermath of the 2017 federal election. During the 1990s, politicians began to describe hostility towards foreigners as a 'healthy' expression of national identity and defense of national culture (Ceserani and Fulbrook 1996: 12-13). As economic conditions deteriorated in the wake of reunification in the 1990s, there was pressure from below against 'foreigners'. Instead of countering this popular prejudice, politicians and the media aligned with it. This process culminated in the revocation of Germany's liberal asylum laws. This process could also be perceived as a precursor to the present populist surge in eastern provinces of Germany against Islam and Muslims.

Conclusion

Germany's dissonant past makes this a very particular case study of right-wing populism. This article has argued that one of the most essential drivers behind the success of the AfD in the eastern provinces of Germany is the lack of a systematic program of *Vergangenheitsbewältigung* in the GDR since the end of World War II. The article first delineated the ways in which the AfD has capitalized on various pre-existing Islamophobic and anti-migrant sentiments, as well as on Eurosceptic feelings, to mainstream itself. Furthermore, it has also been argued that the AfD's popularity in eastern parts of Germany lies in its communicative strategies, which promise to efficiently address the socioeconomic and psychological needs of the

native populations experiencing relative socioeconomic and nostalgic deprivation. Many interviewees expressed their disappointment with the unfulfilled promises made since unification of the two Germanies in 1990. Members of the native population in Dresden and Saxony explained that they have been undergoing various socioeconomic, demographic, and psychological problems that have not been adequately addressed by Berlin or Brussels. With reference to the testimonies of the interviewees, the article, then, has discussed the ways in which the AfD and Pegida are exploiting the dissonant past. Hence, this article has argued principally that AfD supporters tend to gravitate towards a populist and Islamophobic discourse to attract attention from the mainstream media and political parties. The main rationale behind such a trickery is to gain attention from the government for their socioeconomic and nostalgic deprivation.

Acknowledgements

The research for this article was undertaken as part of two different Horizon 2020 research and innovation projects: CoHERE project under Grant Agreement No. 693289, and ISLAM-OPHOB-ISM project under Grant Agreement ERC AdG 785934. I also would like to thank the editors and the reviewers for their invaluable suggestions.

Works Cited

Akkerman, Tjitske/de Lange, Sarah L/Rooduijn, Matthijs (eds) (2017): *Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Into the Mainstream?*, London.

Aronsson, Peter (2015): “Shaping lives: negotiating and narrating memories,” in: *Etnográfica* (19/3), 571-591.

Ashworth, Gregory John/Tunbridge, John E. (1996): *Dissonant Heritage: The Management of Past as a Resource in Conflict*, Wiley.

Ashworth, Gregory John, Brian Graham, John E. Tunbridge (2007): *Pluralising Pasts: Heritage, Identity and Place in Multicultural Societies.* Chicago: The University of Chicago Press.

Barr, Robert R. (2009): “Populists, Outsiders and Anti-Establishment Politics,” in: *Party Politics* (15/19), 29-48.

Berger, John (1972): *Ways of Seeing*, London.

Berlant, Lauren (2007): “Nearly Utopian, Nearly Normal: Post-Fordist Affect in La Promesse and Rosetta,” in: *Public Culture* (19/2), 273-301.

Boyer, Dominic (2016): "Introduction: Crisis of Liberalism. Hot Spots, *Cultural Anthropology*" website, October 27, https://culanth.org/fieldsights/986-introduction-crisis-of-liberalism. [Last accessed: October 3, 2019]

Ceserani, David/Fulbrook, Mary (1996): "Introduction," in: David Ceserani/Fulbrook, Mary (eds.): *Citizenship, Nationality and Migration in Germany*. London/New York, 1-16.

Clifford, James (1988): *Predicament of Culture*, Cambridge, MA.

de Vries, Catherine/Hoffmann, Isabell (2016): "Fear not Values: Public Opinion and the Populist Vote in Europe," in: *Survey eupinions* 3, Berlin.. https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_eupinions_Fear_Studie_2016_DT.pdf [Last accessed: August 3, 2019]

Duyvendank, Jan Willem (2011): *The Politics of Home. Belonging and Nostalgia in Western Europe and the United States*, London.

Gest, Justin/Reny, Tyler/Mayer, Jeremy (2017): "Roots of the Radical Right: Nostalgic Deprivation in the United States and Britain," in: *Comparative Political Studies*, 1-26, https://doi.org/10.1177/0010414017720705 [Last accessed: July 2, 2019].

Ghergina, Sergiu/ Mişcoiu, Sergiu/Soare, Sorina (eds.), (2013): *Contemporary Populism: A Contaversial Concept and Its Diverse Forms*, Cambridge.

Graham, Brian, Ashworth, Gregory John/Tunbridge, John E. (2000). *A Geography of Heritage: Power, Culture and Heritage*, London.

Habermas, Jürgen (1986): "Vom öffentlichen Gebrauch der Historie," *Die Zeit* (November 7).

Hale, Virginia (2016): "Revealed: EU to Bypass National Parliaments on Controversial TTIP Deal," in: *Breitbart*, http://www.breitbart.com /london/2016/06/21/eu-bypass-democracy-trade-deals/ [Last accessed: July 15, 2019]

Harrison, Rodney (2013): *Heritage: Critical Approaches*, London/New York.

Hartmann, Christian (2003): "Im Generalsblick," *Frankfurter Allgemeine,* (November 26), available at http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/politik/im-generalsblick-1135031.html [last accessed: June 2, 2018].

Hawkins, Kirk A. (2010): *Venezuela's Chavismo and Populism in Contemporary Perspective*, New York.

Huyssen, Andreas (1995): *Twilight Memories: Marking Time in a Culture of Amnesia*, London.

Kalb, Don (2011): "Headlines of Nation, Subtexts of Class: Working-Class Populism and the Return of the Repressed in Neoliberal Europe," in: Kalb, Don/Halmai, (eds.): *Working Class Populism and the Return of the Repressed in Neoliberal Europe*, New York/Oxford, 1-35.

Kaya, Ayhan (2015): "Islamophobism as an Ideology in the West: Scapegoating Muslim-Origin Migrants", in: Anna Amelina/Horvath, Kenneth / Meeus, Bruno (eds.): *International Handbook of Migration and Social Transformation in Europe*, Wiesbaden, 281-294.

Kaya, Ayhan (2019): *Populism and Heritage in Europe: Lost in Diversity and Unity*, London.

Kemper, Andreas (2016): "'Antiemanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitk der Alternative fur Detuschland"' [Anti emancipatory networks and the gender and family policies of the Alternative for Germany party], in: Hausler, Alexander (ed.): *Die Alternative für Deutschland.Pprogrammatik, Entwicklung und Politische Verortung,* Wiesbaden, 81-98.

Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason,* London.

Leontis, Artemis (1991): "Cultural Politics and Populist Uses of the Ancients," in: *Journal of Modern Greek Studies* (9/2) (October), 191-214.

Levy, Daniel/Sznaider, Natan (2002): "Memory Unbound: The Holocaust and the Formation of Cosmopolitan Memory," in: *European Journal of Social Theory* (5/1), 87-106.

Lowenthal, David (1998): *The Heritage Crusade and the Spoils of History*, Cambridge.

Lowenthal, David (2015): *The Past in a Foreign Country Revisited*, Cambridge.

Macdonald, Sharon (2009): *Difficult Heritage: Negotiating the Nazi past in Nuremberg and beyond*, London.

Macdonald, Sharon (2013): *Memorylands: Heritage and Identity in Europe Today*, London/New York.

Mouffe, Chantal (2018): *For a Left Populism*, London.

Mudde, Cas (2004): "The Populist Zeitgeist," in: *Government and Opposition* (39/4), 541-563.

Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge.

Mudde, Cas (2016): *On Extremism and Democracy in Europe*, London.

Muehlebach, Andrea/Shoshan, Nitzan (2012): "Introduction. A Special Collection: Post-Fordist Affect," in: *Anthropological Quarterly* (85/2), 317-344.

Niven, Bill (2002): *Facing the Nazi Past. United Germany and the Legacy of the Third Reich*, London.

Nolte, Ernst (1986): "Vergangenheit, die nicht vergehen will," *FAZ* (June 6).

Reynié, Dominique (2016): "The Spectre Haunting Europe: 'Heritage Populism' and France's National Front," *Journal of Democracy* (27/4), 47-57.

Rushdie, Salman (1991): *Imaginary Homeland*, London.

Shils, Edward A. (1956): *The Torment of Secrecy: The Background and Consequences of American Security Policies*, Glencoe, Ill.: Free Press

Smith, Laurajane (2006): *Uses of Heritage*, London/New York.

Uzzell, David/Ballantyne, Roy (2008): "Heritage that hurts: Interpretation in a postmodern world," in: Fairclough, Graham/Harrison, Rodney/Jameson, John H./Schofield, John (eds.): *The Heritage Reader*, London/New York, 503-513.

Weyland, Kurt (2001): "Clarifying a contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics," in: *Comparative Politics* (34/1), 1-22.

Wodak, Ruth (2015): *The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean*, London.

Wahrheit, Freiheit, Demokratie – Zum Umgang mit Hochwertausdrücken in rechtspopulistischen bzw. neurechten Argumentationen anhand des Blogs ‚Politically Incorrect'

Friedrich Markewitz

Truth, Freedom, Democracy - High-Value Expressions in Right-Wing Populist and New-Right Arguments in the Blog ‚Politically Incorrect'

Based on the increasing attempts of right-wing populist parties and movements to discursively influence the conceptualization and evaluation of events, actors, actions, and contexts, this article analyzes the blog Politically Incorrect t*o examine the use of high-value terms like "truth," "freedom," and "democracy" by right-wing populist and new-right actors. On the basis of the thesis that right-wing actors want to take up key and high-value words of political discourse in order to instrumentalize and reinterpret them in a process of appropriation, this analysis contributes to the necessary processing and uncovering of the strategic communication of right-wing populist actors.*

Einleitung

In den letzten Jahren nehmen neurechte sowie rechtspopulistische Versuche zu,1 medial-öffentlichkeitswirksam Deutungshoheit über Ereignisse, Akteure, Handlungen sowie Begriffszusammenhänge zu erlangen. Dies wird auch offen kommuniziert, z. B. auf dem Blog ‚Politically Incorrect' (‚PI-News'), der als Schnittstelle zur rechten Szene gilt (vgl. Geyer/Schindler 2011). In einem Beitrag vom 04.01.2017 rekurriert der Autor Falko Baumgartner explizit auf das Ziel diskursiver Durchdringung:

> Es ist nicht das Ereignis an sich, sondern seine Auslegung, Auf- und Nachbereitung, die ihm die eigentliche politische Bedeutung verleihen […]. Die Rechte muss lernen, nichts für selbstverständlich anzusehen, immer anzugreifen und sich in den Besitz der medialen, organisatorischen und finanziellen Mittel zu setzen, die eine komplette Durchdringung der deutschen Diskursarena ermöglichen […]. Was in der modernen Informationsgesellschaft Änderung bewirkt, ist niemals das Ereignis an sich, sondern immer nur der Besitz der Deutungshoheit darüber. (Baumgartner 2017)

Deutungshoheit wird immer auch sprachlich konstruiert bzw. konstituiert. Dies trifft ebenfalls auf den politischen Diskurs zu und wird von der Politolinguistik entsprechend wahrgenommen: So „herrscht Einigkeit darüber, dass politische Sprache in einem konstruktivistischen Sinne realitätskonstituierenden Charakter besitzt" (Grinth 2015: 5-6). Eine wichtige Rolle spielen dabei ‚Schlüssel-, Symbol- oder Hochwertwörter'.[2] Diese konstituieren und transportieren zentrale ideologische Leitbilder und sind Ausdruck „für komplexe politische Argumentations-, Deutungs- und Handlungsmuster" (Böke 1996: 21). Relevante Hochwertwörter des modernen politischen Diskurses sind u. a. ‚Frieden', ‚Freiheit', ‚Gerechtigkeit', ‚Demokratie' etc. (vgl. Girnth 2015: 63 oder Niehr 2014: 73). Auch in rechtspopulistischen bzw. neurechten Argumentationen finden sich Rekurse auf diese, die aber dann spezifische Verwendungen erfahren, z. B. in dem am 01.01.2017 auf ‚PI-News' erschienenen Artikel Wolfgang Hübners,[3] der das Adjektivkompositum ‚freiheitlich-patriotisch' mit ‚rechtspopulistisch' gleichsetzt und so sein Verständnis der Verbindung beider Ausdrücke nahelegt. ‚Rechtspopulistisch' lässt sich im Gegensatz zum Hochwertwort ‚Freiheit' aber eher einem ‚Fahnenwort' zuordnen, also „voluntaristisch getönte Signalausdrücke einer Partei, eines Lagers oder einer Ideo-

---

[1] Trotz z.B. einer gemeinsamen Symbolik (vgl. Bergman/Erb 1998: 154-156) ist die rechte Szene keinesfalls homogen. Für eine skizzierte Abgrenzung der drei zentralen Ausprägungen (Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte) siehe den dritten Abschnitt des Beitrags.

[2] Zur Differenzierung und Bestimmung der Begriffe siehe den zweiten Abschnitt des Beitrages.

[3] „2017 wird für die freiheitlich-patriotischen (‚rechtspopulistischen') Kräfte in Deutschland ein herausforderndes, wahrscheinlich sogar schicksalhaftes Jahr." (Hübner 2017)

logie, die als identitätsstiftende Kampfbegriffe bewußt gewählt und dezidiert verwendet werden“ (Panagl 1998: 21).

These dieses Beitrages ist, dass rechte Akteure Schlüssel- und Hochwertwörter des politischen Diskurses aufnehmen, instrumentalisieren und in einem kommunikativ-strategischen Prozess der Aneignung umdeuten. Zum Nachweis der These dient die Analyse der argumentativen Verwendungen der Schlüssel- bzw. Hochwertwörter ‚Wahrheit', ‚Freiheit' und ‚Demokratie' durch neurechte bzw. rechtspopulistische Akteure. Dazu wurden Blogeinträge des Blogs ‚Politically Incorrect' ausgewertet. Der Auswertungszeitraum umfasst das Jahr 2017 und wurde aufgrund der Bedeutung des Jahres als Wahljahr ausgewählt. Dabei wurden nur Blogeinträge der Blog-Subkategorie ‚Widerstand' ausgewertet. Insgesamt umfasst das Analysekorpus 96 Texte (22.050 Token) unterschiedlichen textsortenspezifischen Couleurs: so finden sich sowohl Essays (insg. 10), Berichte bzw. Nachrichten (insg. 39), Protestaufrufe (insg. 29) und werbende bzw. vernetzende Texte (insg. 18). Die Beiträge wurden hinsichtlich des substantivischen und adjektivischen Auftretens der Ausdrücke untersucht, um ihre Verwendungen in einem weiteren Schritt qualitativ auszudeuten.

Zunächst soll auf politolinguistische Grundlagen und Zusammenhänge der Ausdrücke ‚Schlüssel'-, ‚Symbol'-, ‚Hochwert'- und ‚Fahnenwort' eingegangen werden, wobei der Aspekt des semantischen Kampfes (im Sinne von Felder 2008) im Rahmen politischer Auseinandersetzungen ebenfalls zu beachten ist. In einem weiteren Schritt werden die Verortungen des Blogs aufgearbeitet. In diesem Zusammenhang wird auch das Auswertungsmaterial skizziert. Schließlich erfolgt die Analyse der Aneignung und Umdeutung der ausgewählten Ausdrücke.

Zum ‚Hochwert'-, ‚Schlüssel'- und ‚Fahnenwort'

Die sprachliche Fassung von Sachverhalten, Ereignissen oder Personen ist konstitutiv für das Verständnis jeweiliger Zusammenhänge. „Das gilt keineswegs erst für die Ebene der expliziten Aussagen, sondern bereits für lexikalische Einheiten.“ (Gardt 2018: 39) Die Lexik ist konstitutiv für diese Zusammenhänge, „weil Wörter aufgrund ihrer semantischen Eigenschaften sehr leicht zu Sachverhalten in Bezug gesetzt werden können. Dass mit der Wahl eines Ausdrucks wie *Verteidigungsminister* die Wirklichkeit als etwas sehr Anderes präsentiert wird als durch den Ausdruck *Kriegsminister* […] ist offensichtlich“ (Gardt 2018: 32, Hervorhebung im Original). Auch daher sieht es die Politolinguistik als zentrale Aufgabe, das lexikalische Register politischen Sprachgebrauchs aufzuarbeiten und auf Möglichkeiten, aber auch Veränderungen von Gebrauchsweisen hinzuweisen.Zentrale Differenzierungen der Sprachverwendung in der politischen Kommunikation stammen von Dieckmann und Klein (vgl. Girnth 2015: 57-58).[4] Die für diese Kontexte zentrale Kategorie der

[4] Dieckmann differenziert die vier Ebenen der Institutionssprache, der Fachsprache des verwalteten Fachgebietes, der Fachsprache und der Ideologiesprache. Klein, der Dieckmann explizit weiterentwi-

Ideologiesprache bzw. des Ideologievokabulars findet sich bei beiden und „umfasst die Wörter, in denen politische Gruppierungen ihre Deutungen und Bewertungen der politisch-sozialen Welt, ihre Prinzipien und Prioritäten formulieren“ (Klein 2014 [1989]: 64). Ideologiegebundene Ausdrücke haben drei Funktionen: Sie a) bezeichnen etwas (=denotiv), b) bewerten etwas (=evaluativ) und c) fordern zu etwas auf (=deontisch) (vgl. Girnth 2015: 61). Dabei kann ein Ideologie-Ausdruck wie ‚Freiheit‘ von unterschiedlichen Ideologien mit unterschiedlichen Bedeutungskonnotationen verwendet werden. Obgleich oft ähnliche Bezeichnungen in der Politolinguistik verwendet werden, hat sich bisher keine einheitliche Terminologie etabliert (vgl. Niehr 2014: 72). Daher kann der Ausdruck ‚Schlüsselwort’ auch divergierend verwendet werden, was z. B. Reichweite und Akteursgebundenheit angeht. Somit müssen Bezüge dieser Ausdrücke explizit gemacht werden, um z.B. den Aspekt gruppenspezifischer Reichweite bzw. Gültigkeit anzuzeigen.

In dieser Hinsicht kommt dem ‚Hochwertwort‘[5] die größte Reichweite und eine nahezu „universelle“ (Böke 1996: 34) Gültigkeit in dem Sinne zu, dass es ideologie- und gruppenübergreifend eingesetzt werden kann (vgl. Girnth 2015: 65) und auf anerkannte Werte und Güter der jeweiligen Gesellschaft rekurriert (vgl. Spieß 2006: 28). Sie verlangen „Parteinahme […], welche der Adressat kaum verweigern kann“ (Bergsdorf 1998: 130). Hochwertwörter als Legitimationsvokabeln (vgl. Spieß 2006: 39) lassen sich hinsichtlich ihrer Konnotationen in ‚Miranda‘ (=positiv konnotierte Hochwertwörter wie z. B. Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit) und ‚Anti-Miranda‘ (=negativ konnotierte Hochwertwörter im Sinne von Tabuwörtern wie z.B. Diktatur oder Rassismus) unterscheiden (vgl. Girnth 2015: 63).

Eine Ebene unter dem ‚Hochwertwort‘ steht das ‚Schlüsselwort‘ als „Kernbestand des Ideologievokabulars“ (Girnth 2015: 61). Neben dem Ausdruck ‚Schlüsselwort‘ finden sich die Bezeichnungen ‚Symbolwort‘, ‚Grundwert-Lexem‘ oder ‚Leitvokabel‘ (vgl. Girnth 2015: 61). Im Gegensatz zum ‚Hochwert‘- ist das ‚Schlüsselwort‘ dadurch charakterisierbar, dass es keine universelle Verwendung findet. Stattdessen kommt es dann zur Anwendung, wenn unterschiedliche Deutungsmuster vorliegen und durch Ausdrücke auf diese Bezug genommen werden soll (vgl. Böke 1996: 21). Dergestalt kann von der Kontextbedürftigkeit des ‚Schlüsselwortes‘ gesprochen werden; eine Bedürftigkeit, die beim ‚Hochwertwort‘ nicht in dieser zwingenden Form gegeben ist. Ebenso wie diese können ‚Schlüsselwörter‘ positiv wie negativ konnotiert werden. Als Kriterien für die Erschlie-

ckelt, unterscheidet zwischen Institutionsvokabular, Ressortvokabular, allgemeinem Interaktionsvokabular und Ideologievokabular (vgl. Girnth 2015: 57-59 und Klein 2014 [1989]: 60-65).

[5] Neben dem Ausdruck ‚Hochwertwort’ finden sich noch Bezeichnungsvarianten wie ‚Symbolwort’ (vgl. Girnth 2015) oder ‚Idealtyp’ (vgl. Bergsdorf 1998), die aber im Kontext dieses Beitrages und hinsichtlich ihrer inhaltlichen Füllung als deckungsgleich wahrgenommen werden. Zudem muss auf das ‚Schlagwort’ eingegangen werden, das als Alternative existiert, aber eine zusätzliche temporale Qualität besitzt: Das ‚Schlagwort’, zu dem auch das ‚Stigma’- und das ‚Hochwertwort’ gezählt werden kann, gibt Aufschluss über das Denken, Fühlen und Wollen einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt (vgl. Niehr 2014: 75). In dieser Hinsicht ist es ein Ausdruck, der vornehmlich „zu einer bestimmten Zeit besondere Aktualität gewinnt“ (Niehr 2014: 70).

ßung von ‚Schlüsselwörtern' macht Karin Böke drei Aspekte stark: a) die Relevanz des Ausdrucks in einem bestimmten Diskurs, b) das Aufkommen in verschiedenen Verwendungsweisen, die so zu unterschiedlichen Deutungs- wie Handlungsmustern führen können und c) das Auftreten von Diskussionen über Verwendungsweisen (vgl. Böke 1996: 35-38).

Als spezifischere Kontextualisierung des ‚Schlüsselwortes' (vgl. Böke 1996: 38) gilt das ‚Fahnenwort'. Ebenso wie das ‚Schlüssel'- ist das ‚Fahnenwort' zentraler Bestand politolinguistischen Vokabulars und lässt sich hinsichtlich seiner Verwendung bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen (vgl. Panagl 1998: 18). ‚Fahnenwörter' sind Ausdruckskomplexe, „mit denen der Sprecher Positionen, Ziele, Programme, Maßnahmen etc. positiv kennzeichnet, für die er eintritt," (Böke 1996: 40) und dienen auch der Aufwertung der eigenen Gruppierung (vgl. Girnth 2015: 64).[6] Dahingehend ‚zeigt man Flagge' für oder gegen etwas (vgl. Panagl 1998: 21).

Sowohl ‚Schlüssel'- als auch ‚Fahnenwörter' sowie (bis zu einem gewissen Grad) ‚Hochwertwörter' werden im Zusammenhang semantischer Kämpfe um Deutungshoheiten und bei der Durchsetzung eigener gruppenspezifischer, parteilicher, ideologischer etc. Interpretationen eingesetzt aber auch diskutiert und zur Disposition gestellt (vgl. Böke 1996: 43). Somit vollziehen sich semantische Kämpfe sowohl mit diesen als auch anhand dieser. Konkurrierender Sprachgebrauch umfasst, schematisiert dargestellt, mindestens zwei Konkurrenz-Verhältnisse: Die Konkurrenz von a) verschiedenen nebeneinanderbestehenden aber miteinander konfliktären Ausdrücken und b) verschiedenen Verwendungsweisen gleicher oder ähnlicher Ausdrücke (vgl. Böke 1996: 43-44), wobei jede Akteursgruppe darum bemüht ist, ihren Ausdruck oder ihre Verwendungsweise in die relevanten Diskurse einzuspeisen, zu festigen und gegenüber Alternativen zu verteidigen. Dabei lassen sich nach Heiko Girnth vier Strategien ausmachen: a) Kontextualisierungen, b) Einbindungen in sprachliche Handlungstypen, c) Exemplifizierungsakte in Form von ‚X ist …' und d) Eigengruppenreferenzen (vgl. Grinth 2015: 77-79). Neben diesen Strategien sind auch die von Josef Klein benannten Typen wortstrategischer Besetzungsoperationen von Relevanz. Klein differenziert dabei fünf Typen: die a) Neuprägung eines Ausdrucks, b) Begriffsbildung als perspektivisches Bezeichnen, c) Umdeutung eines Begriffs, d) Umwertung eines Begriffs und schließlich das e) konnotative Partizipieren an einem Begriff (vgl. Klein 2014 [1993]: 106-111).

[6] Durch den im Zitat angeführten Aspekt der ‚positiven Kennzeichnung' ist schon indiziert, dass, ebenso wie das ‚Hochwert'- auch das ‚Fahnenwort' in einer positiven und einer negativen Ausprägung vorhanden ist bzw. das ‚Fahnenwort' selbst schon die positive und das ‚Stigmawort' die negative Form darstellt (vgl. Girnth 2015: 64): „Das Stigmawort bilde[t] funktional das negative Pendant zum Fahnenwort, indem es ‚die gegnerische Partei, ihre Mitglieder, Ziele, Werte usw. negativ – statt die eigene Partei positiv' bezeichne[t]" (Böke 1996: 39).

Zur Ausdifferenzierung der rechten Szene in Deutschland und der Verortung sowie Funktionalität des Blogs ‚Politically Incorrect'

Vereinfacht lassen sich drei Ausprägungen rechten Argumentierens differenzieren:

a) Ein rechtsextremistischer Strang, der sich „in eine Vielzahl verschiedener Gruppen und Strukturen" (Borstel 2009: 58) unterteilt. U. a. auch aufgrund dieser Zersplitterung gibt es bis heute keine konsensuale Definition von Rechtsextremismus, der stattdessen eher über spezifische Merkmale bestimmt wird: Zu denen zählen a) meist (chauvinistische) nationalistische Überzeugungen, die von der Vorrangstellung der eigenen Nation ausgehen, b) fremdenfeindliche Einstellungen, c) rassistische und zum Teil sozialdarwinistische Weltanschauungen, d) tendenziell antisemitische Haltungen und e) pronazistische Einstellungen (vgl. Stöss 2004: 67).

b) Ein rechtspopulistischer Strang, der sich z.T. abgrenzend zum Rechtsextremismus ausgebildet hat (aber nur in teilweiser Ablehnung rechtextremer Ideologieangebote und Handlungsmöglichkeiten steht (vgl. von Beyme 2018: 8-15)). Er zeichnet sich durch eine stärkere Inszenierung von Demokratiezugeneigtheit aus. Das Aufkommen des Rechtspopulismus begründet sich durch zwei miteinander verschränkte Elemente: „Zum einen teilt er die für jeden Populismus charakteristische Entgegensetzung von Volk und Eliten. Zum anderen empfinden seine Anhänger eine tiefe Verunsicherung im Hinblick auf den eigenen sozio-ökonomischen und/oder kulturellen Status" (Rucht 2016: 190).[7] Weiterhin ist das rechtspopulistische Weltbild durch einen starken Politik- wie Medienskeptizismus charakterisiert (vgl. Bude 2016: 350-351), in dem Politiker als volksfremde Elite gelten, die nicht dem Willen des Volkes, sondern eigenen Interessen folgen und sich zu deren Durchsetzung dieser eines staatlich kontrollierten Medienapparats bedienen (vgl. Bude 2016: 348-350). Auch der in diesem Beitrag analysierte Blog ‚Politically Incorrect' ist als tendenziell rechtspopulistisch bestimmbar.[8]

c) Ein neurechter Strang, der oft als rechtextremer Grenzbereich beschrieben wird (vgl. Borstel 2009: 60). Auch hier sind die Übergänge zum Rechtspopulismus fließend, wobei man beide Formen dahingehend unterscheiden könnte, dass sich der Rechtspopulismus durch eine starke Ablehnung von Eliten auszeichnet, während neurechte Akteure sich selbst durchaus in einem elitären Sinne verstehen und aus dieser Position diskursive Überlegenheit nach außen tragen sowie zu erringen suchen. Die Neuen Rechten nehmen eine „Schnittstellenfunktion zwischen Rechtsextremismus und rechtem, demokratischen Konservatismus" (Borstel 2009: 80) ein. Aufgrund seiner vernetzenden Funktion kann auch der Blog ‚Politically

[7] In dieser Hinsicht ist „rechtspopulistische Politik […] vor allem *Identitätspolitik*. Die Programmatik der Populisten besteht in der Regel nicht auf in sich stimmigen ideologischen Entwürfen, sondern in kulturalistischen Differenzkonstruktionen" (von Beyme 2018: 14, Hervorhebung im Original).

[8] So sind die ausgewerteten Texte von einer expliziten Skepsis sowie z.T. Ablehnung des bestehenden politischen Apparats sowie seiner zugehörigen Institutionen gekennzeichnet (siehe den Auswertungsteil des Beitrages).

Incorrect‘ zumindest zum Teil neurechten Kreisen zugeordnet werden. Ebenso wie rechtspopulistische zielen auch neurechte Akteure „auf das Denken der Menschen und damit auf die politische Kultur“ (Gessenharter 1998: 169): „Es geht in erster Linie um die Meinungsführerschaft in der Bundespolitik, zunächst um die kulturelle und dann um die politische Hegemonie im Land.“ (Brauner-Orthen 2001: 114)

Die drei Stränge einend ist die Bedeutung des Internets für die Verbreitung ideologischen Materials, die Rekrutierung neuer Anhänger und die Vernetzung (vgl. Brauner-Orthen 2001: 146). So finden sich seit 2005 ca. 1.000 rechtsextreme Seiten im Netz (vgl. Pfeiffer 2009: 291). Waren viele Websites rechter Akteure in den 90er Jahren noch amateurhaft aufgebaut, hat inzwischen eine umfassende Professionalisierung stattgefunden (vgl. Pfeiffer 2009: 292). Ein weiteres besonders hervorzuhebendes Ziel rechtsvirtueller Aktivität liegt im Aufbau sowie der Verbreitung eigener Wirklichkeitskonstruktionen:

> Um die Richtigkeit der eigenen Wahrnehmung zu untermauern, werden mediale Versatzstücke aus verschiedensten – oft auch unseriösen – Quellen herangezogen. Dabei selektieren die Verantwortlichen […] vor, welchen Medien zu trauen und welchen zu misstrauen sei. Indem sie jedem Beitrag eine Interpretationsvorgabe an die Anhängerschaft voranstellen, versuchen sie die parallele Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu steuern. (Scharf/Pleul 2016: 87)

‚Politically Incorrect‘ oder ‚PI-News‘ wurde im November 2004 durch den Blogger Stefan Herre gegründet (vgl. Schiffer 2009: 343). Er selbst bezeichnet sich explizit nur als Begründer, nicht aber Betreiber. „Damit entzieht man sich eines möglichen juristischen Zugriffs in Deutschland.“ (Schiffer 2009: 343) In direkter Verbindung steht ‚PI-News‘ sowohl zum „ideologischen Dunstkreis von ‚pro Köln“ (Edathy/Sommer 2009: 53) als auch zur ‚Pegida‘-Bewegung[9] und der AfD.[10] Sowohl durch die Vernetzung mit diesen als auch durch eine umfassende Berichterstattung über diese hat der Blog über die Jahre seiner Gründung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die „professionell gestaltete Seite wird bis zu 40.000 Mal pro Tag aufgerufen“ (Edathy/Sommer 2009: 53).[11] Zentrale Themen des Blogs sind Proteste

[9] Im Untersuchungszeitrum wurde in den für das Analysekorpus ausgewählten Texten an zahlreichen Stellen auf die Bewegung verwiesen und auch zur Partizipation an den ‚Pegida‘-Demonstrationsmärschen aufgerufen.

[10] Diese Verbindung ist keinesfalls einseitig. So finden sich auf dem Blog mehrere Beiträge von AfD-Politikern, wie z. B. Petr Bystron.

[11] Mit den Auswertungssystemen ‚Alexa‘ (verfügbar unter: https://www.alexa.com/siteinfo/pi-news.net [letztes Zugriffsdatum: 29.01.2019]) und ‚Similar Web‘ (verfügbar unter: https://www.similarweb.com/website/pi-news.net#overview [letztes Zugriffsdatum: 29.01.2019]) wurden die Aufrufzahlen der letzten sechs Monate erhoben. Es zeigt sich, dass die noch 2009 von Edathy und Sommer ermittelten Zahlen nicht mehr erreicht werden. Nichtsdestotrotz zählt der Blog mit mehreren tausend Aufrufen pro Tag zu einem der häufig besuchten deutschsprachigen Blogs.

gegen einen falsch verstandenen ‚Political Correctness'-Begriff, einer vermeintlich staatlich gelenkten Medienlandschaft, der politischen Führung, die anderweitige Meinungen diskreditieren, ausschließen und die Träger dieser Meinungen verfolgen würde und die „Schonung von Muslimen vor Gericht und in den Medien" (Schiffer 2009: 343). Im Kontext seiner ‚Berichterstattung' über letztere wird ein radikales Islambild konstruiert, in dem der Islam als gewalttätige, frauen- und menschenfeindliche Religion beschrieben wird (vgl. Edathy/Sommer 2009: 53). Diese Konstruktionen haben das Ziel, „erarbeitete Sensibilitäten im Umgang mit religiös-kulturellen Minderheiten als vermeintliche Tabus der so genannten *political correctness* zu entlarven und einer provokativen Klartextsemantik die Bahn zu brechen, die selbst das öffentliche Spiel mit Ressentiments nicht scheut" (Bielefeld 2009: 181, Hervorhebung im Original). Drei Strategien finden in diesem Zusammenhang insbesondere Verwendung: „Alarmismus, Dramatisierung, fiktive Bedrohungsszenarios" (Schneiders 2009: 409). Ein zentrales Ziel ist dabei die Delegitimierung des politischen und ideologischen Gegners.

> Die diskursive Vorgehensweise weist sowohl geniale wie banale bis lächerliche Züge auf. Man behauptet einfach das Gegenteil von dem, was ist, um daraus Schlussfolgerungen und eventuelle Forderungen abzuleiten, die in ihrer einfachen Logik bestechen – weil man damit die implizite Prämisse kaum noch angreifen kann […]. So wird behauptet, man sei gegen den Mainstream und dieser sei islamophil und unterwürfig. (Schiffer 2009: 345)

Die meisten Blog-Einträge bestehen aus Nachrichten anderer Publikationsorgane (zumeist Lokal- und Boulevardmedien), die der eigenen Sachverhaltskonstruktion dienlich sind. Dass durch das Zurückgreifen- und Zitieren-Können dieser Nachrichten diese eben keine verschwiegenen Neuigkeiten sind, sondern verdichtete und selektiv zusammengestellte, aufbereitete Einzelfälle, wird nicht erwähnt (vgl. Schiffer 2009: 335). Über die selektive Übernahme und Auswahl von Nachrichten, die oft übertrieben oder ironisch präsentiert werden, konstruieren die Autoren immer neue, sich zuspitzende Bedrohungssituationen. Sie greifen aber auch in ihren Ausführungen auf ‚Schlüssel'- und ‚Hochwertwörter' des politisch-demokratischen Diskurses wie z. B. ‚Freiheit', ‚Gerechtigkeit', ‚Wahrheit' und ‚Demokratie' zurück, um einen vermeintlich konsensualen Verstehenshorizont und Handlungsraum zu schaffen, gegen den die von ihnen identifizierten Gegner verstoßen. Der Rekurs auf diese Ausdrücke ist Teil einer strategischen Kommunikation, um die Wertevorstellungen, die durch die Ausdrücke impliziert werden, eigene Handlungen, Forderungen und Vorstellungen zu legitimieren.

Dabei findet durch die Verwendung der Ausdrücke sowohl eine Verengung als auch Erweiterung ihres semantischen Potenzials statt. Diese Formen der strategischen Verwendung sollen im Mittelpunkt der Analyse der Sprachhandlungen bzw. Argumentationen der Produzenten stehen.

Ausgewertet wurden 96 Texte mit insgesamt 22.050 Token über einen Zeitraum von 12 Monaten (das Jahr 2017). Alle Texte stammen aus der Kategorie ‚Widerstand'. Auf der Blog-Oberfläche finden sich insgesamt sechs Rubriken: ‚Einwanderung', ‚Kriminalität', ‚Islam', ‚Linke', ‚Altmedien' und ‚Aktivismus' (siehe Abb. 1). Letztere ist differenziert in die Subkategorien ‚Alle', ‚Identitäre Bewegung', ‚Pegida' und ‚Widerstand':



Abb.1: Oberfläche des Blogs ‚Politically Incorrect' (erstellt am 11.12.2018)

Die Auswertung der Texte fokussiert drei Aspekte: Zunächst wird untersucht, in welcher Frequenz und in welchen Ausprägungen sich die drei Ausdrücke ‚Wahrheit', ‚Freiheit' und ‚Demokratie' finden lassen. Daran schließt sich die Analyse der Verwendungsweisen an: In welchen Kontexten werden die Ausdrücke verwendet und welche strategischen Hintergründe können aufgrund der Gebrauchsweise(n) abgeleitet werden. Zuletzt wird die Frage der Instrumentalisierung vor dem Hintergrund der kategorialen Einordnung der Ausdrücke gestellt: Wie werden die Ausdrücke instrumentalisiert und inwiefern werden sie als ‚Schlüssel'- bzw. ‚Hochwertwörter' und nicht im Sinne von ‚Fahnenwörtern' eingesetzt?

Analyse des Gebrauchs der Schlüssel bzw. Hochwertwörter ‚Wahrheit', ‚Freiheit' und ‚Demokratie' in den Texten des Blogs ‚Politically Incorrect'

Zunächst wird mit dem Lexem ‚Wahrheit' begonnen. Es mag ungewöhnlich erscheinen, auf dieses als politisches Hochwert- oder Schlüsselwort zu verweisen und tatsächlich finden sich kaum Einträge zu diesem in politischen Lexika. Exempla-

risch wurden das ‚Politisch-soziologische Wörterbuch' (1975), ‚Sachwörterbuch der Politik' (1977), ‚Kleine Politische Wörterbuch' (1988) und das ‚Politik-Lexikon' (2000) ausgewertet. Auch für die anderen Lexeme ‚Freiheit' und ‚Demokratie' wurden diese Lexika zur Orientierung herangezogen. Nur in dem ‚Kleinen politischen Wörterbuch', einem ideologisch gefärbten Wörterbuch der DDR, findet sich ein Eintrag. Und selbst dieser beginnt mit der Einschränkung, dass es sich um eine „philosophische Kategorie [handelt], welche die Adäquatheit der Erkenntnis, ihre Übereinstimmung mit dem Erkenntnisobjekt widerspiegelt" (1062). Entsprechend ist der Ausdruck Kernbestand eines jeden Philosophielexikons (exemplarisch ausgewertet wurden das ‚Metzler Lexikon Philosophie' (2008), das ‚Philosophische Wörterbuch' (2010) und das ‚Philosophielexikon' (2013). Diese Lexika fanden auch Verwendung bei der Bestimmung der anderen beiden Lexeme) und rekurriert auf objektive Wahrheiten als Eigenschaft von Gegenständen, Sachverhalten, Personen sowie subjektive Wahrheiten, im Sinne von Relevanzsetzungen erkennender Subjekte (vgl. Schöndorf 2010: 557). Wahrheitsfähig ist „primär und ursprünglich jede Behauptung in Bezug auf ihre Bedeutung, d. h. ihren propositionalen Gehalt" (Schöndorf 2010: 558). Diese philosophischen (konstruktivistisch-) erkenntnistheoretischen (aber linguistisch anschlussfähigen) Bestimmungen indizieren semantische Potenziale, aber noch keine pragmatischen Verwendungen in politischen Kontexten. Nichtsdestotrotz wird der Ausdruck in der politischen Sphäre verwendet. Zur besseren Kontextualisierung wird daher auf das Essay Hannah Arendts ‚Wahrheit und Politik' zurückgegriffen, in dem die politische Theoretikerin den politischen Umgang mit Wahrheit reflektiert. Auch sie verweist darauf, dass ‚Wahrheit' ein zunächst unpolitischer (vgl. 2015 [1967]: 46, 68), nichtsdestotrotz aber zentral für menschliches und politisches Miteinander Ausdruck ist. Zwar ist „es um die Wahrheit in der Politik schlecht bestellt" (2015 [1967]: 44) und stattdessen gehören „Lügen […] zum Handwerk nicht nur des Demagogen, sondern auch des Politikers" (2015 [1967]: 44), gleichzeitig ist aber die Verwendung des Lexems für Politiker verführerisch, da Wahrheit ein „Element des Zwangs, der *zwingenden* Evidenz enthält" (2015 [1967]: 69, Hervorhebung im Original) und so Politiker „in die Versuchung geraten, sich dieses Zwanges zu politischen Zwecken zu bedienen" (2015 [1967]: 69). Die Bedeutung des Ausdrucks bemisst sich an seiner Konnotation des Klar-Objektiven und Nicht-Hintergehbarem, das für eigene ideologische, machtstrategische Zwecke verwendet und missbraucht werden kann. Arendt unterscheidet hinsichtlich der Instrumentalisierungsfunktion zwischen Vernunft- und Tatsachenwahrheit und warnt, dass Letztere zum umkämpften Phänomen geworden sind. (vgl. 2015 [1967]: 55)

> Wenn politische Macht sich an Vernunftwahrheiten vergreift, so übertritt sie gleichsam das ihr zugehörige Gebiet, während jeder Angriff auf Tatsachenwahrheiten innerhalb des politischen Bereichs selbst stattfindet. Was Hobbes' Verbrennung mathematischer Lehrbücher schwerlich erreichen könnten, ist durch eine Verbrennung der Geschichtsbücher durchaus erreichbar

> […]. Tatsachen stehen immer in Gefahr, nicht nur auf Zeit, sondern möglicherweise für immer aus der Welt zu verschwinden. Fakten und Ereignisse sind unendlich viel gefährdeter, als was immer der menschliche Geist entdecken oder ersinnen kann. (Arendt 2015 [1967]: 49)

Bedeutsam ist Arendts Orientierung darauf, dass Faktenwahrheiten nicht von bewussten Fälschungen oder organisierten Lügen bedroht werden, sondern von Meinungen (vgl. 2015 [1967]: 56). In dieser Hinsicht „besitzen Fakten keinerlei zwingende Evidenz für den menschlichen Verstand, sie sind zumeist noch nicht einmal einleuchtend" (Arendt 2015 [1967]: 75). Dies kann im politischen Diskurs durch Verzerrungen, Täuschungen und Lügen ausgenutzt werden: „Da der Lügner ‚Tatsachen' frei erfinden oder umgestalten kann, hat er die Möglichkeit, sich nach dem zu richten, was seinem Publikum gerade gelegen kommt, oder auch einfach nach dem, was gerade zu erwarten steht." (Arendt 2015 [1967]: 75) So kann Wahrheit zu einem ‚Image' werden, das dazu dient, die eigene ideologische Gruppensicht auf einen Sachverhalt, eine Personengruppe etc. zu konstituieren oder zu bestätigen. Diese Sichtweise muss nach außen hin verbreitet und geschützt werden: „Die Täuscher wie die Getäuschten müssen, schon um ihr ‚Weltbild' intakt zu halten, sich vor allem darum kümmern, daß ihr Propaganda-*image* von keiner Realität gefährdet wird." (Arendt 2015 [1967]: 81, Hervorhebung im Original) ‚Wahrheit' wird so zu einer Form des Kampfbegriffs des politischen Diskurses: Losgelöst von erkenntnistheoretischen Reflexionen dient das Lexem in der politischen Sphäre der Legitimation eigener Sichtweisen. Dabei ist die Verwendung durchaus unabhängig von Aspekten der Faktizität: Politisches Handeln kann gegen die Faktizität aufbegehren, bei gleichzeitiger Versicherung, die Wahrheit auszusprechen oder aufzudecken. ‚Wahrheit' wird so zu einem zugleich unbegrenzten sowie begrenzt-umkämpften Gut: Den vielen Wahrheiten einzelner Gruppen steht die Notwendigkeit der Verbreitung und Durchsetzung der eigenen Wahrheit als alternativlos gegenüber.

Untersucht werden soll, auf welche Arten das Lexem von den Textproduzenten des Blogs eingesetzt wird. Gesucht wurde, um die Ausdruckspotenziale so vollständig wie möglich zu erfassen, nach dem Lexem ‚wahr', das in dem Analysekorpus insgesamt 32-mal anzutreffen war. 16 dieser Treffer sind als irrelevant auszuschließen (‚wahrnehmen' mit sieben, ‚wahrscheinlich' mit vier, ‚verwahrlost' mit zwei und ‚bewahren', ‚gewahren' sowie ‚wahrlich' mit jeweils einer Nennung), so dass 16 als relevant bestimmt werden konnten. In der substantivischen Form ist der Ausdruck acht Mal anzutreffen, zweimal davon als Teil eines Kompositums (‚Wahrheitsanspruch' sowie ‚Wahrheitsministerium') und in der adjektivischen Form acht Male. Verbindungen substantivischen wie adjektivischen Couleurs, sind hingegen eher selten.[12]

[12] ‚Wahrheit' mit ‚Weltherrschaftsanspruch' sowie ‚Zensur' und ‚wahr' mit ‚undemokratisch' sowie ‚symbolisch'.

Insgesamt lassen sich drei Strategien des Umgangs mit ‚Wahrheit' ausmachen: In der ersten geht es um die Legitimierung eigener Wirklichkeitskonstruktionen von Situationsbestimmungen im Gegensatz zu anderen Sichtweisen:

(1) Die wahren ‚Flucht'-Ursachen seien vielmehr die Verlockungen durch die großzügigen Sozialleistungen, die es hier für die Invasoren abzugreifen gebe. (10.10.2017)
(2) Längst schon hat sich vieles bewahrheitet, das Pegida als Hetze und Übertreibung ausgelegt wurde. (28.8.2017)
(3) Der fast religiöse Glaube des Durchschnittsbürgers an die vermeintlichen Wahrheiten der Regierungspropaganda. (20.7.2017)

Die Textproduzenten rekurrieren auf den Aspekt der ‚einen Wahrheit'. Andere Konstruktionen werden diskreditiert: Im ersten Beispiel durch das gezielte Dekonstruieren alternativer Sachverhaltsbeschreibungen – so wird durch die Anführungszeichen der Anlass der Immigration nach Deutschland als Flucht in Frage gestellt und im weiteren Verlauf des Satzes mit dem Ausdruck „Invasoren" konterkariert – und im dritten Beispiel durch die Pluralisierung ‚Wahrheiten', die so ihren zwingenden Charakter verlieren, der Beliebigkeit preisgegeben werden und ihren Konstruktionscharakter offenbaren. Die Verwendungen des Lexems zeigen die Notwendigkeit, die eigenen ‚wahren' Wirklichkeitsbestimmungen legitimierend gegenüber anderen Formen zu sichern. Dies kann durch Aufwertungen eigener Positionen oder Abwertungen der gegnerischen geschehen. Beide Möglichkeiten gehen ineinander über: So wird in (1) und (2) zunächst auf den wahrheitlichen Gehalt der eigenen Wirklichkeitsbestimmung verwiesen („Die wahren ‚Flucht'-Ursachen", „Längst hat sich vieles bewahrheitet") und dann anderen als überlegen entgegengestellt. Dabei zeigt sich, dass die dargestellten Wahrheiten in dem von Arendt beschriebenen Sinne als in Fakten verkleidete Meinungen verwendet werden: So tarnen sich die Warnungen Pegidas vor einer Überfremdung sowie weiteren zum Teil rassistischen Aussagen über Einwanderer oder den Islam als Fakten und werden in diesem Sinne versprachlicht, sind aber vielmehr Meinungen, ohne dass dieser Aspekt in der Argumentation anzutreffen ist. So folgen im zweiten Beispiel auf die Feststellung der Bewahrheitungen der Warnungen Pegidas Meinungen als Rechtfertigungen in Form offener rassistischen Äußerungen:

(4) Wer allerdings mit wachem Verstand und offenen Augen auf unser Land blickt, weiß es besser. Die Klappmesser sind ebenso schnell offen, wie die Hosen der Vergewaltigungsfachkräfte. (28.8.2017)

Im Zusammenhang der ersten Strategie der Durchsetzung bzw. Legitimation eigener Meinungen und Wirklichkeitskonstruktionen als wahr (bzw. wahrer als konkurrierende Deutungsangebote) findet sich die zweite Strategie, die Konstruktionen anderer Akteure als Wahrheit-verzerrend abzuwerten. Das Zusammenspiel beider

Strategien ist evident: Der Aufwertung der eigenen Wahrheit muss eine Abwertung anderer folgen, um das Potenzial des Ausdrucks, seine „zwingende Evidenz", aufrechtzuerhalten:

(5) So hatten die doch dreist behauptet, unser Spaziergang würde zum Hauptmarkt gehen, der in der Nazi-Zeit bekanntlich ‚Adolf-Hitler-Platz' hieß, womit wir in derer feuchten Phantasie unsere wahre Gesinnung gezeigt hätten. (10.10.2017)
(6) Sie verdrehen – wie George Orwell es prophezeite! – Wahrheit und Lüge. (30.8.2017)

Anders als in den Beispielen (1) bis (3) wird der Konflikt um Wirklichkeitsbestimmung(en) bzw. Wahrheit(en) deutlicher als Kampf politischer Akteure ersichtlich – erkennbar an der Verwendung des Pronomens „sie", mit dem auf ideologische Gegner rekurriert wird, deren Wahrheiten als Lüge enttarnt werden sollen – im ersten Beispiel geschieht dies anhand eines konkreten Sachverhaltes, im zweiten in allgemeiner Hinsicht. Auch das Handlungsmuster der zu diskreditierenden Wirklichkeitskonstruktionen wird explizit gemacht und als „Lüge" bzw. „Behauptung" markiert. Der Rekurs auf ‚Wahrheit' sowie ‚wahre' Sachverhalte dient in beiden Strategien der Legitimation von Wirklichkeitsbeschreibungen und der Abwertung anderer. So erscheint Wahrheit als positiv begrenztes und negativ unbegrenztes Gut: Die vielen Wahrheiten der politischen Gegner diskreditieren sich durch ihre Beliebigkeit, die eigene Wahrheit erscheint als zwingend.

In der letzten angeführten Strategie versuchen die Produzenten ihre Wirklichkeitskonstruktionen zusätzlich zu legitimieren, indem sie ein Moment der Gefährdung einführen. ‚Wahrheit' wird so nicht nur zu einem gefährdeten Gut, das durch die Lügen des politischen Gegners bedroht ist, sondern auch durch die direkte Bedrohung derjenigen, die die Wahrheit verbreiten. Im Sinne des schon im Beispiel (6) antizipierten Orwell'schen Bedrohungskontext wird die Relevanz ihrer Deutungen hervorgehoben und politische Gegner, zu denen auch die Regierung gehört, in die Nähe diktatorischer Regime gerückt:

(7) Wer deshalb darauf hinweist, dass die ‚Frontbegradigung' eigentlich ein Rückzug ist und der angebliche ‚Flüchtling' in Wahrheit gar kein Flüchtling ist, wird nicht nur von der Propaganda zum Staatsfeind erklärt. (20.7.2017)
(8) Und jeder der es wagt die Wahrheit über das sicherheitspolitische Fiasko, in dem Deutschland sich derzeit befindet, auszusprechen riskiert Repressalien wegen Volksverhetzungen. (3.1.2017)

In Beispiel (7) verdichten sich die hier angeführten Strategien in exemplarischer Weise: Zunächst findet eine Diskreditierung von Sachverhaltsdarstellungen statt, die nicht in das ideologische Bild der Produzenten passen – erkennbar erneut an den in Anführungszeichen gesetzten Ausdrücken. Zudem wird die eigene Wirk-

lichkeitskonstruktion als zwingend durch die Verwendung des Lexems ‚Wahrheit' indiziert und ein Moment der Gefährdung der Wahrheit-Aussprechenden Akteure angeführt, um sowohl die Wahrheit als auch den Wahr-Sagenden zum Gefährdeten zu machen.

Insgesamt zeigt die Verwendung des Lexems das Potenzial des Ausdrucks für politische Abgrenzungs- und Machtprozesse. ‚Wahrheit' als Hochwertwort wird für die eigene politisch-ideologische Agenda instrumentalisiert, nicht um, im erkenntnistheoretischen Sinne, den Prozess der Wahrheitsfindung zu thematisieren, sondern in einem gruppenlegitimierenden wie –abgrenzenden Impetus, eigene Positionen zu festigen, erhöhen und andere zu diskreditieren. Dabei findet der von Hannah Arendt identifizierte Prozess der Vermischung von Tatsachen mit Meinungen statt, der durch das Label bzw. Image des Ausdrucks maskiert werden soll. Allerdings dient das Aufdecken von Wahrheiten nur dazu, um die Positionen und Darstellungen der Gegner zu dekonstruieren, findet aber keine Anwendung auf die eigenen Handlungsweisen. So verliert ‚Wahrheit' seinen ‚objektiven' Status und wird zu einem Fahnenwort, dass der ideologischen Rechtfertigung eigener Positionen dient.

Als zweites hier in den Argumentationen der Textproduzenten zu untersuchendes Lexem soll ‚Freiheit' bestimmt werden. In einem allgemeinen Sinne bedeutet Freiheit „das Freisein von äußeren Zwängen bzw. das freie, von äußeren Hindernissen ungehinderte Sich-bewegen-Können" (Prechtl 2008: 187), die Möglichkeit der Selbstbestimmung, frei entscheiden und wählen zu können (vgl. Prechtl 2008: 187). Politische Freiheit bezeichnet vor allem die Möglichkeit, staatbürgerliche Rechte wahrzunehmen und sich im Rahmen verfassungsmäßig garantierter Grundrechte zu bewegen (vgl. Kollnig 1975: 82). Politische Freiheit ist dabei nicht grenzenlos, sondern an rechtliche Rahmungen gebunden. So wird Freiheit, wie sie durch das Grundgesetz garantiert wird, auch durch dieses begrenzt und man kann seine Freiheit z.B. zur Meinungsäußerung verwirken: Wendet man sich gegen das staatliche System, die demokratische Grundordnung, die den rechtlichen Rahmen zur Freiheit bereitstellt, verliert man dieses Recht auf Freiheit (vgl. Kollnig 1975: 82). Auch Hannah Arendt hat sich zur Frage der ‚Freiheit, frei zu sein' in einem gleichnamigen Essay geäußert und die hier angedeutete Bedeutungslinie aufgenommen: Auch sie unterscheidet zwischen existenziellen Freiheiten von Furcht, Zwang sowie Not und öffentlicher Freiheit, sieht aber den Zusammenhang aller Aspekte. Nur „diejenigen, die von beidem frei sind, von Not wie von Furcht, sind in der Lage, eine Leidenschaft für die öffentliche Freiheit zu empfinden" (Arendt 2018 [1967]: 26). Somit muss zunächst eine Freiheit von Not und Furcht geschaffen werden, um dann Freiheit im politischen Sinne erlangen als auch anbieten bzw. durchsetzen zu wollen, um so „Zugang zum öffentlichen Bereich und die Beteiligung an den Regierungsgeschäften" (Arendt 2018 [1967]: 16) zu erreichen. Der Ausdruck Freiheit zeichnet sich sowohl durch die Möglichkeit seiner Abwesenheit aus, so dass sie (ebenso wie Wahrheit) als ein gefährdetes Gut bestimmt werden kann, als auch durch seine Begrenzung – Freiheit ist ein Privileg, zu dem

Zugang gewährt werden kann, das errungen werden muss, das aber auch wieder zurückgenommen werden kann. In dieser Hinsicht ist Freiheit nicht kontextlos (gültig), sondern an bestimmte Bedingungen geknüpft. Bedingungen allerdings, an die alle gleich gebunden sind, so dass Freiheit diesbezüglich letztlich auch ein pluralistisch-egalitäres Moment zukommt.

Im Kontext des Untersuchungskorpus ist ‚Freiheit' von den drei Ausdrücken mit 51 Treffern der am häufigsten vertretene. 44 Treffer sind als relevant bestimmt worden, weitere 8 als irrelevant (davon mit vier Nennungen die Organisation ‚Junge Freiheit' und mit jeweils zwei Treffern die Partei ‚Die Freiheit' und das Substantiv ‚Hochschulfreiheitsgesetz'). In substantivischer Form wird 28-mal auf das Lexem ‚Freiheit' verwiesen, 14-mal davon auf ‚Freiheit' allein und in weiteren 14 Fällen auf Kompositaformen (‚Meinungs'-, ‚Informations'-, ‚Religions'-, ‚Versammlungsfreiheit' etc.). Auffällig an den Komposita ist der besondere Status von ‚Meinungsfreiheit', auf die insgesamt acht Mal verwiesen wird und damit zentral gesetzt ist. In adjektivischer Form wird 16-mal auf ‚freiheitlich' verwiesen. Dabei ist in neun der 16 Fälle das Adjektiv Teil eines Kompositums, wobei es nur zwei Formen gibt: ‚freiheitlich-patriotisch' mit sieben und ‚freiheitlich-konservativ' mit zwei Nennungen. Es ergeben sich also deutliche Schwerpunktsetzungen, sowohl in substantivischer als auch adjektivischer Hinsicht: Substantivisch wird der Ausdruck um einiges häufiger verwendet (28-mal). Adjektivisch wird er weniger verwendet (16-mal) und wenn, dann häufig als ‚freiheitlich-patriotisch', wobei sich diese charakterisierende Zu- als Selbstbeschreibung der Textproduzenten sowie ihnen nahestehenden ideologisch-politischen Akteure offenbart. Interessant ist auch die zeitliche Verteilung: Es zeigt sich, dass von den 52 Treffern über ein Viertel, nämlich 15, auf einen Artikel vom 01.01.2017 entfallen, mit dem programmatischen Titel „Vier Kämpfe, vier Fronten". In diesem findet sich auch eine dezidierte Selbstbestimmung: „2017 wird für die freiheitlich-patriotischen („rechtspopulistischen") Kräfte in Deutschland ein herausforderndes, wahrscheinlich sogar schicksalhaftes Jahr". Im Kontext der argumentativen Vertextung des Ausdrucks lassen sich erneut drei (miteinander zusammenhängende) Strategien ausmachen. In einer ersten wird auf Freiheit als gefährdeter Wert eingegangen, wobei insbesondere auf die Meinungs- als Sprech- und Denkfreiheit verwiesen wird, die scheinbar eingeschränkt bzw. unterdrückt wird:

(9) Die von unserer Regierung, den Politikern, der EU, der absoluten Majorität der Journalisten und dem großen Teil der Verwaltung und Justiz gelebte Unterbindung einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Thema stellt eine denkbar schlechte Ausgangssituation für einen freien und kritischen Diskurs dar. Dies alleine ist ein Armutszeugnis für unsere Demokratie, erst recht wenn dieser Demokratie ein Grundgesetz zugrunde liegt, das Meinungsfreiheit generell schützt. (13.09.2017)

(10) Jede neue Bedrohungslage wird ausgenutzt, um unsere Freiheit Stück für Stück für eine angebliche Sicherheit einzuschränken. (01.07.2017)

(11) Auch bei 33 Grad Hitze werden Pegida und all die mutigen Menschen, die jede Woche Gesicht zeigen und patriotischen Widerstand leisten, gegen ein System, das uns nicht nur die Freiheit nehmen will, sondern auch Tod und Terror billigend in Kauf nimmt, wieder auf die Straße gehen. (29.05.2017)

In diesen Textpassagen wird ein fiktives Bedrohungsszenario dargestellt, in dem zentrale Bereiche der grundgesetzlich garantierten Freiheit unterminiert werden. Dabei wird die Figur eines übermächtigen Staates in Position gebracht, der zusammen mit den von ihm kontrollierten Bereichen der Medien und der Justiz die Meinungsfreiheit nicht nur nicht schützt (Bsp. 9), sondern aktiv einschränkt (Bsp. 10 und 11). Es zeigt sich an diesen Beispielen auch, wie verschränkt das Ausdruckssystem der Textproduzenten ist bzw. wie sich strategische Grundpositionen durch alle Texte ziehen. Denn die hier als Sachverhalte dargestellten Zusammenhänge werden ebenfalls in Form wahrer Tatsachen konstatiert. Dies zeigt sich auch an der Vertextung, die die Grundannahmen dieser Aussagen gar nicht erst explizit macht oder an Faktizitätsmarkierungen knüpft, sondern konstativ als wahr und gegeben voraussetzt. In diesem Sinne als wahr und gegeben ist die Bedrohung der Freiheit, insbesondere der Meinungsfreiheit, durch den Staat, der gegen das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf politische Freiheit vorgeht und dieses einzuschränken sucht. Diese Konstruktionen gehen so weit, dass dem politisch-ideologischen Gegner unterstellt wird, „Tod und Terror billigend in Kauf" zu nehmen, um eigene Ziele durchzusetzen. Im Rahmen dieser Argumentationen offenbart sich die instrumentelle Funktion der Rekurse auf Freiheit: Durch die Konstruktion einer Bedrohung freiheitlicher Rechte wie dem der Meinungsäußerung den Möglichkeitsraum von Aussagen zu vergrößern. Die Konstruktion der Bedrohung verhilft den eigenen Äußerungen zu größerer politischer Legitimität und indiziert zusätzlich eine Bedrohung, die von staatlich-demokratischen Institutionen ausgeht.

In diesem Sinne ist auch die zweite Strategie gehalten, in der Freiheit als positiver Zielwert bestimmt wird. Dahingehend inszenieren sich die Textproduzenten als ihre Hüter, für die sie gegen alle Widerstände einzutreten bereit sind. Dass dabei auch gegen den Staat, seine Institutionen und ideologischen Werte argumentiert wird, ist offenkundig:

(12) Bedeutsam ist der Verfassungskampf, also die Verteidigung der massiv bedrohten Grundrechte auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit. Unter allerlei fadenscheinigen Vorwänden (‚Hass-Sprache', ‚Fake-News') versuchen die unter Beschuss geratenen Wächter der ‚Politischen Korrektheit' die sozialen Medien, insbesondere die massendemokratischen Möglichkeiten im Freiheitsraum Internet, unter Kontrolle zu bekommen. (01.01.2017)
(13) In dieser Situation ist es die Aufgabe und notwendige Pflicht der freiheitlich-patriotischen Kräfte, Verteidiger des Grundgesetzes zu sein. (01.01.2017)

Während in der ersten Strategie die Konstruktion eines (fiktiven) Bedrohungsszenarios im Vordergrund steht, werden in dieser Strategie Konsequenzen aus dieser Wirklichkeitskonstruktion abgeleitet: In diesem Sinne wird dem Staat das Recht auf Aufsicht über Rechte wie Meinungs- und Informationsfreiheit ab- und den „freiheitlich-patriotischen Kräften" zugesprochen; an diesen und somit an den Textproduzenten sowie ideologisch-politisch Gleichgesinnten liege es, diese Rechte und Werte wiederherzustellen, im Sinne der „Verteidigung der massiv bedrohten Grundrechte". So zeigt sich, wie ‚Freiheit' in einem instrumentalisierenden Sinne eingesetzt wird, um eigene Positionen zu konstituieren und zu legitimieren. Zudem findet ein Einschreiben der Akteure in demokratische bzw. politisch-öffentliche Diskurse statt. Durch das Aufgreifen eines Hochwertwortes wie ‚Freiheit' kann ein Prozess nicht nur der Legitimierung, sondern auch der Adaption bzw. Assimilation eingeleitet werden, der radikale Einstellungen im öffentlichen Diskurs sagbarer werden lässt.

Nachdem in den ersten Strategien ein ‚Was' (=Was ist die konstruierte Bedrohungslage bzw. Wirklichkeitskonstruktion?) und ein ‚Wie' (=Wie hat man sich im Rahmen dieser Konstruktionen zu verhalten?) versprachlicht wurden, dient die letzte Strategie dazu, das ‚Wer' deutlicher zu akzentuieren: In diesem Sinne soll das eigene Selbstverständnis dargestellt bzw. die eigene Position verortet werden. Dahingehend wird ein bestimmtes Konzept von Freiheit, zumeist adjektivisch vertextet, präsentiert, um das eigene Selbstbild aber auch Verständnis von Freiheit zu konkretisieren. Freiheit erscheint dabei vor allem als patriotisch, konservativ und eben rechtspopulistisch:

(14) 2017, das lässt sich jetzt schon urteilen, wird als das Jahr in die deutsche Geschichte eingehen, in dem sich politisch wie auch geistig eine Wende hin zu einer freiheitlich-patriotischen Wiedergeburt des europäischen Herzlandes abzeichnet. Will man historische Analogien nicht scheuen, dann deutet vieles darauf hin, dass sich Deutschland wie vor den revolutionären Ereignissen von 1848/49 wieder in einem ‚Vormärz' befindet, allerdings wohl noch in einem frühen Stadium. Die herrschenden Eliten mit ihrer Ideologie des Universalismus, Multikulturalismus und zunehmend repressiver werdenden Liberalismus haben zwar die Macht noch in der Hand, doch der Griff ist nicht mehr so fest, ja er ist oft schon merklich unsicher. (27.12.2017)

(15) Denn für die Bundestagswahl 2017 gibt es für die freiheitlich-patriotischen Kräfte keine Alternative zur AfD. Vielmehr muss die parlamentarische Vertretung der AfD im Bundestag so stark wie nur irgend möglich gemacht werden. Deshalb sollten in dem mit Sicherheit schmutzig und gewalttätig verlaufenden Wahlkampf nicht nur die AfD-Mitglieder, sondern alle, die sich als Teil der freiheitlich-patriotischen Kräfte verstehen, die Partei aktiv unterstützen. (01.01.2017)

(16) Und es erfordert die Kreation kultureller und künstlerischer Identitätsmerkmale einer selbstbewussten freiheitlich-patriotischen Volksbewegung: Eigene

> Medien, eigene Literatur, eigene Lieder, eigene Symbole und Feiern. Eines gibt es jedenfalls schon: eigene Foren im Freiheitsraum Internet. (01.01.2017)

Deutlich wird schon durch das Adjektiv-Kompositum ‚freiheitlich-patriotisch', dass es in diesen Passagen um eine Selbstcharakterisierung der Textproduzenten sowie der mit ihnen (ideologisch) verbundenen Gruppen geht. Dass dabei eine explizite Opposition konstruiert werden soll, wird nicht nur an den Abgrenzungskontexten (Beispiel (15) und (16)) deutlich, sondern auch an der Forderung nach eigenen „Identitätsmerkmale[n] einer selbstbewussten freiheitlich-patriotischen Volksbewegung", mit eigenen „Medien, eigener Literatur, eigenen Lieder[n], eigene[n] Symbole[n] und Feiern".

Insgesamt zeigt auch die Verwendung des Lexems ‚Freiheit' das Potenzial des Ausdrucks für Instrumentalisierung und Selbstverortungen bzw. -darstellungen. Ähnlich wie bei ‚Wahrheit' dient der Rekurs auf das Lexem der Konstruktion eines (fiktiven) Bedrohungsszenarios. Wo bei ersterem ‚die' Wahrheit ungehört unter falschen Wahrheiten zu verschwinden droht, steht nun die Freiheit des Bürgers auf dem Spiel. Durch diese Zuspitzung und Verdichtung werden eigene Meinungsbeiträge zu einem Teil des zu schützenden (demokratischen) Diskurses. In dieser Hinsicht dient der Rekurs auf ‚Freiheit' der Legitimation eigenen Handelns sowie eigener Wirklichkeitskonstruktionen. Während mit dem Bezug auf ‚Wahrheit' die inhaltliche Komponente der geäußerten Meinungen gesichert werden sollte, soll durch den Bezug auf das Lexem ‚Freiheit' der Äußerungsmodus gesichert werden – es ist nicht nur wichtig, etwas als wahr zu deklarieren, es muss auch die Möglichkeit der Reproduktion dieser Äußerungen geschaffen werden. Zuletzt dient ‚Freiheit' der näheren Charakterisierung des eigenen Selbstverständnisses. Damit schreiben sich die Akteure als Bedrohte in ihr eigenes Szenario ein – wenn sie die wahren freiheitlich-patriotischen Kräfte sind und Freiheit von staatlicher Seite bedroht ist, dann sind auch sie bedroht.

Zuletzt soll das Lexem ‚Demokratie' in seinen Gebrauchszusammenhängen ausgedeutet werden. Demokratie kann relativ konsensual als das „Herrschaftssystem" (Shell 2000: 110) bestimmt werden, in der die Staatsgewalt vom Volk ausgeht bzw. in seinem Auftrag ausgeübt wird (vgl. Kollnig 1975: 52). In dieser Hinsicht erhält diese Staatsform ihre Legitimation wie Legitimität über den Volkswillen, da die Regierung direkt oder indirekt aus diesem hervorgeht und vom Volk befugten Organen kontrolliert wird (vgl. Beck 1977: 178). Die Demokratie als Form der Volksherrschaft baut auf den Menschen- bzw. Grundrechten auf (vgl. Brieskorn 2010: 76). Insbesondere durch die französische(n) und amerikanische(n) Revolution(en) ist die Demokratie zur Legitimationsbasis moderner Staatlichkeit geworden (vgl. Hügli/Lübcke 1993: 167) und wird als Opposition von diktatorischen Staatsformen explizit abgegrenzt und als Gegenentwurf betrachtet (vgl. Schütz 1989: 174). Die Grundprinzipien demokratischer Staatsformen sind konsensual die der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, insbesondere die Willensbildung und -ausübung betreffend (vgl. Shell 2000: 110), der Gewaltenteilung, der Kontrolle der

Herrschaft durch Oppositionsparteien, der Durchsichtigkeit politischer Entscheidungsprozesse, der Rechtsstaatlichkeit, der freien und offenen Wahlen, der Chancengleichheit der Parteien (vgl. Kollnig 1975: 52), der Unabhängigkeit der Gerichte, der Schutz der politischen Minderheiten und der unabhängigen Presse (vgl. Beck 1977: 179). Unterschieden wird zudem zwischen direkten und repräsentativen Formen der Demokratie (vgl. Kollnig 1975: 52 und Beck 1977: 178). Eine wesentliche Herausforderung moderner Demokratien besteht schließlich in ihrem Status als pluralistischem System, da sie sich aus „verschiedenen Gruppen, Schichten, Klassen [zusammensetzen], die auf unterschiedlichen wirtschaftlichen, religiösen, ethnischen, kulturellen Gemeinsamkeiten beruhen" (Shell 2000: 112) und den daraus resultierenden unterschiedlichen Interessen gerecht werden müssen.

Im Analysekorpus findet sich das Lexem ‚Demokratie' insgesamt 21-mal. In substantivischer Form ist der Gebrauch mit 20 Nennungen eindeutig dominant. Nur in einem Fall findet sich eine adjektivische Vertextung und dann in Form eines Kompositums (‚demokratietauglich'). Auch als Substantiv wird ‚Demokratie' als Teil eines Kompositums verwendet, allerdings nur in zwei Fällen (‚Basisdemokratie' und ‚Demokratieverlust'). Das heißt, dass 18-mal die Nennung des Lexems ‚Demokratie' allein anzutreffen ist. Dies indiziert die Herausgestelltheit, die der Ausdruck in den Argumentationen einnimmt. Weiterhin steht ‚Demokratie' im kotextuellen Zusammenhang mit ‚Freiheit' (1x), ‚Gesellschaft' (1x), ‚Humanismus' (1x), ‚Menschenrechten' (2x) und ‚Meinungsfreiheit' (2x). Deutlich zeigt sich die Vernetzung des Ausdrucks mit den zuvor beschriebenen, vor allem dem der ‚Freiheit'. ‚Freiheit' und ‚Demokratie' werden als Dualität gedacht und vertextet. Dementsprechend ist es wenig verwunderlich, dass sich im Kontext der argumentativ-strategischen Vertextung des Ausdrucks ähnliche Strategien ausmachen lassen. Insgesamt sollen an dieser Stelle drei hervorgehoben werden. In einer ersten wird, ähnlich wie bei dem Lexem ‚Freiheit', die Verfassung der modernen deutschen Demokratie in Frage gestellt:

(17) Leben wir noch in einer Demokratie? Jedenfalls muss jeder Bürger für diese eintreten und sei es auch unter Hinnahme von Nachteilen, wenn diese erhalten bleiben soll. (13.09.2017)

(18) Doch die bewusst herbeigeführte Verkrustung der Gesellschaft und Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Individualrechte als Auswuchs von vormals für Basisdemokratie und eine offene und kritische Gesellschaft angetretenen Menschen mit grünem und linken Hintergrund begründet sich bezogen auf die letzten Jahre in einem exponentiellen anwachsenden Anstieg von Intoleranz und Meinungsunterdrückung sowie der Aufkündung von Grundgesetz, Gesetz, Rechtsstaat und innerer Sicherheit. (13.09.2017)

In beiden Beispielen wird der moderne deutsche Staat hinterfragt. In Bsp. (17) noch ohne weitere argumentative Vertextung, sondern in Form einer rhetorischen Frage, in Bsp. (18) hingegen wird die Bezweiflung umfassender kontextualisiert. In

diesen Zusammenhängen finden sich auch Hinweise auf die Gefährdung von Demokratie. So wird u.a. von einem „Demokratieverlust“ (13.09.2017) gesprochen, der sich im deutschen modernen Staat beobachten lässt, ebenso wie von einer Gefährdung demokratischer Grundprinzipien, wie eben dem der Meinungsfreiheit: „Dies alleine ist ein Armutszeugnis für unsere Demokratie, erst recht wenn dieser Demokratie ein Grundgesetz zugrunde liegt, das Meinungsfreiheit generell schützt.“ (13.09.2017). Ein weiteres Mal werden also im Modus der Präsentation von Faktenwahrheiten Meinungen präsentiert und von „bewusst herbeigeführte[n] Verkrustung der Gesellschaft und Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Individualrechte“ gesprochen. Worin diese Rechte genau bestehen oder wie dagegen verstoßen wird, wird nicht weiter ausgeführt und so bleibt das Bedrohungsszenario letztlich nicht fassbar. Worin sich „Intoleranz und Meinungsunterdrückung“ äußern, ist für die Konstruktion einer bestimmten Narrative auch nur bis zu einem gewissen Grad relevant: Durch das In-Frage-Stellen des demokratischen Prinzips des Staates ist das Ziel der Verunsicherung bzw. Dekonstruktion und letztlich Legitimation der eigenen Position und Verbreitung der eigenen Sachverhaltsdarstellung erreicht. So wird eine Situation konstruiert, in der diese Meinungen als konsensual geteilte und bekannte Fakten gelten, die keiner Erläuterung bedürfen. Sie bedürfen auch nicht mehr der Begründung oder Verifikation. So wird zwar auf Basiswerte von Demokratie rekurriert (Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit etc.), diese werden aber nicht weiter konkretisiert. Sie spielen in der Vertextung nur als Orientierungspunkte eine Rolle, als inszenierter ‚common ground‘, von dem aus die als Tatsachen getarnten Meinungen der Textproduzenten intersubjektiv nachvollziehbarer erscheinen (wollen).

Neben dieser Strategie, die demokratische Verfasstheit des modernen deutschen Staatssystems in Frage zu stellen, finden sich auch Textpassagen, in denen das aus Sicht der Textproduzenten falsche Verständnis des politisch-gesellschaftlichen Mainstreams bezüglich Demokratie thematisiert wird:

(19) Europa übt sich seit langem in einem betont nobel daherkommenden Gestus, der von Verweisen auf Demokratie, Humanismus und Menschenrechte nur so strotzt. Die Haltung der meisten europäischen Politiker soll dementsprechend eine besondere Reife und Entwicklung demonstrieren. Toleranz, Friedfertigkeit um jeden Preis, Gleichheit und Menschlichkeit als Prämisse für alles und jedes werden als die europäischen Kardinaltugenden transportiert. Man hält sich, ohne dass man es allzu laut sagt, für die bestentwickelte und am meisten fortgeschrittene Gesellschaft der Welt und beschwört bei jeder Gelegenheit die hochstehenden Werte Europas […]. Wenn es aber darum geht, diese Werte und überhaupt die westliche Zivilisation an sich zu verteidigen, dann knicken die honorablen Damen und Herren Politiker reihenweise ein. (05.08.2017)

(20) Es handelt sich hier nicht mehr um angewandte Demokratie im Rahmen des Versammlungsgesetzes, sondern um gesinnungsmäßigen Missbrauch der staatlichen Exekutive. (30.05.2017)

In beiden Beispielen wird der demokratische Gestus der politisch-ideologischen Gegner als undemokratisch inszeniert. Durch den Rekurs auf politisch-gesellschaftliche Hochwertwörter wie ‚Demokratie', ‚Humanismus' oder ‚Menschenrechte' wird eine konsensuale Grundlage konstruiert, der man sich als Leser scheinbar nicht entziehen kann. Wenn sich auch die Textproduzenten für diese Werte stark machen und ihre Dekonstruktion anprangern, dann erscheinen auch sie als Teil des demokratisch-politischen Diskurses. In dieser Hinsicht fungieren viele Texte als Form des Einschreibens in Mainstream-Diskurse, indem auf konsensuale Werte und Ausdrücke Rekurs genommen wird, um von dieser Nennung aus die eigene Ideologie zu propagieren, die in den Bsp. (19) und (20) vornehmlich der Diskreditierung nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen demokratischen Regierungen dienen.

Schließlich wird in einer letzten Strategie das Lexem dazu verwendet, eigene Positionen zu bezeichnen. Ähnlich wie bei dem Ausdruck ‚Freiheit' dienen diese Rekurse nicht nur der Abwertung des politisch-ideologischen Gegners, sondern dem Ausdruck des eigenen Selbstverständnisses.

(21) Die AfD muss allerdings verstehen und akzeptieren, dass sie weder eine „normale" Partei sein kann noch sein darf. Sie ist langfristig nur lebensfähig und legitimierbar, wenn sie sich als Teil einer Bewegung zur Rettung der sozialen Demokratie, der freiheitlichen Grundordnung und der Zukunft der deutschen Volksidentität begreift. (01.01.2017)

(22) Das Grundgesetz, besonders dessen substanziellen vorderen Artikel, wird in der verwahrlosten und von den Parteien missbrauchten deutschen Demokratie inzwischen nur noch von den freiheitlichen Kräften ernst genommen und verteidigt. (01.01.2017)

Erneut ist das Ineinandergreifen der Strategien deutlich erkennbar, insbesondere in Form der Abgrenzung, Dekonstruktion der Positionen von Gegnern und Selbstverortung sowie Legitimierung eigener Positionen. Auch der enge Zusammenhang des Gebrauchs der beiden Lexeme ‚Demokratie' und ‚Freiheit' zeigt sich anhand Bsp. (22) unmittelbar. Nur „freiheitliche […] Kräfte […]" setzen sich wirklich für die „von den Parteien missbrauchten deutschen Demokratie" ein und verteidigen sie. Durch das In-Beziehung-Setzen des eigenen Selbstverständnisses mit politisch wie gesellschaftlich etablierten Hochwertwörtern findet ein Versuch des Einschreibens in politische Diskurse statt, um eigene Meinungen und Ideologien nicht nur zu verbreiten, sondern auch zu festigen und mit Rekurs auf die angeblich gemeinsame Wertebasis durch die Verwendung der entsprechenden Hochwertwörter zu legitimieren.

Schlussbemerkungen

Ausdrücke haben keinen unmittelbar feststehenden semantischen Gehalt, sondern stattdessen semantische Potenziale. Insbesondere sind es aber die Gebrauchskontexte, die über Bedeutungskonnotationen entscheiden und diese verändern. Somit können Lexeme instrumentalisiert werden. Exemplarisch sollten die strategischen Verwendungsweisen von politischen Hochwertwörtern anhand der Texte des rechtspopulistischen bzw. neurechten Blogs ‚Politically Incorrect' dargestellt sowie ausgedeutet werden. Dabei hat sich gezeigt, dass eine strategische Usurpation der ausgewählten Ausdrücke durch die Textproduzenten auszumachen ist – diese inszenieren sich als ‚echte' Vertreter wie Bewahrer von Freiheit, Demokratie und Wahrheit. Im Gegensatz dazu wird ein Bedrohungsszenario konstruiert, in dem die eigentlichen Instanzen, die zum Schutz dieser Werte dienen sollen, diese für eigene Zwecke missbrauchen. So wird eine Opposition evoziert, in der sich die Textproduzenten als Minderheit, die auf ‚der richtigen Seite' steht, inszenieren. Durch die Verwendung von Hochwertwörtern versuchen sie, ihre eigenen ideologischen Positionen (diskursiv) anschlussfähig zu machen. Dass dabei ein tendenziöses, verzerrendes Bild herrschender politischer Situationen geschaffen wird, ließ sich über die Analyse argumentativer Strategien ebenfalls darlegen: Denn die Konstruktion scheinbar bestehender Umstände stützt sich textstrategisch auf Vertextungsmuster des Konstatierens, ohne dass die als Fakten präsentierten Sachverhalte untermauert oder bewiesen werden. Sie erweisen sich als Meinungen, die als Faktenwahrheiten getarnt vertextet werden und so ein Bild von konsensual akzeptierten Sachverhaltsdarstellungen entstehen lassen, ohne deren Konstruktionscharakter zu reflektieren.

In dieser Hinsicht werden die besprochenen Hochwertwörter argumentativ-strategisch instrumentalisiert, inhaltlich ausgeweitet sowie semantisch unbestimmter, um sie den eigenen Positionen nahestehend werden zu lassen (durchaus im Sinne von Klein 2014 [1993]: 104-111). So werden Hochwertwörter durch diese argumentativen Verwendungen zu umkämpften Schlüsselwörtern werden und somit zu Zentren semantischer Kämpfe. Es ist auffällig, dass bei allen Lexemen die Strategie der Identifizierung mit den durch den Ausdruck repräsentierten Werten anzutreffen war. Die Hochwertwörter werden verwendet, um in einem ersten Schritt einen scheinbaren Konsens mit dem politisch-gesellschaftlichen Mainstream zu inszenieren und in einem zweiten Schritt die Ausdrücke semantisch entgrenzend den eigenen Positionen näherzubringen und sie damit zu legitimieren bzw. zu erhöhen; ein Missbrauch, mit dem Ziel, an Macht und Bedeutung zu gewinnen.

Literatur

Arendt, Hannah (2018) [1967]: „Die Freiheit, frei zu sein", in: Arendt, Hannah: *Die Freiheit, frei zu sein*, München, 7-42.

Arendt, Hannah (2015) [1967]: „Wahrheit und Lüge", in: Arendt, Hannah: *Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays*, München/Berlin.

Baumgartner, Falko (2017): „Warum die Deutschen nach dem Berliner Weihnachtsmarkt-Massaker nicht aufbegehren", verfügbar unter: http://www.pi-news.net/2017/01/warum-die-deutschen-nach-dem-berliner-weihnachtsmarkt-massaker-nicht-aufbegehren/ [letztes Zugriffsdatum: 27.03.2020].

Beck, Reinhardt (1977): *Sachwörterbuch der Politik*, Stuttgart.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1998): „‚In Treue zur Nation'". Zur kollektiven Identität der rechtsextremen Bewegung", in: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Wiesbaden, 149-165.

Bergsdorf, Wolfgang (1998): „Von Adenauer bis Kohl: Fahnenwörter im Spannungsfeld der deutschen Politik", in: Panagl, Oswald (Hg.): *Fahnenwörter der Politik. Kontinuitäten und Brüche,* Wien/Köln/Graz, 127-137.

von Beyme, Klaus (2018): *Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?*, Wiesbaden.

Bielefeld, Heiner (2009): „Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam", in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, Wiesbaden, 167-200.

Böke, Karin (1996): „Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Zu Theorie und Methodik", in: Lüdtke, Frank/Böke, Karin/Wengeler, Martin (Hg.): *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*, Berlin/New York, 19-50.

Borstel, Dierk (2009): „Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-)Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge", in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden, 58-74.

Brauner-Orthen, Alice (2001): *Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen*, Opladen.

Brieskorn, Norbert (2010): „Demokratie", in: Brugger, Walter/Schöndorf, Harald (Hg.): *Philosophisches Wörterbuch*, München, 76-77.

Bude, Heinz (2016): „Der Augenblick der Populisten", in: Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): *PEGIDA. Rechtspopulismus*

zwischen Fremdenangst und „Wende"-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld, 347-353.

Edathy, Sebastian/Sommer, Bernd (2009): „Die zwei Gesichter des Rechtsextremismus in Deutschland – Themen, Machtressourcen und Mobilisierungspotentiale der extremen Rechten", in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden, 45-57.

Felder, Ekkehard (2008): „Semantische Kämpfe in Wissensdomänen. Eine Einführung in Benennungs-, Bedeutungs- und Sachverhaltsfixierung-Konkurrenzen", in: Felder, Ekkehard (Hg.): *Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften*, Berlin/New York, 13-46.

Gardt, Andreas (2018): „Konstruktivismus und Realismus. Grundpositionen linguistischer Theorie", in: *Sprachreport. Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache* (34/3), 32-42.

Gessenharter, Wolfgang (1998): „Rückruf zur ‚selbstbewußten Nation'. Analyse eines neurechten Frames aus bewegungstheoretischer Sicht", in: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Wiesbaden, 166-180.

Geyer, Steven/Schindler, Jörg (2011): „‚Politically Incorrect'. Im Netz der Islamfeinde", verfügbar unter: http://www.fr.de/politik/rechtsextremismus/politically-incorrect-im-netz-der-islamfeinde-a-1214346 [letztes Zugriffsdatum: 27.03.2020].

Girnth, Heiko (2015): *Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*, Berlin/Boston.

Haeffner, Gerd (2010): „Freiheit", in: Brugger, Walter/Schöndorf, Harald (Hg.): *Philosophisches Wörterbuch*, München, 137-139.

Hügli, Anton/Lübcke, Poul (1993) (Hg.): *Philosophielexikon. Personen und Begriffe der abendländischen Philosophie von der Antike bis zur Gegenwart*, Reinbek bei Hamburg.

Klein, Josef (2014) [1993]: „‚Begriffe besitzen'", in: Klein, Josef: *Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze*, Berlin, 103-112.

Klein, Josef (2014) [1989]: „Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik", in: Klein, Josef: *Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze*, Berlin, 50-101.

Kollnig, Karl (1975): *Politisch-Soziologisches Wörterbuch*, Bochum.

Niehr, Thomas (2014): *Einführung in die Politolinguistik. Gegenstand und Methoden*, Göttingen.

Panagl, Oswald (1998): „‚Fahnenwörter', Leitvokabeln, Kampfbegriffe: Versuch einer terminologischen Klärung", in: Panagl, Oswald (Hg.): *Fahnenwörter der Politik. Kontinuitäten und Brüche,* Wien/Köln/Graz, 13-21.

Pfeiffer, Thomas (2009): „Virtuelle Gegenöffentlichkeit und Ausweg aus dem ‚rechten Getto'", in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden, 290-309.

Prechtl, Peter (2008): „Freiheit", in: Prechtl, Peter/Burkard, Franz-Peter (Hg.): *Metzler Lexikon Philosophie. Begriffe und Definitionen*, Stuttgart, 187-189.

Rucht, Dieter (2016): „Inwiefern und warum ist PEGIDA erfolgreich?", in: Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): *PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende"-Enttäuschung? Analysen im Überblick*, Bielefeld, 189-205.

Scharf, Stefan/Pleul, Clemens (2016): „Im Netz ist jeder Tag Montag", in: Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): *PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende"-Enttäuschung? Analysen im Überblick*, Bielefeld, 83-98.

Schiffer, Sabine (2009): „Grenzenloser Hass im Internet. Wie ‚islamkritische' Aktivisten in Weblogs argumentieren", in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, Wiesbaden, 341-362.

Schneiders, Thorsten Gerald (2009): „Die Schattenseite der Islamkritik. Darlegung und Analyse der Argumentationsstrategien von Henryk M. Broder, Ralph Giordano, Necla Kelek, Alice Schwarzer und anderen", in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, Wiesbaden, 403-432.

Schöndorf, Harald (2010): „Wahrheit". In: Brugger, Walter/Schöndorf, Harald (Hg.): *Philosophisches Wörterbuch,* München, 557-560.

Schütz, Gertrud (1989): *Kleines Politisches Wörterbuch*, Berlin.

Shell, Kurt L. (2000): „Demokratie", in: Holtmann, Everhard (Hg.): *Politiklexikon*, München/Wien, 110-114.

Spieß, Constanze (2006): „Zwischen Hochwert und Stigma – Zum strategischen Potenzial lexikalischer Mittel im Bioethikdiskurs", in: Girnth, Heiko/Spieß, Constanze (Hg.): *Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen*, Berlin, 27-45.

Stöss, Richard (2004): „Der Nährboden für rechte Netzwerke. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Ursachen", in: Braun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hg.): *Rechte Netzwerke – eine Gefahr*, Wiesbaden, 67-76.

Rhetorische Verschiebungen als Spiegel veränderter gesellschaftlicher (Macht-) Verhältnisse: Der Reichswart – von einer „parteilosen" zu einer „nationalsozialistischen Wochenschrift"

Andrea Graumann

Rhetorical Shifts as a Reflection of Changing Social (Power) Relations: Der Reichswart, from a "nonpartisan" to a "national socialist" Weekly

From October 1920 until his death in November 1943 the German journalist and politician Ernst Graf zu Reventlow published the mainly political weekly Der Reichsgraf. *While the* Reichsgraf *was initially conceived as a nonpartisan publication (*Parteilose Wochenzeitschrift*) the addition of the subtitle* Nationalsozialistische Wochenschrift *in 1933 points to the change in its political stance. This weekly publication documents the changing social and political developments from the early Weimar Republic through the peak of National Socialism. From the beginning, the paper dealt with the status of the Jewish population in Germany – the Jewish question. By analyzing approximately 100 articles from 1920 to 1935 with regard to vocabulary, and, in particular, the metaphors used to discuss the Jewish question, this is contribution seeks to demonstrate if and how the antisemitic attitudes of the publisher persisted or changed over this time period.*

Einleitung

Im Vorwort zu *Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus* (Niehr/Reissen-Kosch 2018) konstatiert Bundestagspräsident a. D. Wolfgang Thierse, dass der „bisherige parlamentarische Common Sense durch die AfD aufgekündigt" sei und führt weiter aus: „Mit absichtsvollen rhetorischen Tabuüberschreitungen und politisch-moralischen Grenzverletzungen verschieben die AfD-Parlamentarier Sitzungswoche für Sitzungswoche das, was man doch noch mal sagen darf.'" (Thierse 2018: 7) Die Rhetorik der AfD, die in der Politolinguistik teils als populistisch (vgl. Scharloth 2017), teils als „nationalistisch und rassistisch bewertet" (Kämper 2017: 1) wird, demonstriert, dass sich (spätestens) mit der Wahl der AfD in den Bundestag im September 2017 die „Sagbarkeitskonventionen" (Niehr 2018: 141) verschoben haben.[1]
Dass rhetorische Verschiebungen in der (Sprach-)Geschichte Deutschlands jedoch kein Novum sind, kann anhand von Zeitungen nachvollzogen werden, die bereits zu Beginn der Weimarer Republik existierten, aber auch den Wechsel zum und die Zeit des Nationalsozialismus begleiteten. Hier setzt der vorliegende Aufsatz an: Anhand von Artikeln aus den Jahren 1920 bis 1935 der wöchentlichen Zeitschrift *Reichswart* soll untersucht werden, ob bzw. inwiefern innerhalb weniger Jahre der rassistisch-antisemitische Duktus an Vehemenz zunahm. Im Mittelpunkt wird dabei die bereits seit dem 18. Jahrhundert formulierte Frage nach dem Status der Juden in Deutschland – die sogenannte Judenfrage – stehen.

Nach der Vorstellung des analysierten Korpus widmet sich der darauf folgende Abschnitt zunächst der diachronen Prägung des Schlagwortes ‚Judenfrage'. Da bei der Analyse ein Schwerpunkt auf metaphorischen Ausdrücken liegt, wird anschließend ein kurzer Rekurs auf metaphorisches Sprechen genommen. Die Analysen der *Reichswart*-Artikel konzentrieren sich schließlich auf die Verwendung des Ausdrucks ‚Judenfrage' und bedeutungsverwandter Substitutionen sowie alternativer Bedeutungskomponenten, die durch die verschiedenen verbalisierten ‚Lösungen der Frage' hervorgehoben werden.

Das Korpus

Der *Reichswart* war eine ab Oktober 1920 erscheinende wöchentliche Zeitschrift. Ihr Herausgeber war Ernst Graf zu Reventlow. Als Abgeordneter der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die er mitbegründete, und später als Abgeordneter der Nationalsozialistischen Partei, der er 1927 beitrat, war Reventlow Mitglied des Reichstags (vgl. Schrader 2013: 592). Laut Kimmel veröffentliche Reventlow bereits während des Ersten Weltkrieges „zahlreiche gegen Großbritannien gerichtete

[1] Vgl. hierzu auch den Beitrag „Wahrheit, Freiheit, Demokratie - Zum Umgang mit Hochwertausdrücken in rechtspopulistischen bzw. neurechten Argumentationen anhand des Blogs *Political Incorrect*" von Friedrich Markewitz in diesem Band.

Artikel mit antisemitischen Andeutungen" und äußerte sich im Sommer 1918 „unverhohlen antisemitisch" (Kimmel 2009: 684). Verstand sich der *Reichswart* anfänglich als „parteilose Wochenschrift", änderte sich dies sichtbar im Jahr 1932, als der *Reichswart* das Hakenkreuz im Kopf der Titelseite aufnahm und nochmals 1933 als die Zeitschrift die Zusätze *Nationalsozialistische Wochenschrift und Organ des Bundes Völkischer Europäer* bekam.

Von den zwischen 1920 und 1943 erschienenen Ausgaben sind ca. 850 aus der Zeit zwischen Oktober 1920 und Dezember 1936 digitalisiert.[2] Für die vorliegende Analyse wurden circa 800 Ausgaben des Reichswarts gesichtet und schließlich Artikel des Zeitraums 1920-1935 ausgewählt, in denen explizit auf die jüdische Bevölkerung, deren Stellung in Deutschland und das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen Bezug genommen wurde. Die so herausgefilterten Artikel wurden schließlich erneut durchgesehen und das Korpus letztlich auf circa 100 Artikel beschränkt, die eindeutig Bezug zur Judenfragen nehmen. Geachtet wurde dabei auch darauf, dass ausschließlich Artikel ausgewertet wurden, die von dem Herausgeber selbst, also von Reventlow, verfasst wurden, um so auszuschließen, dass Unterschiede im Sprachgebrauch ideolektal durch die Verfasser bedingt sind.

Hinsichtlich der Analyseergebnisse muss Folgendes vorweg angemerkt werden: Im Vordergrund steht hier eine qualitative Analyse, die zu einem späteren Zeitpunkt durch eine quantitative computergestützte Analyse vervollständigt werden könnte.

Die Polysemie des Ausdrucks Judenfrage

In seiner begriffsgeschichtlichen Auseinandersetzung bezeichnet Jacob Toury das Kompositum ‚Judenfrage' als politisches Schlagwort (engl. *political catchword*) und deutet das semantisch-kognitive Potenzial von Schlagwörtern an, neue Einsichten in ein Phänomen zu eröffnen:

> Ein politisches Schlagwort entsteht nicht zufällig. Manchmal bildet es sich mühsam heraus und erfährt mehrere formale und semantische Transformationen, bevor es von der Allgemeinheit angenommen wird; manchmal scheint es vollständig ausgebildet und einsatzbereit zum Leben zu erwachen – sobald sich ein neuer Begriff jedoch durchsetzt und anerkannt wird, scheint ein Wendepunkt in der Entwicklung des Phänomens, welches er beschreibt, erreicht zu sein. Wenn das Entstehen eines Schlagwortes also untersucht wird, kann dies einige Aspekte des Phänomens aufdecken, die vorher verdeckt waren, und so neue Erkenntnisse über seinen Charakter erlau-

[2] Reventlow, Ernst Graf zu: *Reichswart*, verfügbar unter: http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/25546545/ [Letztes Zugriffsdatum: 20.08.2019].

> ben. Dies scheint auch bei dem Schlagwort 'Die Judenfrage' der Fall zu sein.[3] [Meine Übersetzung; A.G.]

Die „moderne Forschung bezeichnet mit S(chlagwort) einen Ausdruck, der zu einer bestimmten Zeit besondere Aktualität gewinnt und mit dem ein Programm oder eine Zielvorstellung öffentlich propagiert wird" (Niehr 2007: 496; vgl. auch Niehr 2014: 88; Wengeler 2017: 24f.). Schlagwörter verdichten (ideologische) Inhalte sowie Ideen und drücken somit „in komprimierter Form politische Einstellungen" aus (Klein 2014: 67).

Findet sich laut Bergmann bereits Mitte des 18. Jahrhunderts die „Formulierung ‚jüdische Frage'" (Bergmann 2010: 147), wird ab den 1830ern das Kompositum ‚Judenfrage' vermehrt verwendet, wenn es um die „Emanzipation und die soziale Integration" (Schmitz-Berning 2007: 331) der Juden in Deutschland geht. Nach Bergmann (2010: 148f.) avancierte der Ausdruck ‚Judenfrage' Ende des 19. Jahrhunderts zu einem „gebräuchlichen Schlagwort" und blieb auch „in der Weimarer Republik und im Dritten Reich ein zentrales politisches Schlagwort." (Bergmann 2010: 149) Dass das Kompositum ‚Judenfrage' nicht unbedingt negativ konnotiert war, deutet Benz (2010: 67) an, wenn er schreibt, dass die „seit dem 19. Jahrhundert geläufige Metapher ‚Judenfrage'" auch neutral als „nicht unbedingt immer pejorative Zusammenfassung eines politischen, kulturellen, sozialen Problemfeldes" benutzt wurde (vgl. hierzu auch Graumann 2018: 256ff.).

Die für den Ausdruck ‚Judenfrage' alternative Verwendung des Kompositums ‚Judenproblem' unterstreicht, dass das Lexem ‚Frage' als Grundwort des Kompositums ‚Judenfrage' weniger als ein auf eine Antwort abzielender direktiver Sprechakt verstanden werden kann, sondern als ein einen Sachverhalt konstatierender Assertiv, mit dem ein irgendwie gearteter Konflikt angedeutet wird. Deutlich wird dies nicht zuletzt durch die Tatsache, dass in der Erörterung der Judenfrage antonymisch nicht von einer etwaigen Beantwortung gesprochen wird, sondern von der Lösung der Judenfrage:

> Der Begriff ‚Judenfrage' setzte sich, wie auch die Umbenennung des ‚Antisemiten-Katechismus' von Theodor Fritsch in 'Handbuch der Judenfrage' ab 1896 zeigt, als gebräuchliches Schlagwort durch, in dem die Antisemiten die Existenz der Juden als ein die christlichen Nationalstaaten gefährdendes

[3] Das englische Original von Toury lautet folgendermaßen: "A political catchword does not emerge by chance. Sometimes it evolves laboriously and undergoes several transformations of form and connotations before its acceptance by the general public; sometimes it seems to spring into life fully fledged and ready for use – but whenever a new term catches on and gains wide recognition, a turning point in the development of the phenomenon which it describes seems to have been reached. Hence, when the emergence of a catchword is scrutinized, it may reveal some aspects of the phenomenon which were previously obscured, and thus may help to gain new insights into its character. Such appears also to be the case with the slogan ‚The Jewish Question'." (Toury 1966: 85)

> und in irgendeiner Weise zu lösendes Problem definierten. (Bergmann 2010: 148)

Wie Benz zeigt, bleibt bis 1933 jedoch zumeist vage, was mit der Phrase ‚Lösung der Judenfrage' konkret – zumindest im Sinne einer praktischen Umsetzung möglicher Lösungsansätze – gemeint ist:

> War die ‚Lösung der Judenfrage' also genuin ein Postulat der Antisemiten und eine Metapher nationalsozialistischer Propaganda mit noch unbestimmtem Inhalt, so wurde der Begriff 1933 durch Maßnahmen der Entrechtung, Ausgrenzung, Diskriminierung und Vertreibung (am deutlichsten durch die ‚Nürnberger Gesetze' von 1935 und deren Folgebestimmungen) gefüllt und schließlich, in der Form ‚Endlösung der Judenfrage', verdichtet zum Synonym des beabsichtigten Massenmords an allen Juden im deutschen Herrschaftsbereich. (Benz 2010: 67f.)

Im Weiteren verweist Benz (2010: 69) darauf, dass „[d]ie Analyse von Texten aus dem 19. Jahrhundert zeigt, dass die Vernichtungsphantasien dort durchaus schon vorhanden sind, allerdings verbergen sie sich in abstrakten Wendungen (‚Unschädlichmachung', ‚Entjudung', ‚Entfernung', ‚Ausmerzung') oder hinter Konnotationen und Assoziationen."

Festzuhalten ist an dieser Stelle zunächst ein Punkt, der in der folgenden Auseinandersetzung zentral sein wird: Die im Nationalsozialismus kulminierende Lösung hat wie die ‚Judenfrage' eine lange Tradition. Mit den – häufig metaphorisch – verbalisierten Lösungen wurden wie durch die alternativen Bezeichnungen für den Ausdruck ‚Judenfrage' gleichermaßen unterschiedliche Denkmuster ausgedrückt und Deutungsansätze evoziert, die es im Folgenden aufzuzeigen gilt.

Grundlegend ist für den hier betrachteten Zeitraum zu berücksichtigen, dass auch die „Weimarer Republik […] alles andere als ein Hort ‚innigster deutsch-jüdischer Symbiose' [war]" (Hecht 2003: 12). Konietzni/Kreuz (2015) unterscheiden für die Zeit der Weimarer Republik unterschiedliche Phasen des Antisemitismus: „Vom modernen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts entwickelte er sich zum radikalen Antisemitismus Anfang der zwanziger Jahre, der sich nach einer vermeintlich stillen Phase während der ‚Goldenen Zwanziger' zunehmend organisierte und in der Gesellschaft auch als alltäglicher Antisemitismus spürbar war. Den größten Anteil an dieser Entwicklung hatten die Nationalsozialisten [...]." (Konietzni/Kreuz 2015: 31) Ähnliches lässt sich aus sprachwissenschaftlicher Sicht festhalten: Insgesamt wurde für die Sprache des Nationalsozialismus immer wieder konstatiert, dass sie nicht als ein abrupt einsetzender neuer Sprachduktus angesehen werden kann, sondern vielmehr als ein „Amalgam verschiedener sich womöglich überschneidender tradierter Sprachgewohnheiten." (Hoffend 1987: 257; vgl. auch von Polenz 1999: 547f.)

Das analysierte Korpus eignet sich in besonderer Weise dafür, danach zu fragen, inwiefern sich eine judenfeindliche Sprache ab der Zeit der frühen Weimarer Republik hin zu einer antisemitischen nationalsozialistischen Sprache weiter entwickelte oder ggf. eben fortbestand.

Metaphern (im judenfeindlichen Diskurs)

Spätestens seit der Publikation von *Metaphors we live by* von Lakoff/Johnson (2004 [1980]) gelten sprachliche Metaphern nicht nur und nicht primär als sprachliche Ornamente. Für Lakoff/Johnson repräsentieren sprachliche Metaphern kognitiv-konzeptuelle Strukturen und sind somit gleichermaßen grundlegend für unser Denken und Handeln.[4]

> Die Metapher ist für die meisten Menschen ein Mittel der poetischen Imagination und der rhetorischen Geste – also dem Bereich der außergewöhnlichen und nicht der gewöhnlichen Sprache zuzuordnen. […] Wir haben dagegen festgestellt, daß die Metapher unser Alltagsleben durchdringt, und zwar nicht nur unsere Sprache, sondern auch unser Denken und Handeln. (Lakoff/Johnson 2004: 11)

Das metaphorische Potenzial, bestimmte Aspekte eines Sachverhalts hervorzuheben (engl. *highlighting*) oder zu verbergen (engl. *hiding*) und die damit einhergehende Möglichkeit, Denken und Verhalten zu beeinflussen, hängt grundsätzlich mit der über die rein denotative Bedeutung hinausgehende emotive und deontische Bedeutung vieler – und gerade metaphorisch verwendeter – Wörter zusammen. Während mit denotativer oder deskriptiver Bedeutung die rein referierende Funktion von Wörtern gemeint ist, bezieht sich die emotive Bedeutung auf den konnotativen Nebensinn und die deontische Bedeutung auf handlungsanzeigende oder handlungssuggerierende Bedeutungsaspekte (vgl. Niehr 2014: 85). Spieß verweist in diesem Sinne darauf, dass „[d]en beiden Mechanismen des Highlighting und Hiding, mit denen eine Perspektivierung von Wirklichkeit zusammenhängt, […] eine konstruktivistische Sprachauffassung zugrunde[liegt], nach der Sprache maßgeblich an der Konstruktion von Wirklichkeit im Allgemeinen und gesellschaftlicher Wirklichkeit im Besonderen beteiligt ist." (Spieß 2017: 96)

Um die perspektivierende Leistung von Metaphern zu erläutern, führen Lakoff/Johnson (2004: 12) das Beispiel ARGUMENTIEREN IST KRIEG an, das sprachlich durch etliche Wörter und Redewendungen manifest wird (beispielsweise ‚einen Standpunkt einnehmen', ‚angreifen' oder ‚verteidigen';‚vernichtendes Wort';

[4] Hier überschneiden sich erkennbar Metapher und Schlagwort, insofern auch für Schlagwörter angenommen wird, dass diese „sowohl das Denken wie auch die Gefühle und das Verhalten von Menschen steuern [sollen]" (Niehr 2007: 496).

‚verbale Taktik'). Pörksen (2000) hebt hervor, dass „[m]ilitärische und kriegerische Metaphorik sich […] insbesondere zur Schwarz-Weiß-Zeichnung und zur Konstitution von Gegensätzen und harten Kontrasten [eignet]" (Pörksen 2000: 199). Für ihn zählen zur „klassischen Konstellation der kriegerischen Auseinandersetzung, die metaphorisch genutzt wird, […] zwei Parteien, unvereinbare Interessen, ein Schlachtfeld, der bewaffnete Kampf und die Verfolgung bestimmter Ziele und Strategien zur Vernichtung des Gegners" (Pörksen 2000: 199; vgl. hierzu auch Baldauf 1997: 233). Die Analogien zwischen der Ursprungsdomäne KRIEG und der Zieldomäne ARGUMENTIEREN lassen sich durch folgendes vereinfachtes Schema (Tabelle 1) verdeutlichen:

Tabelle 1: Übertragungen Kampf/Krieg → Argumentation

Ursprungsbereich: Kampf/Krieg	**Zielbereich: Argumentation**
Akteure: Gegner	Argumentierende
Auslöser: Interessenskonflikt	Themen und Einstellungen
Ort: Schlachtfeld	Diskussion
Mittel: Waffen	Worte
Ziele: Besiegen des Anderen	Anderen von eigenem Standpunkt überzeugen

Durch die metaphorische Präsentation von Argumentationen als kriegerische Auseinandersetzungen werden andere, gleichfalls mögliche Prozesse und Ziele von Argumentationen hervorgehoben als beispielsweise durch die Konzeptualisierung als Reise oder als Tanz, die beide eher die Kooperation und Zielgerichtetheit fokussieren – verborgen bleiben damit die „[k]onstruktive Zusammenarbeit und die Möglichkeit zur friedlichen Kompromißfindung" (Pörksen 2000: 199).
Dass der judenfeindliche Diskurs schon von Beginn an durch Metaphern geprägt ist, wurde in einer Vielzahl sprachwissenschaftlicher Arbeiten aufgezeigt:

> Metaphern und bildliche Vergleiche gehören zu den Stilmitteln, die Judenfeinde in ihren Schriften bevorzugt verwenden. […] Vor dem Hintergrund des Wissens um die stilistische Leistung von Metaphern und Vergleichen gewinnt die Frage nach der Bildlichkeit historischer antijüdischer Texte an Bedeutung. (Hortzitz 1995: 21; vgl. auch Hortzitz 2005: 465, Lobenstein-Reichmann 2017: 155)

Als Ausgangspunkt für die folgende Analyse soll zunächst das oben bereits aufgeführte Zitat von Benz wiederholt werden: „Die Analyse von Texten aus dem 19. Jahrhundert zeigt, dass die Vernichtungsphantasien dort durchaus schon vorhanden sind, allerdings verbergen sie sich in abstrakten Wendungen (‚Unschädlichmachung', ‚Entjudung', ‚Entfernung', ‚Ausmerzung') oder hinter Konnotationen und Assoziationen" (Benz 2010: 69). Aus einer sprachwissenschaftlichen Perspektive können vor allem die Ausdrücke „Unschädlichmachung" und „Ausmerzung" nicht als „abstrakte Wendungen" angesehen werden. Im Gegenteil: Als eine zentrale Funktion metaphorischer Sprachverwendung gilt, dass „dabei Abstraktes mit Konkretem aus einem anderen Erfahrungsbereich in Zusammenhang gebracht" wird (Köpcke/Spieß 2015: 7).

Gerade auch dieses metaphorische Potenzial hebt Nicoline Hortzitz für judenfeindliches Sprechen hervor, wenn sie schreibt:

> Dass Judenfeinde gern sprachliche Bilder gebrauchen, wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Metaphern und Vergleiche nicht nur abstrakte Inhalte sozusagen ‚wertneutral' veranschaulichen. Vielmehr können sie auch ‚Gemeintes' präzisieren, argumentieren und sogar werten. Darüber hinaus vermögen sie Assoziationsketten auszulösen und so das Handeln oder Verhalten zu beeinflussen. (Hortzitz 1995: 21)

Das metaphorische Schlagwort ‚Judenfrage' im Reichswart

Bereits in der fünften Ausgabe des *Reichswarts* vom 29.10.1920 widmet sich Reventlow mit dem Artikel *Die Judenfrage* explizit der Judenfrage und präzisiert diese:

Die Judenfrage gliedert sich für uns Deutsche in drei hauptsächliche Kategorien:

(1) Der große und wachsende jüdische Einfluß auf alle öffentlichen Angelegenheiten in Deutschland; er ist in [unleserlich] zu einer Beherrschung und abstempelnden Durchdringung geworden.
(2) Die jüdischen Weltzusammenhänge und ihr Arbeiten, so weit sie Deutschland und Deutschlands Interessen innerhalb und außerhalb seiner Grenze berührt. Es liegt auf der Hand, daß die Kategorien 1 und 2 vielfach ineinandergreifen und sich in gewissen Teilen decken.
(3) Die deutsch-jüdische Kulturfrage, die in ihren Wirkungen wieder mit den beiden ersten Kategorien eng zusammenhängt. Unter Kulturfrage ist die Frage zu verstehen, ob es berechtigt ist, die Juden – einerlei ob sie es selbst tun oder gläubige Deutschen – als das frühere auserwählte Volk Gottes, und die

> christliche Religion als ein Produkt des Volkes Israel anzusehen. […] (29.10.1920, 2)[5]

Schmitz-Berning (2007: 330) stellt für die Zeit des Nationalsozialismus heraus, dass der Ausdruck *Judenfrage* eine „Bezeichnung für die von den Nationalsozialisten behauptete, angeblich rassisch bedingte Unmöglichkeit des Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden" war. Wie das obige Zitat von Reventlow zeigt, wird der rassische Aspekt Anfang der 1920er Jahre bei Reventlow explizit nicht artikuliert. Vielmehr erinnern die Kategorien an die Argumentation Bruno Bauers (1843), „dass die Juden als Gruppe nicht emanzipiert werden könnten, sondern dass auch die aufgeklärtesten Juden dem Wesen des Judentums mit seinem Exklusivitäts- und Auserwähltheitsanspruch und dem Streben nach „Alleinherrschaft" verhaftet blieben und damit letztlich Krieg gegen die Menschheit führten" (Bergmann 2010: 147).

Spielen die ersten beiden Kategorien Reventlows auf eine angebliche Omnipräsenz und damit einhergehend vermeintlich lenkende Macht der Juden in allen sozio-politischen und wirtschaftlichen Gebieten Deutschlands (Kategorie 1) und der Welt (Kategorie 2) an, scheint die dritte Kategorie, die Reventlow als „deutsch-jüdische Kulturfrage" bezeichnet, vordergründig noch religiös motiviert zu sein.

Um beurteilen zu können, ob beziehungsweise inwiefern sich eine Ausdifferenzierung der Judenfrage im Reichswart in der Zeit von 1920 bis 1935 gegebenenfalls ändert, soll hier zunächst analysiert werden, welche alternativen Lexeme Reventlow für das Wort Judenfrage verwendet. Die Auswertung der Artikel belegt als Substitutionen für den Ausdruck Judenfrage folgende Komposita und Phrasen, wobei hier jeweils nur das erstmalige Vorkommen im Analysekorpus angegeben wird:

- Kulturfrage (29.10.1920, 2)
- deutsch-jüdische Kulturfrage (29.10.1920, 2)
- geistige Machtfrage (29.10.1920, 3)
- Gesamtjudenfrage (15.01.1921, 4)
- deutsche Kulturfrage (21.05.1921, 6)
- jüdisches Problem (21.05.1921, 6)
- Weltproblem (19.11.1921, 3)
- deutschvölkische Frage (22.04.1922, 4)
- jüdische Frage (13.05.1922, 6)
- geistige Frage (13.05.1922, 7)
- geistige Lebensfrage (13.05.1922, 7)
- anerkannte Weltfrage (02.02.1924, 2)

[5] Da alle Belege dem *Reichswart* entnommen sind, wird im Folgenden bei den Beispielen auf eine explizite Nennung verzichtet und jeweils nur das Erscheinungsdatum aufgeführt.

- Frage des internationalen jüdischen Welteinflusses in Deutschland (14.02.1925, 2)
- Judenproblem (14.02.1925, 2)
- Frage des Volks, des deutschen Volks (03.12.1927, 3)
- Volksfrage (03.12.1927, 3)
- Rassenfrage (17.09.1933, 2)
- Problem sui generis (15.10.1933, 2)
- Weltfrage (14.10.1934, 1)

Deutlich wird in der Auflistung, dass Reventlow die Judenfrage von Anfang an und kontinuierlich auch explizit als Problem bezeichnet. Gleichermaßen fortwährend wird mit „Weltproblem“, „anerkannte Weltfrage“ und „Frage des internationalen jüdischen Welteinflusses“ das Problemfeld jüdischen Einflusses nicht mehr als ein lediglich Deutschland betreffendes Problem dargelegt, sondern konstatiert, dass die Judenfrage eine globale Frage sei. Die Auswertung deutet zudem darauf hin, dass die anfängliche Verwendung des Kompositums „Kulturfrage“ ab 1927 durch „Volksfrage“ abgelöst wird. Konsultiert man hinsichtlich der Bedeutungen der Bestimmungswörter ‚Kultur‘ und ‚Volk‘ in den Komposita das DWDS, deutet dies an, dass ‚Volk‘ auch über ‚Kultur‘ definiert ist – dieses Attribut jedoch nur eines neben ‚Sprache‘ und ‚Abstammung‘ darstellt:

> Volk: Gemeinschaft, Großgruppe von Menschen gleicher Abstammung, Sprache und Kultur.[6]
> Kultur: Gesamtheit der von der Menschheit im Prozess ihrer Auseinandersetzung mit der Umwelt geschaffenen und ihrer Höherentwicklung dienenden materiellen Güter sowie der geistigen, künstlerischen und moralischen Werte.[7]

Das Kompositum ‚Kulturfrage‘ ist intensional damit eingeschränkter als das Kompositum ‚Volksfrage‘. Das wird auch deutlich, wenn man genauer beleuchtet, wie der Ausdruck ‚Kulturfrage‘ von Reventlow kontextualisiert und definiert wird: Das Kompositum ‚Kulturfrage‘ verwendet Reventlow – wie oben gezeigt – anfangs als Synonym für ‚Judenfrage‘. Deutlich wird bei Reventlow mit ‚Kulturfrage‘ auf das Alte Testament als Grundlage des jüdischen Glaubens, wonach die Juden von Gott auserwählt seien, um den göttlichen Willen in der Welt zu verbreiten, verwiesen:

[6] Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, verfügbar unter: www.dwds.de [letztes Zugriffsdatum: 20.08.2019].

[7] Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, verfügbar unter: www.dwds.de [letztes Zugriffsdatum: 20.08.2019].

(1) Der Grund ist die Scheu, der Wurzel der jüdischen Gefahr nachzugehen und sie rücksichtslos zu entblößen. Diese Wurzel ist der Glaube an eine ursprüngliche göttliche Mission des jüdischen Volkes […] Alle jene Christen verkennen oder fürchten sich, es sich einzugestehen, daß jede gründliche Erfassung irgendeiner Seite der Judenfrage immer und unweigerlich auf diesen Punkt hinführt. (21.05.1921, 7)
(2) Die christliche Theologie und das christliche Laientum aber sträubt sich vor der Verknüpfung der Judenfrage mit dem religiösen Gebiet, besonders dem Alten Testament, wie das Pferd vor dem Graben. (27.05.1922, 4)

Dabei macht Reventlow früh deutlich, dass er eine Rückführung der Judenfrage auf religiöse Unterschiede als nicht mehr haltbar ansieht:

(3) In Wirklichkeit ist, wenn überhaupt, nur eine verschwindend geringe Menge von Menschen in Deutschland vorhanden, welche, wenn sie an die jüdische Frage herangehen oder von ihr sprechen, auch nur einen Moment an den „Konfessions“unterschied denken. Solche Zeiten sind längst vorbei […]. (13.05.1922, 6)

1924 ändert sich die Bewertung der religiösen Relevanz für die Judenfrage noch deutlicher, wenn Reventlow despektierlich von „jüdischem Kultus“ spricht (Beispiel 4), dem Judentum den Status als Religionsgemeinschaft abspricht (Beispiel 5) oder impliziert, dass das Judentum keine eigene Religion oder Kultur besäße (Beispiel 6) – im Oktober 1933 schließlich schreibt Reventlow explizit, dass die Judenfrage nicht religiös motiviert sei (Beispiel 7)

(4) Der jüdische Kultus ist zu verbieten, da er unter dem Deckmantel religiöser Gebräuche in Wahrheit unsittliche und staatsfeindliche Bestrebungen pflegen. Die Synagogen sind zu schließen, die [unleserlich] Schriften sind zu beschlagnahmen und zu vernichten. (20.12.1924, 3)
(5) Die Juden sind nicht eine Religions-Gemeinde, sondern eine durch heimliche Schwüre unlösbar fest verkettete Genossenschaft zur Erringung materieller Vorteile, zu völliger Ausraubung und Unterjochung der nichtjüdischen Völker […]. (20.12.1924, 3)
(6) Und gerade in diesem Zusammenhang betone ich den alten Gedanken des „Reichswart“ mit größtem Nachdruck: um jene allgemeine tiefe Erkenntnis vom Judentum Platz greifen zu lassen, ist vor allem der Kulturkampf gegen die Juden zu führen, ihr gestohlener Nimbus eines Religions- und Kulturvolkes zu vernichten. (21.08.1926, 1)
(7) Die religiöse Frage spielt bei der Auseinandersetzung des deutschen Volkes mit den Juden keine Rolle. (15.10.1933, 1)

Mit der Verwendung des Kompositums „Volksfrage", das Reventlow in einem Artikel vom 03.12.1927 erstmals als Synonym für ‚Judenfrage' verwendet, bekommt der Sachverhalt – wie oben aufgezeigt – eine andere Dimension: Zur Disposition steht nicht das Verhältnis jüdischer versus christlicher Religion oder Kultur, sondern jüdisches versus deutsches Volk.

(8) Das Neue und Entscheidende, was auch für den Juden die Lage so gänzlich geändert hat, wie gesagt, die Auffassung der jüdischen Frage als einer Frage des Volks, des deutschen Volks, einerseits des jüdischen Volks. Das jüdische Maskenspiel hat damit ein Ende. (03.12.1927, 2)
(9) […] damit ist es vorbei, seit wir die Judenfrage als Volksfrage als Völkerfrage, erkannt haben und behandeln. (03.12.1927, 3)

Wie der Eintrag von Schmitz-Berning zeigt, geht der Inhalt des Lexems ‚Volk' im Nationalsozialismus über die oben angeführten Merkmale (Gemeinschaft, Abstammung, Sprache, Kultur) hinaus, indem die Bedeutung genuin an den Begriff der Rasse geknüpft wird: „Eine durch Rasse und gemeinsamen Volksboden geprägte naturhafte Gemeinschaft von gemeinsamer Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur. […] Was ihn eindeutig kennzeichnet, ist die Akzentuierung der Rasse als grundlegendes Definitionselement in definitionsähnlichen (meist diffusen) Äußerungen über Volk." (Schmitz-Berning 2007: 642) Diese Prägung des Wortes ‚Volk' wird bei Reventlow jedoch explizit erst 1930 benannt:

(10) Das ist die hier schon öfter gekennzeichnete ebenso unwahre wie unwahrhaftige Auffassung der Weimarregierungen, daß Staatsbürgertum dasselbe sei wie Volksgenossentum bezw. daß der Besitz des Staatsbürgertums jeden Rassenfremden ohne weiteres zum Volksgenossen, zum Glied der Volksgemeinschaft mache. Ein Volk ist ein Volk, und ein Staat ist ein Staat, vollkommen verschiedene Begriffe und Dinge, ein Volk ist ein organisches Wesen, ein Staat eine Anzahl von Menschen bedeutet, die ebenso vielen verschiedenen Völkern angehören können. Daß Staat und Volk einander decken, unser Ziel, ist dann eingetreten, wenn das Volk, hier das deutsche Volk sich von seinen fremden Beimischungen gereinigt und sich eine Staatsform gegeben hat, die seiner Art und seinem Wesen entspricht. (20.06.1930, 1)

Verdichtet wird die rassische Argumentation schließlich durch das Kompositum „Rassenfrage", wobei es sich hierbei auch um eine Übernahme von Goebbels handeln mag:

(11) Der Reichsminister für Aufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, sprach in Nürnberg über die Rassenfrage in Verbindung mit der Weltpropaganda. (17.09.1933, 3)

Die Verwendung unterschiedlicher Synonyme für das Schlagwort *Judenfrage* deutet einen ideologischen Perspektivwechsel Reventlows in Bezug auf die Position der Juden in Deutschland an:

Judenfrage: Kulturfrage/geistige Frage (1922) → Volksfrage (1927) → Rassefrage (1933)

Verortet Reventlow die Frage zunächst vage in einem nebulösen Kulturellen, wird durch das Lexem ‚Volk' der Bedeutungsbereich erweitert: Die Frage betrifft nicht mehr einen Teil des deutschen Lebens, sondern das Volk an sich. Durch die Verwendung von ‚Rasse' als Bestimmungswort findet wiederum eine Verengung der Judenfrage auf einen Bedeutungsaspekt statt – die alleinige Lösung über das rassische Merkmal, wie Reventlow am 23.11.1935, also zwei Monate nach den Nürnberger Rassegesetzen explizit darlegt:

(12) Wie alle Fragen hat die nationalsozialistische Bewegung unter Adolf Hitlers Führung auch die Judenfrage in das Zeichen der Rasse und des rassebestimmten Volkes gestellt und damit endlich den Schlüssel zu einer wirklichen Lösung gefunden. (23.11.1935, 2)

Lösung der Judenfrage

Die Analyse des Korpus weist drei Vorschläge für die Lösung der Judenfrage auf, die zwischen 1920 und 1935 teils unterschiedlich dominant, teils miteinander verschränkt sind:

(1) gesetzliches Verbot jüdischer Zuwanderung sowie Ausweisung aller nach 1914 nach Deutschland eingewanderten Juden; beides mit dem Ziel eines allmählichen Aufgehens des Jüdischen im Deutschen
(2) Kampf gegen das Judentum
(3) Trennung des Jüdischen vom Deutschen

ad 1: Einwanderungsverbot und Ausweisung

Während Reventlow zunächst zumindest noch erwägt, dass die Judenfrage durch ein gesetzliches Einwanderungsverbot gelöst werden könne, wodurch „die Juden in Deutschland vom Deutschtum entweder absorbiert oder eingekapselt" (29.10.1920, 3) würden, schließt er diese Lösung in späteren Jahren als „in der Wurzel verfehlt" (27.09.1930, 3), als keine „ganze Lösung der Judenfrage" (30.06.1935, 2) und als „unrichtig" (16.11.1935, 3) aus.

Wie die folgenden beiden Abschnitte zeigen, fußen Reventlows weitere Lösungen im Kern auf drei metaphorischen Konzepten, die in einem wesentlichen Be-

deutungsaspekt kohärent sind: der Entfernung der Juden aus dem deutschen Leben.

ad 2: Kampf gegen das Judentum

Das Kompositum ‚Kulturfrage' als Substitution für ‚Judenfrage' wird von Reventlow bereits in dem Artikel von 1921 explizit als ein ‚Kulturkampf' prädiziert:

(13) Hiermit rühren wir also an die deutsche Kulturfrage und begreifen mit eins, daß sie zum Kulturkampf werden muß, denn um die Kultur der Deutschen handelt es sich […]. (21.05.1921, 6)

Die Übertragung des Ursprungsbereichs ‚Kampf/Krieg' auf das deutsch-jüdische Verhältnis lässt sich schematisch durch folgende Tabelle verdeutlichen:

Tabelle 2: Übertragungen Kampf/Krieg → Juden

Ursprungsbereich: Kampf/Krieg	Zielbereich: Juden
Akteure: Gegner	Jude, Judentum, jüdische Rasse
Auslöser: Interessenskonflikt	per se Feind; Beherrschung durch Juden
Ort: Schlachtfeld	Deutschland; Welt
Mittel: Waffen	Gesetze
Ziele: Besiegen des Anderen	Beherrschung, Verdrängung und Vernichtung der Juden

Bewusst wird durch eine Beschreibung der ‚Kulturfrage' als ‚Kulturkampf' ein kooperatives und gleichberechtigtes Zusammenleben von Juden und Deutschen ausgeblendet (vgl. hierzu auch Baldauf 1997: 227). Begründet wird die Feindschaft zwischen Juden und Deutschen entweder biologistisch damit, dass „der deutsche und der jüdische Geist und Charakter und Anschauung nicht allein himmelweit voneinander verschieden sind, sondern einander ausschließen, einander von Natur feindlich gegenüberstehen" (22.04.1922, S. 2) oder mit einem vermeintlichen Herrschaftsdrang der Juden, durch welchen das deutsche Volk bedroht sei:

(14) Über allem steht der große Gesichtspunkt: die Juden sind unsere Feinde, deren Ziel auf Beherrschung und Ausbeutung des deutschen Volkes geht, die es seinem Wesen zu entfremden und es auch geistig zu bevormunden trachten. (15.01.1921, 4)

Reventlow präzisiert die Gründe für den ‚Kulturkampf', indem er diesen entsprechend als ‚Machtkampf' bezeichnet. Ausgangspunkt ist dabei, dass das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen durch ein ungleiches Machtverhältnis geprägt sei – die Juden beherrschten und unterdrückten die Deutschen. Das aus dieser ungleichen Relation resultierende Verhalten, gleichsam der Auslöser für den Kampf gegen die Juden, ist für Reventlow eine natürliche Konsequenz – Verteidigung und Abwehr:

(15) Der jüdische und judaische Einfluß ist beherrschend. Er hat eine Gegenbewegung hervorgerufen, welche sich in allen Klassen und Schichten des Volkes bemerkbar mache, eine Bewegung der Abwehr, der Verteidigung. (29.10.1920, 2)
(16) Darin liegt die unermeßliche Bedeutung: die Notwendigkeit und die Bedeutung des geistigen Befreiungskampfes des deutschen Volkes. (21.05.1921, 6)
(17) Was man jetzt in Deutschland sieht, sind schwache Anfänge des Verteidigungskampfes gegen jüdische Beherrschung und gegen Verjudung. (27.05.1922, 5)
(18) Der deutsche Kampf für die Befreiung vom Judentum und Judaismus ist auch der deutsche Kulturkampf, der einzige, den wir anerkennen. (30.03.1928, 3)

Die Perfidität des dergestalt evozierten Bildes liegt in der Umkehrung der Täter-Opfer-Rollen: Durch diese „Defensivmetaphorik" (Pörksen 2000: 201) wird das eigene Handeln als notwendige Reaktion in einem durch die Juden initiierten und selbst nicht gewollten Machtkampf um die Herrschaft in Deutschland legitimiert. Dabei geht es Reventlow anfänglich vor allem um einen ‚geistigen (Macht-) Kampf', einen ‚Kampf um Weltanschauungen':

(19) Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß in Deutschland dieser Teil der jüdischen Frage als [unleserlich] Gefahr die deutsche Zukunft beschattet; daß es auf die politische, wirtschaftliche und geistige Machtfrage ausläuft, in der einer von beiden siegen muß, der Deutsche oder der Jude. (29.10.1920, 4)
(20) Es gibt keine geistige Frage in Deutschland, welche soviel Beachtung und so ernsthaftes Studium verlangt, wie das Problem, die deutsche Kultur zu entjuden. Nichts ist so notwendig wie die Erkenntnis, daß es sich um einen geistigen Kampf handeln muß, der ein tatsächlicher Kulturkampf ist. (13.05.1922, 7)

(21) Hier auf dem Felde der Weltanschauung, für die Befreiung der Seele und des Geistes des deutschen Volkes, muß der Kampf gegen das Judentum planmäßig und rücksichtslos geführt werden. (31.05.1924, 1)

Während es in den Beispielen (14) sowie (19) bis (21) primär um eine – wie auch immer geartete – ‚seelische' und ‚geistige Befreiung' geht, zeigt der folgende Auszug vom 18.05.1928, dass der Kampf gegen die ‚Weltanschauung' jetzt (a) als Rassekampf verstanden wird und (b) das Ziel in einer vollständigen Beseitigung der jüdischen Präsenz aus dem deutschen Leben gesehen wird:

(22) Wenn nun der Superintendent auf der anderen Seite verlangt, das deutsche Volk soll seine eigene Seele wiedergewinnen, so ist das […] nur möglich durch den Kampf gegen die Weltanschauung der jüdischen Rasse, und da diese ständig im deutschen Volk wirkt und ihre Vertreter die Deutschen beherrschen, so ist es nur angängig, durch den Kampf eben gegen die jüdische Rasse, durch ihre Ausschaltung aus dem gesamten deutschen Leben. (18.05.1928, 2)

Während Reventlow das deutsch-jüdische Verhältnis in den obigen Auszügen als ein durch einen Machtkampf bestimmtes Verhältnis beschreibt und für die vermeintlich konfliktäre Beziehung kontinuierlich den Ausdruck ‚Kampf' verwendet, ändert sich dies im April 1933, nachdem als Reaktion auf den Boykott jüdischer Geschäfte in der internationalen Presse kritisch über die antisemitischen Übergriffe und Gesetze in Deutschland berichtet wurde:

(23) Lügen, mit denen die Juden und ihre Genossen heute die Welt erfüllen, sind ihrem Wesen entsprechende Kampfmittel in dem Kriege, den sie jetzt gegen Deutschland entfesselt haben. (02.04.1933, 1)

(24) Noch niemals ist ein ganzes Volk so tief von der Erkenntnis durchdrungen gewesen wie heute die Deutschen, daß der Jude ganz ungeachtet seiner Qualität im Einzelfalle ein Fremdkörper ist, der ausgeschieden werden muß, und zwar unbedingt. Dabei kommt es nicht im geringsten darauf an, in was für Etappen dieser Ausscheidungsprozeß erfolgt, noch auch durch welche Maßnahmen und durch welche Methoden. Daran aber, daß die Ausscheidung erfolgt, werden weder die jüdischen Anbiederungen etwas ändern, noch der alljüdische Krieg gegen Deutschland, der, wie wir gleich vorausgesagt haben, dauernd und auf der ganzen Linie und auf jede mögliche offene und versteckte Weise weitergeführt wird. (25.06.1933, 2)

Durch die Verwendung des Lexems ‚Krieg' wird ein drastischeres, umfassenderes Gefahrenpotenzial suggeriert als durch den Ausdruck ‚Kampf' – es geht nicht mehr um einen lokal begrenzten Ort mit einem einschätzbaren und habhaftbaren Gegner, sondern vielmehr um eine militärische Bedrohung von außen.

Deutlich wird durch den Auszug (24) jedoch noch ein weiterer Punkt: Durch die Verwendung des Lexems ‚Ausscheidung' verknüpft Reventlow in seiner Argumentation Kampf-/Kriegs- und Körpermetaphern, auf die im folgenden Abschnitt zentral eingegangen werden soll.

ad 3: Trennung des Jüdischen vom Deutschen

Neben dem Ausdruck ‚Ausscheidung' lassen sich in dem analysierten Korpus eine Reihe weiterer Lexeme aufzeigen, die implizieren, dass es sich bei der ‚Judenfrage' nicht allein und nicht primär um einen geistigen Machtkampf handelt. Häufig finden sich Verben mit dem privativen Präfix ‚ent-': ‚entjuden', ‚entfernen', ‚entledigen'; gesprochen wird auch von ‚Beseitigung' der Juden. Ganz markant sind aber auch Lexeme mit der Partikel ‚aus-'. Vereinzelt verwendet Reventlow die Ausdrücke ‚ausschließen', ‚aussondern' und ‚ausschalten'. Prägnant ist darüber hinaus jedoch die Nutzung der Ausdrücke ‚Ausscheidung' und ‚Ausmerzung'. Für das Lexem ‚Ausscheidung' stellt das Duden-Universalwörterbuch folgende Bedeutungen bereit:

> **Aus|schei|dung, die; -, -en:** 1. ⟨o. Pl.⟩ das Ausscheiden. 2. ⟨meist Pl.⟩ abgesondertes, ausgeschiedenes Stoffwechselprodukt, besonders vom Darm Ausgeschiedenes. 3. (Sport) Ausscheidungs[wett]kampf, -runde, -spiel: die Mannschaft scheiterte in der Ausscheidung.[8]

Als ausschlaggebend für die Verwendung des Lexems *Ausscheidung* im analysierten Korpus kann die unter Punkt 2 angegebene Bedeutung angesehen werden – hier wird die Konzeptualisierung der Trennung von Juden und Deutschen über die Körpermetapher deutlich (vgl. hierzu auch Musolff 2010). Vergleicht man das oben (Tabelle 1 und Tabelle 2) aufgezeigte Schema der Kriegsmetapher mit dem der Körpermetapher, wird deutlich, dass die beiden Konzepte sich hinsichtlich einer Komponente überschneiden – dem Aspekt der Verteidigung bzw. Entfernung oder Vernichtung.

[8] Duden Universalwörterbuch, verfügbar unter: https://www.munzinger.de [letztes Zugriffsdatum: 20.08.2019]

Tabelle 3: Übertragungen (geschädigter) Körper → Deutschland

Ursprungsbereich: (geschädigter) Körper	**Zielbereich: Deutschland**
Körper	Deutschland; dt. Volk (Volkskörper)
schädliche oder unverdauliche Substanzen	Jude (Fremdkörper)
Entfernung oder Verdauungsprozess	Verdrängung und Vernichtung der Juden (Ausscheidung)

Dieses Ineinandergreifen von Kampf-/Kriegs- und Körpermetapher lässt sich in dem Korpus schon 1922 aufzeigen:

(25) Die Deutschvölkischen ihrerseits kämpfen für Gleichberechtigung der Staatsbürger und Ausscheidung derjenigen Elemente aus den Reihen der Vollbürger, welche dem deutschen Volkskörper schädlich sind. (30.12.1922, 3)

Verstärkt findet sich der Ausdruck *Ausscheidung* jedoch erst ab 1926 in dem Korpus:

(26) Das Ziel ist die Ausscheidung des Judentums aus den Staaten und Völkern, und zwar in jeder seiner Erscheinungsformen, von der körperlichen Anwesenheit und den Staatsbürgerrechten, bis zur Goldwährung. (21.08.1926, 1)
(27) Es gibt nur ein Mittel: eine vollständige Ausscheidung der Juden aus dem undankbaren deutschen Volk und eine Aufenthaltnahme in nervenstärkenden Gegenden dieser Erde. (03.12.1927, 3)
(28) Und die neue Erkenntnis weckt das gesunde deutsche Gefühl, das auf eine vollkommene Ausscheidung des Judentums aus dem deutschen Leben drängt. (03.12.1927, 3)
(29) […] der mit uns die Erkenntnis gefunden hat, daß ohne völlige Ausscheidung der Juden aus dem deutschen Volkskörper ein deutsches Gesunden und Gedeihen, eine wirkliche deutsche Befreiung nicht eintreten kann. (30.03.1928, 2f.)

Im Gegensatz zu Beispiel (25) aus der frühen Zeit des *Reichswarts* zeichnen sich die Beispiele (27) – (29), dadurch aus, dass der Ausdruck *Ausscheidung* durch das Adjektivattribut *vollkommen* oder *vollständig* erweitert ist. Zudem wird durch die direktiona-

len Präpositionalphrasen impliziert, dass die Lösung der Judenfrage in einer Vertreibung der Juden aus Deutschland liegt. Auch nach Januar 1933 verwendet Reventlow Kampf- und Körpermetaphern in seiner Argumentation – hier lenkt Reventlow jedoch den Blick auch über Deutschland hinaus und versteht die antisemitische Agitation des Nationalsozialismus als ein Beispiel für andere Staaten.

(30) Wir Deutschen unsererseits werden mit dem Ausscheiden des jüdischen Elements aus den Gebieten des deutschen Lebens unentwegt fortfahren, bis der große Kampf für deutsche Unabhängigkeit und deutsche Kultur siegreich beendet ist. Es ist beinahe unausbleiblich, daß auch andere Völker sich der jüdischen Fremdherrschaft jetzt mehr bewußt werden als bisher und, früher oder später, sie abzuschütteln trachten. (09.04.1933, 1)
(31) Der Ausscheidungsprozeß der Deutschen hinsichtlich der Juden ist ein weltgeschichtlicher Vorgang, nicht etwa ein politisches Ereignis oder ein Konflikt oder ähnlich zu Benennendes. (25.06.1933, 2)

Lässt sich der Ausdruck *Ausscheidung* bzw. *ausscheiden* bereits ab 1926 kontinuierlich für das Korpus belegen, findet sich die Alternativvokabel *Ausmerzung* bzw. *ausmerzen* bis 1929 nur ein einziges Mal in den berücksichtigten Artikeln.

(32) Der deutschvölkische Gedanke ist keine „Reaktion"… Er bedeutet völkische Einheit und Einigkeit und die Ausmerzung des fremden Einflusses, ohne dabei das Fremde und seine Träger zu beunrechten, ohne aber fremden Geist und dessen Erzeugnisse gering zu schätzen, nicht von ihm lernen zu wollen, sich nicht an ihm freuen, wo er es verdient. (22.04.1922, 6)

In Artikeln zwischen 1929 und 1936 wird das Wort ‚Ausmerzung' dann jedoch frequenter verwendet; zudem wird durch die jeweiligen synekdochalen Genitivattribute deutlich, dass jetzt ‚der Jude per se' Objekt der Ausmerzung sein soll, ein Zugeständnis positiver Eigenschaften nicht mehr impliziert wird.

(33) Nur im solchen Geist kann der Deutsche mit innerem Recht für die Ausmerzung des Juden eintreten, aber in diesem Geiste muß er es auch. […] Deswegen: „was euch das Innere stört dürft ihr nicht leiden!" (22.02.1929, 2)
(34) Wir wollen nichts weiter als Ausmerzung des Juden aus dem deutschen Leben. (09.08.1930,2)
(35) Die Ausmerzung des Judentums aus dem deutschen Leben ist gewiß kein alltäglicher Schritt und kein kleines Unternehmen, aber es bildet die einzige Möglichkeit zur Lösung des Problems und für die Verwirklichung einer tatsächlichen deutschen Volkwerdung (16.08.1930, 4)
(36) Wir ziehen bekanntlich aus der naturgeschichtlichen Tatsache, daß Juden keine Deutschen werden können, die entgegengesetzte Folgerung, nämlich die Ausmerzung des Juden aus allen Gebieten des deutschen Lebens. Wir wollen

einen Staat, der das Wesen des deutschen Volks rein und vollständig zum Ausdruck bringt und eben ihm die äußere Form gibt. (30.08.1930,2)

(37) Es gibt in der nationalsozialistischen Bewegung keinen Mann und keine Frau, die nicht unbedingt durchdrungen wäre von der Auffassung, die zugleich eine tatsächliche Wahrheit ist: daß vor Ausmerzung der Juden aus dem deutschen Leben die deutsche Volkwerdung und eine deutsche Zukunft nicht möglich ist; wonach sich zu richten! (13.12.1930, 3)

Die aufgeführten Beispiele (33) – (37) lassen den von Schmitz-Berning (2007: 80) als für das Wort ‚Ausmerze' zentralen rassischen Bedeutungsaspekt im Sinne einer „Rassenhygiene" (Schmitz-Berning 2010: 80) außen vor. Nichtsdestotrotz deutet die ursprüngliche, wörtliche Bedeutung, die das Duden-Universallexikon mit aufführt, diese Implikation mit den Punkten 1. und 2. an:

> **Au**s|mer|zung, die; -, -en: *das Ausmerzen.*
> **aus|mer|zen ⟨schwaches Verb; hat⟩** [Herkunft ungeklärt; vielleicht zu März, weil um diese Zeit schwache und zur Zucht nicht taugliche Schafe aus den Herden ausgesondert wurden]: 1. a) *ausrotten, vertilgen:* Ungeziefer ausmerzen; b) *als zur Zucht ungeeignet aussondern:* die zur Zucht ungeeigneten Tiere ausmerzen. 2. a) *(als fehlerhaft, unerwünscht o. Ä.) tilgen, beseitigen, eliminieren:* Fehler, schlechte Angewohnheiten, heidnische Bräuche, Krankheiten ausmerzen; seine Konzentrationsschwäche, das Restrisiko ausmerzen müssen; etwas aus der Erinnerung ausmerzen; b) *(emotional) töten:* Terroristen ausmerzen.[9]

Stellt man auch diese metaphorische Projektion schematisch dar, wird darüber hinaus deutlich, dass die Kohärenz zwischen Kampf-/Kriegs-, Körper- und Herdenmetapher in dem Bedeutungsaspekt der Verdrängung und – zumindest bezogen auf Ungeziefer – auf Vernichtung liegt.

[9] Duden Universalwörterbuch, verfügbar unter: https://www.munzinger.de [letztes Zugriffsdatum: 20.08.2019]

Tabelle 4: Übertragungen Herde → dt. Volk/dt. Rasse

Ursprungsbereich: Herde	**Zielbereich: dt. Volk/dt. Rasse**
Herde	dt. Volk/dt. Rasse
untaugliche Tiere	Jude
Entfernung	Verdrängung und Vernichtung der Juden

Für die obigen Belege lässt sich jedoch deutlich erkennen, dass Reventlow als Lösung für die Judenfrage einmal mehr die Ausweisung der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland ansieht – darauf weisen auch in diesen Beispielen die direktionalen Präpositionalphrasen hin. Anders müssen die folgenden Beispiele interpretiert werden:

(38) Will man aber, weil dieser Standpunkt sich durch die Tat bisher noch nicht durchgesetzt hat, von einem Judenproblem oder einer Judenfrage sprechen, so würde diese nur dahin lauten können: wie ist am schnellsten die vollständige Ausmerzung des jüdischen Elements aus Deutschland und aus dem Leben möglich? (20.09.1930, 3)

(39) Wir Deutschen sehen unsere Aufgabe darin, das jüdische Element aus unserem Vaterland auszumerzen, nicht für die Welt zu sorgen. Diese Ausmerzung wird ihren folgerichtigen Fortgang nehmen und allerdings der Welt einen Anschauungsunterricht geben, der vielleicht einmal Früchte trägt. (12.11.1933, 2)

Der Beleg (38) schlägt als Lösung der Judenfrage einerseits die Verdrängung der Juden aus Deutschland vor, darüber hinaus wird hier jedoch durch die Phrase *aus dem Leben* explizit eine Vernichtung der Juden als Endlösung angedacht; was wohl auch mit der Phrase *folgerichtigen Fortgang* (Bsp. (39)) angedeutet wird.

Wie aufgezeigt wurde, überschneiden sich die hier herausgestellten metaphorischen Konzepte hinsichtlich des Aspekts der Verdrängung und letztendlich Vernichtung der Juden. Die Kampf- und Körpermetapher lassen sich jedoch in ihrer gestalthaften Grundkonstellation deutlich voneinander unterscheiden: Während der Feind in einem Kampf ein sichtbarer, äußerer Gegner ist, stellt eine absorbierte, giftige Substanz einen unsichtbaren, inneren Gefahrenstoff dar – das damit evozierte Bedrohungsszenario wird somit als unmittelbar und bereits präsent repräsentiert.

Fazit

Schwarz-Friesel/Reinharz (2017: 180) zeigen auf, dass sich das, „was im antisemitischen Diskurs des 19. und frühen 20. Jahrhunderts als *„Judenproblem"* und *„Judenfrage"* diskutiert wurde, […] expressis verbis auch im aktuellen Diskurs angesprochen [findet]" [Hervorhebung im Original; A.G.] und führen das folgende Beispiel an[10]:

> ‚P.S. Ich denke ich konnte etwas zur Judenfrage beitragen! Nicht 'Ent-Lösung' der Judenfrage befreit uns von der Sklaverei und Machtgehabe dieser Welt, sondern die End-Lösung: Wer tatsächlich Jude ist und wer nicht!' [ZJD_15.04.2002_Fal_001] (Schwarz-Friesel/Reinharz (2017: 180).

Wie 1920 bei Reventlow dient auch hier das Stereotyp des alles beherrschenden Juden als Argument für den Kampf gegen und für die Vernichtung des Judentums. Diese stigmatisierende Argumentation lässt sich in den Artikeln des *Reichswarts* kontinuierlich aufzeigen – über die metaphorische Projektion ‚Kampf/Krieg → Juden' wird die ‚Endlösung' hierbei als natürliche Konsequenz einer durch die Juden verursachten defensiven Handlung repräsentiert.[11] Wie gezeigt wurde, verknüpft Reventlow vor allem ab 1926 die Kampf-/Kriegsmetapher mit der Körpermetapher. Das hier als ‚Herdenmetapher' bezeichnete Konzept lässt sich anhand der berücksichtigten Artikel vermehrt ab 1929 belegen. Die die Körper- und Herdenmetapher realisierenden Ausdrücke ‚aussondern' und ‚ausmerzen' deuten – wie oben aufgezeigt – eine aggressiver werdende antisemitische Einstellung von Reventlow an. Die Verwendung von ‚Volksfrage' als Synonym für ‚Judenfrage' lässt sich das erste Mal in einem Artikel von 1927 aufzeigen. Historisch fallen in diese Zeit keine auffälligen gesamtgesellschaftlichen Ereignisse. Hervorzuheben ist jedoch, dass Reventlow 1927 der NSDAP beitritt – gegebenenfalls kann eine zumindest latent vorhandene Radikalisierung des Sprachgebrauchs damit begründet werden. Lexikalische Verschiebungen konnten darüber hinaus auch für die Zeit nach Januar 1933, das heißt der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, aufgezeigt werden: Jetzt wird die ‚Judenfrage' zur ‚Rassenfrage', der ‚Kampf' zum ‚Krieg', der Umgang mit den Juden zu einem ‚weltgeschichtlichen Vorgang' (vergleiche Beispiel 31).

Die hier präsentierten Ergebnisse deuten für das analysierte Korpus an, dass neben aller sprachlicher Kontinuität im antisemitischen Diskurs der Weimarer Republik zum Dritten Reich doch auch Änderungen hin zu einem radikaleren

---

[10] Das von Schwarz-Friesel/Reinharz analysierte Korpus umfasst 14.000 E-Mails und Briefe an den Zentralrat der Juden und an die Israelische Botschaft in Deutschland. (vgl. Schwarz-Friesel/Reinharz 2017: 3)

[11] Wie Schwarz-Friesel/Reinharz (2017: 242) aufzeigen, findet sich das Bild des jüdischen Aggressors, der vernichtet werden müsse, aktuell gleichermaßen in antiisraelischen Äußerungen.

Duktus des Nationalsozialismus zu verzeichnen sind, Sagbarkeitskonventionen sich anscheinend verschoben haben.

Literatur

Baldauf, Christa (1997): *Metapher und Kognition. Grundlagen einer neuen Theorie der Alltagsmetapher*, Frankfurt am Main.

Benz, Wolfgang (2010): „Endlösung der Judenfrage“, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*. Band 3: *Begriffe, Theorien, Ideologien*, Berlin/New York, 67-70.

Bergmann, Werner (2010): „Judenfrage“, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*. Band 3: *Begriffe, Theorien, Ideologien*, Berlin/New York, 147-150.

Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, verfügbar unter: www.dwds.de [letztes Zugriffsdatum 20.08.2019]

Duden Universallexikon, verfügbar unter: https://www.munzinger.de [letztes Zugriffsdatum 20.08.2019]

Graumann, Andrea (2018): „Zwischen Assimilation und Selbstbesinnung – Konstruktion jüdischer Identität in der C.V.-Zeitung und der Jüdischen Rundschau zwischen 1924 und 1935“, in: Kämper, Heidrun/Schuster, Britt-Marie (Hg.): *Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus*. Bremen, 245-267.

Hecht, Cornelia (2003): *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn.

Hoffend, Andrea (1987): „Bevor die Nazis die Sprache beim Wort nahmen. Wurzeln und Entsprechungen nationalsozialistischen Sprachgebrauchs“, in: *Muttersprache; Vierteljahresschrift für deutsche Sprache* (97/,5-6), 257-299.

Hortzitz, Nicoline (1995): „Die Sprache der Judenfeindschaft“, in: Schoeps Julius/Schlört, Joachim (Hg.): *Antisemitismus. Vorurteile und Mythen*, München, 18-40.

Hortzitz, Nicoline (2005): *Die Sprache der Judenfeindschaft in der frühen Neuzeit (1450-1700). Untersuchungen zu Wortschatz, Text und Argumentation*, Heidelberg.

Kämper, Heidrun (2018): „Das Grundsatzprogramm der AfD und seine historischen Parallelen. Eine Perspektive der Politolinguistik“, in: *Sprachreport* (2/2017)*,* Mannheim, 1-21.

Kimmel, Elke (2009): „Reventlow, Ernst Graf von“, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*. Band 2: *Personen*, Berlin/New York, 684-685.

Klein, Josef (2014): „Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik“, in: Klein, Josef: *Ausgewählte Aufsätze*, Berlin, 59-103.

Konietzni, Lisa/Kreuz, Christian (2015): „Antisemitismus in der Weimarer Republik“, in: Eitz, Thorsten/Engelhardt, Isabelle (Hg.): *Diskursgeschichte der Weimarer Republik*, Band 2. Hildesheim, 28-113.

Köpcke, Klaus-Michael/Spieß, Constanze (2015): „Metonymie und Metapher – Theoretische, methodische und empirische Zugänge. Eine Einführung in den Sammelband“, in: Köpcke, Klaus-Michael/Spieß, Constanze: *Metapher und Metonymie – theoretische, methodische und empirische Zugänge*, Berlin, 1-21.

Lakoff, George/Johnson, Mark (2004): *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*, Heidelberg.

Lobenstein-Reichmann, (2017): „‘Wer Christum nicht erkennen will, den las man fahren‘. Luthers Antijudaismus.“ In: Wolf, Norbert Richard (Hg.): *Martin Luther und die deutsche Sprache*, Heidelberg, 147-166.

Musolff, Andreas (2010): *Metaphor, Nation and the Holocaust. The Concept of the Body Politic,* New York/London.

Niehr, Thomas (2007): „Schlagwort“, in: Ueding, Gert (Hg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik, Bd. 8: *Rhet – St.* Tübingen, 496-502.

Niehr, Thomas (2014): *Einführung in die linguistische Diskursanalyse,* Darmstadt.

Niehr, Thomas (2018): „Das Unsagbare sagbar machen. Immunisierungsstrategien im öffentlichen Diskurs“, in: Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Diskurs, Wissen, Sprache: linguistische Annäherungen an kulturwissenschaftliche Fragen*, Berlin/Boston, 139-161.

Niehr, Thomas/Reissen-Kosch, Jana: *Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus*, Berlin.

Polenz, Peter von (1999): *Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart,* Band 3: *19. und 20. Jahrhundert*. Berlin/New York.

Pörksen, Bernd (2000): *Die Konstruktion von Feindbildern,* Wiesbaden.

Reventlow, Ernst Graf zu: *Reichswart*, verfügbar unter: http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/25546545/ [letztes Zugriffsdatum: 20.08.2019]

Scharloth, Joachim (2017): „Ist die AfD eine populistische Partei? Eine Analyse am Beispiel des Landesverbandes Rheinland-Pfalz“, in: *Aptum* (1/2017), 1-15.

Schmitz-Berning, Cornelia (2007²): Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin.

Schrader, Stefanie (2013): „Der Reichswart (1920-1944)“, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 6: *Publikationen*. Berlin/New York, 592-593.

Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda (2017): *Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert,* Berlin/Boston.

Spieß, Constanze (2017): „Metaphern“, in: Roth, Kersten/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*, Berlin/Boston, 94-115.

Thierse, Wolfgang (2018): „Vorwort“, in: Niehr, Thomas/Reissen-Kosch, Jana: *Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus*, Berlin, 6-7.

Toury, Jacob (1966): "'The Jewish Question'. A Semantic Approach", in: *Leo Baeck Institute Yearbook 11, 85-106.*

Wengeler, Martin (2017): „Wortschatz I: Schlagwörter, politische Leitvokabeln und der Streit um Worte“, in: Roth, Kersten/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*. Berlin/Boston, 22-46.

Wertekonflikte in Feridun Zaimoglus *Kanak Sprak*: Eine Lektüre auf der Basis der Adorno'schen Ästhetik

Onur Bazarkaya

Conflicts of Value in Feridun Zaimoglu's Kanak Sprak: An Analysis on the Basis of Adorno's Aesthetics

The following study aims to address the relationship between values and aesthetics in Germany at the beginning of the 2000s. Its first thesis is that sociocultural values, which appear in poetic texts in an affirmative or critical way, are inextricably linked to the aesthetics of these texts. This viewpoint, which is advanced by Theodor W. Adorno in his Ästhetische Theorie *(1970), constitutes the theoretical foundation of this study, while Feridun Zaimoglu's* Kanak Sprak – 24 Mißtöne vom Rande der Gesellschaft *(1995) serves as a literary case study. Although the arson attacks that occurred in Germany between 1991 and 1993, especially in Mölln and Solingen, are not explicitly referenced in the Zaimoglu's text, they presumably contributed to its genesis. Thus, with Adorno, the autonomous aesthetics of* Kanak Sprak *is no coincidence. By knowing the background of these tragic events, one can begin to understand how the monologic structure of the text, its complex language use, and its aggressive sound work together to develop the text's original meaning, which—according to the second thesis of the following work—is deeply connected with the renegotiation of sociocultural values.*

Einleitung: Der „Doppelcharakter" autonomer Kunst oder das Wechselverhältnis von Werten und Ästhetik

Anfang der 2000er Jahre wurde verstärkt über sozio-kulturelle Werte debattiert. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Im Zuge der Terroranschläge vom 11. September 2001 war es zu zahlreichen gesellschaftlichen Umbrüchen gekommen. Begleitet wurden diese von den neuen Möglichkeiten, die sich durch die Entwicklung der Internetkommunikation ergaben. Eine wichtige Rolle spielten auch die immer deutlicher werdenden Auswirkungen, die der Fall des Eisernen Vorhangs für die Gesellschaften im ‚Osten' wie im ‚Westen' mit sich brachte.

In der einschlägigen Wertediskussion wird verstärkt die Position vertreten, dass Werte keine ontischen Einheiten darstellen, sondern in hohem Maße kontextabhängig und gestaltbar sind. Entsprechend unterscheidet Reinhold Mokrosch drei prozess- und subjektorientierte Wertaspekte, nämlich „Bewertungskriterien", „Lebensziele bzw. zielorientierte Werte" und „Alltagsstandards bzw. instrumentelle Werte" (vgl. Mokrosch 2013: 45). Ein weiteres Beispiel bietet Andreas Urs Sommer, der Werte gar mit Fiktionen gleichsetzt. „Wir brauchen Werte", erklärt er, „weil sie an sich nichts sind, uns jedoch alles (Mögliche) sein können. Werte sind nicht gegeben. Werte sind gemacht. Von uns, für uns" (Sommer 2016a: 163). Die hier angesprochene Wandlungs- und Gestaltungsmöglichkeit von Werten weist eine unverkennbare Nähe zur Kunst bzw. Literatur auf. Allerdings wurde dem Verhältnis von Werten und Ästhetik in der genannten Debatte kaum Beachtung geschenkt. Mit dem vorliegenden Artikel soll diesem Umstand, zumindest hinsichtlich der Literatur, Rechnung getragen werden. Ihre Grundthese könnte daher lauten, dass die sozio-kulturellen Werte, die in poetischen Texten affirmativ, kritisch oder *ex negativo* zur Anschauung gelangen, unauflöslich mit der Ästhetik dieser Texte verbunden sind. Um sie - die Werte - zu erfassen, bedarf es also auch und vor allem einer adäquaten Einordnung ihrer Ästhetik.

Der Ästhetik-Begriff, der hier zugrunde liegt, ist ein autonomer. Dies mag auf den ersten Blick selbstverständlich, der Hinweis darauf überflüssig erscheinen, setzen doch die meisten literaturwissenschaftlichen Untersuchungen (sofern sie sich nicht mit Texten aus der Zeit vor dem Epochenumbruch um 1800 befassen) die Autonomie ihres Gegenstandes voraus. Die Ästhetik- bzw. Autonomieauffassung, auf deren Basis die Ausführung der vorgestellten These erfolgen wird, ist allerdings jene, die Theodor W. Adorno in seiner posthum veröffentlichten Schrift *Ästhetische Theorie* entwickelt. Aus diesem Grund erscheint es hier heuristisch sinnvoll, explizit mit dem Begriff der Autonomie zu operieren.

Adorno geht davon aus, dass authentische Kunstwerke (zu denen er selbstredend auch literarische Texte zählt) einerseits die „gesellschaftliche Antithesis zur Gesellschaft" bilden und sich „nicht unmittelbar aus dieser [...] deduzieren" lassen (Adorno 1970: 19), andererseits aber „Produkte gesellschaftlicher Arbeit" sind und als solche „auch mit der Empirie [kommunizieren], der sie absagen" (Adorno 1970: 15). Mit anderen Worten: „Der Doppelcharakter der Kunst als autonom und als

fait social teilt ohne Unterlaß der Zone ihrer Autonomie sich mit“ (Adorno 1970: 16). Authentische Werke, so entfaltet Adorno seine dialektischen Gedanken weiter, stehen im Dienst der Aufklärung,

> weil sie nicht lügen; die Buchstäblichkeit dessen, was aus ihnen spricht, nicht vortäuschen. Real aber sind sie als Antworten auf die Fragegestalt des von außen ihnen Zukommenden. Ihre eigene Spannung ist triftig im Verhältnis zu der draußen. Die Grundschichten der Erfahrung, welche die Kunst motivieren, sind der gegenständlichen Welt, vor der sie zurückzucken, verwandt. Die ungelösten Antagonismen der Realität kehren wieder in den Kunstwerken als die immanenten Probleme ihrer Form. Das, nicht der Einschluß gegenständlicher Momente, definiert das Verhältnis der Kunst zur Gesellschaft. (Adorno 1970: 16)

Ein wesentlicher Teil der im Zitat genannten „gegenständlichen Welt“ wird von den Werten definiert, die einer Gesellschaft in gewisser Weise Identität verleihen. Dementsprechend können jene „ungelösten Antagonismen der Realität“, die in künstlerischen bzw. literarischen Werken als ästhetische Formprobleme in Erscheinung treten, auch als sozio-kulturelle Wertekonflikte verstanden werden.
Zu einem „Gesellschaftlichen“ wird Kunst „durch ihre Gegenposition zur Gesellschaft“, die sie – und dies ist der springende Punkt – „erst als autonome [bezieht]“. „Indem sie“, schreibt Adorno, „sich als Eigenes in sich kristallisiert, anstatt bestehenden gesellschaftlichen Normen [bzw. Werten; OB] zu willfahren und als ‚gesellschaftlich nützlich’ sich zu qualifizieren, kritisiert sie die Gesellschaft, durch ihr bloßes Dasein“. (Adorno 1970: 335)

Adornos Ansicht nach geht autonome Kunst auf einen zutiefst humanen Ursprung zurück: „Die Autonomie, die sie erlangte, nachdem sie ihre kultische Funktion und deren Nachbilder abschüttelte, zehrte von der Idee der Humanität“ (Adorno 1970: 9). Doch wurde sie, so gibt er zu bedenken,

> zerrüttet, je weniger die Gesellschaft zur humanen wurde. In der Kunst verblaßten kraft ihres eigenen Bewegungsgesetzes die Konstituentien, die ihr aus dem Ideal der Humanität zugewachsen waren. Wohl bleibt ihre Autonmie irrevokabel. Alle Versuche, durch gesellschaftliche Funktion der Kunst zurückzuerstatten, woran sie zweifelt und woran zu zweifeln sie ausdrückt, sind gescheitert. Aber ihre Autonomie beginnt, ein Moment der Blindheit hervorzukehren. Es eignete der Kunst von je; im Zeitalter ihrer Emanzipation überschattet es jedes andere, trotz, wenn nicht wegen der Unnaivetät, der sie schon nach Hegels Einsicht nicht mehr sich entziehen darf. Jene verbindet sich mit Naivetät zweiter Potenz, der Ungewißheit über das ästhetische Wozu. (Adorno 1970: 9-10)

Gemäß der hier vorgenommenen Engführung von Autonomie und Humanität kehrte erstere umso stärker ein „Moment der Blindheit“ oder Ohnmacht hervor,

„je weniger die Gesellschaft zur humanen" (oder je mehr sie zur inhumanen) wurde. Damit ist der Prozess angesprochen, den Adorno gemeinsam mit Max Horkheimer an prominenter Stelle als „Dialektik der Aufklärung" beschreibt (Horkheimer/Adorno 1969 [1944]). Ihren äußersten Grad, ihren Endpunkt vielleicht, markiert bekanntlich Auschwitz. Alle zivilisatorischen und kulturellen Bestrebungen seither, auch und gerade die künstlerischen, betrachtet Adorno unter dem Blickwinkel dieser Katastrophe. Seine Wertschätzung der Texte Samuel Becketts (vgl. Adorno 1970: 230) und Paul Celans (vgl. Adorno 1970: 477), in denen sie nach seinem Dafürhalten auf autonomieästhetisch vorbildliche Weise behandelt wird, erklärt sich nicht zuletzt aus diesem Umstand (vgl. Lindner 2014: 160 ff.).

Auschwitz stellt in Adornos Autonomiekonzept so etwas wie einen normativen Bezugspunkt dar, über den sich insbesondere sein Verständnis moderner Kunst in weiten Teilen definiert. Mithin ist der Gedanke an den Holocaust ein integraler Bestandteil der Adorno'schen Ästhetik. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es heuristisch wie moralisch zulässig ist, die *Ästhetische Theorie* auch bei Werken in Anschlag zu bringen, deren Autonomie nicht mit Auschwitz, sondern einer anderen Manifestation des Unmenschlichen im Zusammenhang steht. Die hier dafür angebotene Lösung lautet, dass dies durchaus möglich ist, sofern man den Holocaust als „Zivilisationsbruch" (Diner 1988: 9) bewertet, der sich potentiell wiederholen kann. Das Gedächtnis der Shoah kann so gesehen den Impuls bewirken, gegen Unmenschlichkeit in jeder Form aufzustehen. Demgemäß spricht Adorno in der *Negativen Dialektik* von einem „neuen kategorischen Imperativ", der darin besteht, „daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts ähnliches geschehe" (Adorno 2000 [1966]: 358). Nur dann, wenn die Perspektive dahingehend erweitert wird, dass Adornos autonomieästhetische Erwägungen auf ein einschneidendes unmenschliches Ereignis referieren – ganz unabhängig davon, worin es im Einzelnen bestand –, kann an sie angeschlossen werden. Der Akzent muss auf dem – auch auf andere Fälle übertragbaren – Wesen der Inhumanität liegen, nicht auf Auschwitz speziell.

Ein solches Ereignis trug sich etwa zwischen 1991 und 1993 in Deutschland zu. Damals wurden in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen zahlreiche Brandanschläge auf Asylheime und Häuser türkischstämmiger Familien verübt. Es handelt sich um die massivsten rassistisch motivierten Angriffe in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Anschläge wurden vielfach künstlerisch und literarisch verarbeitet, u.a. von dem türkischstämmigen Autor Feridun Zaimoglu, der mit seiner *Kanak Sprak – 24 Mißtöne vom Rande der Gesellschaft* 1995 großes Aufsehen erregte. Auch wenn im Text nicht explizit auf die jüngst zurückliegenden Anschläge verwiesen wird, ist davon auszugehen, dass sie mit zu seiner Entstehung beitrugen. Denn sie treten darin, mit einem Ausdruck Adornos, als „sedimentierter Inhalt" (Adorno 1970: 15) in Erscheinung (dazu später mehr). Man kann auch sagen, dass die monologische Struktur, die schwer zugängliche Sprache und der aggressive Ton des Textes erst vor dem Hintergrund der einschlägigen inhumanen Vorkommnisse an Bedeutung gewinnen. Und diese – so lautet

die zweite These dieser Arbeit – hängt eng mit der Neuverhandlung soziokultureller Werte zusammen. Theoretisch gesehen erscheint es in jedem Fall als vorteilhaft, die Ästhetik von *Kanak Sprak* mit dem Adorno'schen Autonomiekonzept in Beziehung zu setzen.

Im Nachfolgenden soll zunächst der soziale Kontext beleuchtet werden, in dem die 24 Prosamonologe entstanden. Dann ist näher auf ihre Ästhetik einzugehen, wobei Walter Serners Dada-Manifest *Letzte Lockerung* (1920) als ästhetischer Bezugspunkt dient. Als solcher bietet es sich deshalb an, da seine Autonomieästhetik an ähnliche Faktoren gekoppelt ist wie die des Zaimoglu-Textes (sie werden später einzeln aufgeführt). Auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse wendet sich die Untersuchung schließlich der in *Kanak Sprak* auftretenden Wertethematik zu.

„...so'n scheißgrausen, das tief drinsteckt": Mölln und Solingen als „sedimentierter Inhalt"

Eine der sehr wenigen Arbeiten über das Verhältnis von Werten und Ästhetik stellt Wolfgang Welschs Aufsatz „Jenseits der Ästhetisierung – ein anderer Rahmen für die Betrachtung der Werte" dar. Darin behandelt Welsch die „gegenwärtige Ästhetisierungswelle", von der die westlich-liberalen Gesellschaften des neuen Jahrtausends ergriffen worden seien (Welsch 2007: 100). Seiner Ansicht nach hat Ästhetik im selben Maße Konjunktur wie die Auslotung von Werten. Indes schlägt „[t]otale Ästhetisierung", wie Welsch frei nach Horkheimer und Adorno formuliert, „in ihr Gegenteil um: Wenn alles schön wird, ist nichts mehr schön. Und der derzeitige Schwenk von Verschönerung zu Vergnügung hilft ebenfalls nicht: Dauererregung führt zu Abstumpfung" (Welsch 2007: 102). Ferner konstatiert Welsch: „Die heutige Kulturmaschinerie *verlangt* und *unterstützt* Differenzsetzungen – weil nur deren Stimuli sie am Leben zu halten vermögen" (Welsch 2007: 103).

Welschs Worte lesen sich in gewisser Weise wie ein Kommentar zu Zaimoglus Roman *German Amok*, einer Satire auf den zeitgenössischen Kunstbetrieb. Die dargestellten Künstler sind verzweifelt um „Differenzsetzungen" bemüht, um nicht von jener „Ästhetisierungswelle" weggeschwemmt zu werden. Eine wichtige Rolle spielt auch die „Dauererregung", die in ihrer Doppelsinnigkeit vorgeführt wird, nämlich nicht nur als die von Welsch gemeinte künstlerische, sondern auch als sexuelle. So schläft sich der homodiegetische Erzähler, ein Künstler, quasi durch die Berliner Kunstszene und hat auch eine Affäre mit der sich selbst so bezeichnenden „Kunstfotze", die ihrerseits „bis auf eine Perücke in Hauchrosa völlig nackt" auf der eigenen Vernissage erscheint, besonders „für die älteren Herrschaften im Publikum eine Augenweide" (Zaimoglu 2009 [2002]: 9).

Als Zaimoglu mit *German Amok* eine erzählerische Diagnose der „Ästhetisierungswelle" vorlegte, hatte er sich bereits einige Jahre zuvor mit *Kanak Sprak* auf programmatisch-ästhetische Weise von entsprechenden Mainstream-Tendenzen der deutschen Gegenwartsliteratur abgegrenzt, besonders von der Popliteratur,

gegen die er auch in anderen Publikationen zu Felde zog (vgl. Zaimoglu 1999: 56; 2006 [2001]). Gemäß der hier vertretenen These, dass man die in (autonomen) Texten enthaltenen Werte nur dann richtig beurteilen kann, wenn man auch die Ästhetik dieser Texte untersucht, lässt sich aus den einschlägigen Polemiken Zaimoglus extrapolieren, welche Werte seine – in erster Linie auf die Popästhetik abzielende – Kritik mit einschließt. Ohne diese im Einzelnen aufzuzählen, kann man sagen, dass sie in seinen Augen eine gewisse Weichheit oder Leichtverträglichkeit verbindet, weshalb er den Stil von Autoren wie Benjamin von Stuckrad-Barre denn auch als „Knabenwindelprosa“ bezeichnet (Zaimoglu 1999: 56). Damit positioniert er sich im Übrigen ähnlich wie Maxim Biller, der in diesem Zusammenhang von „Schlappschwanz-Literatur“ spricht (Biller 2000: 49). Offensichtlich wollen beide Autoren der so als ‚weich‘ oder ‚schlapp‘ gekennzeichneten Popliteratur ein gegenteiliges Verständnis von Poesie und – damit verbunden – ‚harte’ Werte entgegensetzen. Entsprechend fordert Zaimoglu „Haltung“, mehr noch: „Flammenhärtung durch *consciousness*“ und „absolute Entschlossenheit, so brutal, dass das Blut spritzt“ (Zaimoglu 1999: 56).

In einem solchen Habitus scheint er so etwas wie die moralische Grundlage von Schreibweisen zu erblicken, mit denen bestimmte Gesellschaftsverhältnisse am ehesten dargestellt werden können. Seine Verherrlichung viriler Härte lässt sich mithin als Reaktion auf die (harten) Realitäten verstehen, von denen nicht zuletzt seine „Kanaken“ berichten (und die in der Popliteratur weitgehend ausgeblendet werden). Wie Karin E. Yesilada anmerkt, handelt es sich bei der „im kraftvollen Sound der ‚Kanak Sprak’ geäußerte[n] Wahrnehmung“ der jungen Türken um eine „umfassende Kritik deutscher Zustände nach der Wiedervereinigung“ (Yesilada 2010: 4). Der Autor betont selbst, dass das Buch, so wie „die anderen wilden Bücher“ seiner ersten Schaffensperiode, dezidiert auf den „deutschen Kontext“ abhebt (zit. nach Ünalan 2013: 109).

Was diesen zu Beginn der neunziger Jahre besonders stark prägte, waren neben den Folgen der Wiedervereinigung (und z. T. mit ihnen zusammenhängend) die in verschiedenen Städten zu verzeichnenden Ausbrüche fremdenfeindlicher Gewalt. Eine Schlüsselstellung nahmen hier die Anschläge im sächsischen Hoyerswerda zwischen dem 17. und 23. September 1991 ein. Hunderte von Menschen griffen mit Brandflaschen, Eisenkugeln und anderen Gegenständen ein Wohnheim für Vertragsarbeiter und ein Flüchtlingswohnheim an. Rund ein Jahr später kam es in Rostock-Lichtenhagen zu ähnlichen Vorfällen, die ebenfalls mehrere Tage andauerten. Zwischen dem 22. und 26. August 1992 wurde die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter attackiert. Hatte es bei den Pogromen in den ostdeutschen Städten keine Todesopfer gegeben, änderte sich dies in der Nacht auf den 23. November 1992, als in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln zwei von türkischstämmigen Familien bewohnte Häuser in Brand gesetzt wurden. Dabei kamen drei Menschen ums Leben. Ein weiterer Brandanschlag mit rechtsextremem Hintergrund wurde ein halbes Jahr später, am Morgen des 29. Mai 1993, im nordrhein-westfälischen

Solingen verübt. Wieder waren es Familien türkischer Herkunft, die ihm zum Opfer fielen. Diesmal starben fünf Menschen, 17 weitere erlitten zum Teil schwere Verletzungen. (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb 2018))

Im Zusammenhang dieser Geschehnisse spielten Medien und Politik eine denkbar unrühmliche Rolle. Tatsächlich fand im Umfeld der Anschläge eine emotional aufgeladene Debatte über das Thema Asylrecht und Flüchtlinge statt. Beliebte Schlagworte bildeten dabei Begriffe wie „Überfremdung“ und „Asylantenschwemme“. Es war vom „Zustrom von Asylbewerbern“ die Rede, Flüchtlinge wurden als „Schmarotzer“ bezeichnet (bpb 2018). Offenkundig bereitete die derart scharf geführte Asylrechts- und Flüchtlingsdebatte der in Teilen der deutschen Bevölkerung vorherrschenden Pogromstimmung in gewisser Weise den Boden. Bedenklich war auch die Art, wie manche Politiker und Journalisten auf die dramatischen Ereignisse reagierten. So wurde etwa das Anschlagsverbrechen in Solingen als Tat jugendlicher Wirrköpfe verharmlost (vgl. Juen 2019: 323). Die dadurch entstandenen Irritationen konnte auch der Umstand, dass damals eine große Anzahl an Menschen auf die Straße ging, um gegen Rassismus und Fremdenhass zu demonstrieren, nicht ungeschehen machen (vgl. Yesilada 2012: 372).

„Es war“, erinnert sich Zaimoglu im November 2012 an die zwanzig Jahre zurückliegende Katastrophe von Mölln, „eine schwarze Zeit. Viele Leute haben sich damals gefragt,: ist es jetzt besser, die Koffer zu packen? Das hat die Menschen geprägt, die haben das bis heute nicht vergessen“ (Bax 2012). Zwar habe es ihn „sehr gefreut“, dass viele Menschen mit Lichterketten ein Zeichen gegen den rechtsradikalen Terror setzten; doch im Allgemeinen hätte der deutsch-türkische Teil der Bevölkerung eine Haltung angenommen, die er umschreibt mit den Worten: „Es reicht jetzt mit der Wehleidigkeit.“ Entsprechend sei die kurz darauf entstandene *Kanak Sprak* „ein wütendes Buch“. (Bax 2012)

Literaturstrategisch gewendet, deutet die von Zaimoglu angesprochene „Wehleidigkeit“ auf die Migrantenliteratur der siebziger und achtziger Jahre hin. Bereits im Vorwort von *Kanak Sprak* verwirft sie der Autor als „weinerliche, sich anbiedernde und öffentlich geförderte ‚Gastarbeiterliteratur‘“, die „die Legende vom ‚armen, aber herzensguten Türken Ali’“ verbreite und „den Kanaken auf die Opferrolle“ festlege (Zaimoglu 2007 [1995]: 11-12). Von dieser setzt sich sowohl die Attitüde des Autors als auch die der im Text auftretenden Deutsch-Türken der dritten Generation entschieden ab. Damit könnte der Umstand zusammenhängen, dass in *Kanak Sprak* die Brandanschläge von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln oder Solingen nirgends explizit zur Sprache kommen. Es werden höchstens entsprechende Andeutungen gemacht, so etwa dort, wo der Autor vom „ungemütlicher, gar bedrohlich werdende[n] Deutschland“ (Zaimoglu 2007 [1995]: 11) spricht, oder an der Stelle, wo der arbeitslose Ulku auf die Neonazis von Hoyerswerda anspielt, die am Anschlagsort gewalttätige Parolen skandierten (vgl. Brosius/Esser 1995: 19 f.), indem er meint, die Deutschen seien, „wie’s pack im osten einst grölen tat, wirklich’n einzig land und’n einzig volk im schlimmen geist des meuchelns und niedermachens“ (Zaimoglu 2007 [1995]: 135). Hintergründig er-

scheint auch die Stelle, wo Rahman aus der „Flohmarktdisco" von seinen Angsterfahrungen erzählt: „Schiß is aller kanaken lehrer, aller protze lehrer und aller welt. Nischt schiß vor nem ollen macker, den kriegt man ja mit'm kracher ins maul umgefällt, halt, was ich mein, is so'n scheißgrausen, das tief drinsteckt und hochschießt wie kotter" (Zaimoglu 2007 [1995]: 118).

Außer auf die Ablehnung der Opferrolle lässt sich Zaimoglus andeutungsweise Verarbeitung der Brandanschläge auch auf die Autonomieästhetik von *Kanak Sprak* zurückführen. Damit ist selbstredend nicht gesagt, dass Allusionen *per se* ein Merkmal autonomen Schreibens bilden. Ob und inwiefern z. B. Nevfel Cumarts Gedichte *brennende nächte* (vgl. Cumart 1995: 27) und *neunter brief an tante schahdiye* (vgl. Cumart 1995: 24-25), in denen explizit auf Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen Bezug genommen wird, autonomieästhetische Beispiele darstellen, wäre eigens zu untersuchen. Gemeint ist vielmehr jenes Phänomen in *Kanak Sprak*, das sich mit Adornos Formbegriff erfassen lässt. „Kunst", schreibt Adorno,

> negiert die der Empirie kategorial aufgeprägten Bestimmungen und birgt doch empirisch Seiendes in der eigenen Substanz. Opponiert sie der Empirie durchs Moment der Form – und die Vermittlung von Form und Inhalt ist nicht zu fassen ohne deren Unterscheidung –, so ist die Vermittlung einigermaßen allgemein darin zu suchen, daß ästhetische Form sedimentierter Inhalt sei. [...] Die Kommunikation der Kunstwerke mit dem Auswendigen jedoch, mit der Welt, vor der sie selig oder unselig sich verschließen, geschieht durch Nicht-Kommunikation; darin eben erweisen sie sich als gebrochen. (Adorno 1970: 15)

In diesem Sinne kann man sagen, dass die Brandanschläge zu Beginn der neunziger Jahre, insbesondere die von Mölln und Solingen, als „sedimentierter Inhalt" in die Form von *Kanak Sprak* eingegangen sind. Da sie so im Grunde immer mitschwingen, bedarf es ihrer zusätzlichen Erwähnung nicht; ja, unter Umständen könnte dadurch der Eindruck entstehen, für die von den „Kanaken" repräsentierten Deutsch-Türken werde die Opferrolle reklamiert, die Zaimoglu doch strikt ablehnt.

Die beschriebene Darstellungsform ist umso bemerkenswerter, als der Autor bekanntlich zur *Kanak-Attak* gehörte, die von 1998 bis vermutlich 2002 aktiv war (Jakob 2013). Auf der noch immer abrufbaren Internetseite dieser politischen Protestbewegung[1] werden bestimmte Probleme aufgegriffen, die mit der Migrations- bzw. Integrationsthematik zusammenhängen. Dabei werden die Ereignisse von Mölln und Solingen offen angesprochen. Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass Zaimoglu hinsichtlich der Verarbeitung der Brandanschlagsserie eine mehr oder weniger bewusste Stilentscheidung getroffen hat: Er konnte wählen

[1] www.kanak-attak.de [Letztes Zugriffsdatum: 06.11.2019].

zwischen einer sozio-politischen Direktheit und einer eher indirekt veranschaulichenden Ästhetik und gab letzterer den Vorzug.

Weiter kann gemäß Adorno festgehalten werden, dass die „Nicht-Kommunikation“, durch die sich *Kanak Sprak* „unselig“ – oder besser: feindselig – nach außen hin verschließt, mit der monologischen Struktur des Textes, vor allem aber mit der titelgebenden Sprache der „Kanaken“ verknüpft ist. Es handelt sich um eine Kunstsprache, die in wesentlichen Punkten an die von Walter Serners Dada-Manifest *Letzte Lockerung* erinnert. Um *Kanak Sprak* formalästhetisch einzuordnen und so die Voraussetzung für die einschlägige Wertereflexion zu schaffen, bietet sich daher eine Vergleichsanalyse beider Texte an.

„Nachdichtung“ und „Vokabelmischungen“: Die Autonomieästhetik von *Kanak Sprak* im Lichte von Walter Serners *Letzte Lockerung*

Serners *Letzte Lockerung* und Zaimoglus *Kanak Sprak* sind unter autonomieästhetischen Gesichtspunkten durchaus miteinander vergleichbar. Den in der Einleitung ausgeführten Überlegungen gemäß hat auch die Autonomie des Serner-Textes ihren Ursprung in einer menschlichen Katastrophe. *Letzte Lockerung* erschien kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges, zunächst 1920 als reines Manifest, dann sieben Jahre später in einer wesentlich erweiterten Fassung. Schon in der frühen Version wird der Krieg als gigantisches Gaukelspiel beschrieben, das auf besonderen Wunsch „einzelner höchster Gauner“ aufgeführt wird:

> Krieg! C‘est la guerre! Nur hereinspaziert, meine Herrschaften! Nur hereinspaziert! ... Die Leute rennen durcheinander, verwirrt, erschreckt, entsetzt. Wo ist ein Halt? Ein Punkt? Ein Zweck? Ein Sinn? ... Sie wissen eben nicht, die lieben Leute, wozu sie eigentlich da sind, was war und werden soll und selbst die unterstellte Überlegung, daß sie dem Privattreiben einzelner höchster Gauner dienen, vermöchte daran nichts zu ändern; auch nicht das Wissen darum, daß die Regisseure ihres Schlachtfeldtodes dieses Schauspiel lediglich inszenieren, weil auch sie sich langweilen. [...] Der Bursche in seiner Loge hat sein Spektakel, die Bevölkerung einen blutigen Zeitvertreib und der stramme Tod, der einzig wirklich Erfolgreiche, knickst vor der Langeweile, die nach dem ersten Akt Zuschauer und Akteure unweigerlich wieder befällt [...]. (Serner 2007 [1920/1927]: 31-32)

Die Wendung „höchste[r] Gauner“ impliziert die Existenz von niedriger und immer niedriger stehenden Gaunern. Tatsächlich ist in *Letzte Lockerung* das Motiv der Hochstapelei nahezu ubiquitär. Dies gilt nicht nur für die Ausgabe von 1927, die den Untertitel *Ein Handbrevier für Hochstapler und solche, die es werden wollen* trägt, sondern auch für die ursprüngliche Fassung. Ähnlich kommt bei Zaimoglu der „Kanakster“ zu literarischen Ehren, ein Young*ster*-„Kanake“ der zweiten und dritten

Generation, der aber auch ein Gang*ster* sein oder eine entsprechende Attitüde an den Tag legen kann (vgl. Neubauer 2011: 453). Dass in *Letzte Lockerung* und *Kanak Sprak* kriminelle bzw. sozial geächtete Figuren derart stilisiert werden, deutet auf die Autonomie beider Texte hin, in denen sich das ästhetisch ‚Schöne' offenkundig vom moralisch ‚Guten' ablöst. Doch auch das faktisch ‚Wahre' spielt in ihrer Ästhetik eine untergeordnete Rolle. Ihre Inhalte heben vielmehr darauf ab zu provozieren. So zeichnen Serner und Zaimoglu das (nicht unbedingt mit der gesellschaftlichen Realität übereinstimmende) Feindbild einer bourgeoisen bzw. deutschen (Mehrheits-)Gesellschaft. Dabei knüpfen sie im Übrigen an dieselbe antibürgerliche Tradition an. Serner tut dies als Dadaist, Zaimoglu hingegen aus einer „Art romantischer Rebellion" heraus, „die nicht nur im populären Sinne auf die Kraft der Gefühle setzt, sondern an Konzepte der literarischen Romantik anknüpft" (Hofmann 2013: 65; vgl. auch Hofmann 2012).

Worin beide Texte, autonomieästhetisch betrachtet, jedoch besonders stark korrespondieren, ist der Umstand, dass sie in einer mehr oder weniger hermetischen Kunstsprache geschrieben sind. In der *Letzten Lockerung*, die als spätes Zeugnis der Sprachkrise um 1900 gelten kann, wird Sprache in ihrer tropischen Zusammensetzung, in ihrer Gemachtheit vorgeführt. „Weltanschauungen sind Vokabelmischungen" (Serner 2007 [1920/1927]: 17), lautet ein zentraler Satz des Manifests. Demgemäß ist die Welt der *Letzten Lockerung* eine nihilistische, in der nichts zählt außer der hochstaplerische Schein. Die in diese Welt einführenden Zeilen machen bereits deutlich, dass auch die Sprache des Textes größtenteils aus solchen „Vokabelmischungen" besteht:

> Um einen Feuerball rast eine Kotkugel, auf der Damenseidenstrümpfe verkauft und Gauguins besprochen werden. Ein fürwahr überaus betrüblicher Aspekt, der aber immerhin ein wenig unterschiedlich ist: Seidenstrümpfe können begriffen werden, Gauguins nicht. (Bernheim als taschenspielernder Biologe zu imaginieren.) Die tausend Kleingehirn-Rastas ödester Observanz, welche erigierten Bourgeois-Zeigefingern Ästhetisches servieren (o pastoses Gepinkel!), um Expressionen zu fixen, haben dieserhalb Verwahrlosungen angerichtet, die noch heute manche Dame zu kurz kommen lassen. (Serner 2007 [1920/1927]: 13)

Wie man hier exemplarisch sehen kann, erschweren willkürliche Assoziationen, polyglotte Improvisationen, bewusste Verfremdungen und schierer Nonsens das Textverständnis, ja, machen es bisweilen sogar unmöglich. Auf diese Weise bezieht der Sprecher bzw. der Autor Stellung gegen die „erigierten Bourgeois-Zeigefinger", die im Zitat die gängige Vorstellung von Kunst und Kultur repräsentieren. Genau genommen verwirft er die Haltung, Kunstwerke herzustellen, um, wie es heißt, „Expressionen zu fixen". Am Rande sei angemerkt, dass dies mit Adornos Sicht auf die bürgerliche Vereinnahmung von Kunst weitgehend übereinstimmt. Adorno findet es „widerlich", dass gewisse „Clichés von dem versöhnenden Abglanz, der von der Kunst über die Realität sich verbreite, [...] den emphatischen Begriff von

Kunst durch deren bourgeoise Zurüstung parodieren und sie unter die trostspendenden Sonntagsveranstaltungen einreihen" (Adorno 1970: 10).

Analog zu Serners zitierter Schmährede auf die bürgerliche Kunst zieht der Rapper Abdurrahman, der Erste aus Zaimoglus „Kanakster"-Galerie, gegen die gegenwärtige Popkultur zu Felde:

> Pop is ne fatale orgie, ein ding ohne höhre weihen, und es macht aus jeder göre aus'm vorort'n verdammten zappler und aus jedem zappler ne runde null. Es schafft ne egalität, wo jeder gleich is und keinen feinschliff braucht, nur tausend träume, billig zu haben, wie'n pfifferling, tausend träume für'n appel-und'n-ei-preis, tausend-tropfen-schnaps, daß du man den zappligen schlotter kriegst. Pop: die große hure babylon. (Zaimoglu 2007 [1995]: 19)

Auch in diesen ersten Zeilen von *Kanak Sprak* springt sofort die Künstlichkeit der Sprache ins Auge, ein Umstand, der vom Autor durchaus beabsichtigt ist. Im Vorwort erklärt Zaimoglu, es sei ihm darum zu tun gewesen, die Realität „vom Schreibtisch aus zu konstruieren" (Zaimoglu 2007 [1995]: 17) und eine „Nachdichtung" bzw. „Übersetzung" dessen vorzunehmen, was ihm nach eigenen Angaben junge Türken erzählt hatten (Zaimoglu 2007 [1995]: 18). Ähnlich wie der ‚Vokabelmischer' Serner markiert also auch Zaimoglu die Sprache, die er benutzt, als eine konstruierte. Das Ergebnis ist in beiden Fällen ähnlich: Die Sprache wird als solche sichtbar gemacht, dadurch aber auch – und dies ist entscheidend – die Grundrisse der jeweils vertretenen Anti-Kultur.

Da die Sprache beider Texte schwer zugänglich ist, gewinnt man einen Eindruck von der ressentimentgeladenen Unnahbarkeit des jeweiligen Sprechers. Es wird deutlich, dass er nicht nur ausgegrenzt wird, sondern sich auch mittels sprachlicher Distinktion von der jeweils angefeindeten Gesellschaft abgrenzt, und zwar auf affektive, mitunter sogar hasserfüllte Weise. Beispielsweise heißt es in der *Letzten Lockerung*, dass man die bourgeoisen „Amphibien und Lurche, die sich für zu gut halten, Esel zu sein, zur Raison bringen" müsse, „[i]ndem man sie ihnen austreibt. Auspeitscht! Man muß", so fährt der Sprecher fort,

> dieses schauderhafte überlebensgroße Ansichtskartenblau, das diese trüben Rastas an den He- Ho- Hu- Ha- (wie bitte?) Himmel hinaufgelogen haben, herunterfetzen. Man muß sein Haupt zag, aber sicher an das des Nachbarn titschen wie an ein faules Ei (gut, gut). Man muß das gänzlich Unbeschreibliche, das durchaus Unaussprechbare so unerträglich nah heranbrüllen, daß kein Hund länger so gescheit daherleben möchte, sondern viel dümmer. Daß alle den Verstand verlieren und ihren Kopf wiederbekommen. Man muß ihnen die Prozente, die Bibelsprüche, die Mädchenbusen, die Pfannkuchen, die Gauguins, die Rotztücher, die Schnäpse, die Strumpfbänder, die Abortdeckel, die Westen, die Wanzen, all das Zeugs, das sie gleichzeitig denken, tun und wälzen, so scharf hintereinander vor den Kinnbogen schie-

> ben, daß ihnen endlich so wohl wird, wie ihnen bislang bloß schwappig war. Man muß. Man muß eben. Teremtete! (Serner 2007 [1920/1927]: 22-23)

Was hier inszeniert wird, sind Hassgefühle, die sich gegen ein ebenso spießig wie komisch dargestelltes Bürgertum richten. Im Vordergrund stehen daher „Vokabelmischungen", die das Leben des Spießbürgers der Lächerlichkeit preisgeben. So wird eine unzusammenhängende Reihe von Alltagsimpressionen (Prozente, Bibelsprüche, Mädchenbusen, Pfannkuchen, Gauguins, usw.) assoziiert und gesagt, man müsse sie dem bürgerlichen Feindbild „scharf hintereinander vor den Kinnbogen schieben", um ihm seine eingebildete Vernunft auszutreiben. Indes ist dies nicht die einzig gewaltsame Handlung, die beschrieben wird. Von ihnen ist die Zersetzung des göttlichen „He-Ho-Hu-Ha- (wie bitte?) Himmel[s]", dessen verlogenes „Ansichtskartenblau" man „herunterfetzen" müsse, vielleicht die ausgefallenste. Die antibürgerlichen Affekte, von denen der gesamte Abschnitt geprägt ist, werden vom ungarischen Fluch „Teremtete" – eigentlich „Bassa terémtete" (Liebknecht 1907: 60) – gleichsam besiegelt.

Als entsprechendes Beispiel lässt sich in *Kanak Sprak* die Rede des Müllfahrers Tarkan anführen, dessen Gewaltphantasien sich auf die Institution des „olle[n] teutsche[n] sonntag[s]" beziehen (Zaimoglu 2007 [1995]: 123). Besonders hasst er das sonntägliche Läuten der Kirchenglocke, von dem er sich massiv gestört fühlt. „Wenn ich", so schimpft er,

> den ollen bimbam hör, was da dir'n privaten himmel stark bewölkt, s'geläut wie so'n fetter becher, aus dem der verdammte sirup tropft und dir's hirn dumm verklebt, werd ich'n haßbimbo, der mit'm karabiner die kackglocke runterballert [...]. Nimm den sonntag, wo du ne laus trippeln hörst, wo du hier im park das blöde gefieder schnattern hörst, und dann zieht sich das teutschvolk schnieke an, um mal mit'm lahmen zahn durch die city zu tattern, die ziehn denn unterwegs ne waffel und lutschen dran wie an nem schwanz, und die blagen schwärmen wie'n haufen scheiße, und lauter hans und brittas mit'm sauberen scheitel. (Zaimoglu 2007 [1995]: 123)

Wie der Sprecher in der *Letzten Lockerung* verachtet auch Tarkan die Spießbürgerkultur, die in seinen Augen sonntags voll zur Entfaltung kommt: „lauter hans und brittas" spazieren „schnieke" angezogen und „mit'm sauberen scheitel" Eis essend durch die Innenstadt. Dass er den Nachwuchs des stereotyp beschriebenen „teutschvolk[s]" mit einem „haufen scheiße" vergleicht, macht offenbar, mit welcher Unversöhnlichkeit er der Mehrheitsgesellschaft gegenübersteht. Insofern kann man sagen, dass er seine quasi von Sonntag zu Sonntag aufgestauten Aggressionen nur *in effigie* am Glockengeläut auslässt („haßbimbo", „runterballert") – in Wirklichkeit gelten sie ‚den Deutschen'.

Im Vorwort des von Tom Cheesman und Karin E. Yesilada herausgegebenen Studienbandes zum Werk des Autors wird Zaimoglu dafür gewürdigt, mit seinen Texten zu den gegenwärtigen Debatten über interkulturelle Themen eine neue

Sprache und eine neue Art beigetragen zu haben, mit Differenzen umzugehen. Der Fokus liege nicht mehr darauf, diese zu kommunizieren (und so zu festigen), vielmehr sollen sie erfahrbar gemacht und zerstört werden. (vgl. Cheesman/Yesilada 2012: 1) Besonders gilt dies für die Monologreihe in *Kanak Sprak*, in der die Sprecher ‚die Deutschen' alterisieren und somit genau das tun, was oft Personen aus der türkischstämmigen Bevölkerung widerfahren sein mag. Das Entwerfen stereotyper Bilder wie das vom „teutschvolk" ist dabei nur eine von mehreren Varianten, derer sich die „Kanaken" bedienen. Doch in welcher Form die Alterisierung der Deutschen auch ausfällt, meist erfolgt sie über die Wertethematik.

Wider Frieden und Toleranz: Die totale Werteverweigerung der „Kanakster"

In seinem Aufsatz „Grundwerte für eine gerechte Weltordnung" schreibt der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, dass der interkulturelle Dialog seine Bedeutung durch die „Suche nach Anschlussfähigkeit und Übersetzbarkeit" erlange (Thierse 2005: 14). Allerdings bestehe er „eben nicht allein in der Kenntnisnahme und Anerkennung der Unterschiede, sondern in der Kommunikation selbst, im Ringen um Verständigung und Gemeinsamkeiten" (Thierse 2005: 14). Damit ist formuliert, was in der bundesdeutschen Debatte über interkulturelle Werte der offiziellen Haltung entspricht. Insofern ist es bezeichnend, dass sich die jungen Türken in *Kanak Sprak* eben dieser wechselseitigen Verständigung und Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft verweigern. Dies macht der Umstand, dass sie scheinbar ohne jegliche Vermittlung monologisieren, ebenso deutlich wie die Schwerverständlichkeit ihrer Kunstsprache und deren wütender, hasserfüllter Ton.

Tatsächlich stellen die „Kanakster" durch ihre Rede das Paradigma der Integration in Frage und fordern von den (in ihren Augen) Anderen, ‚den Deutschen', die Akzeptanz der eigenen, anders gearteten Lebensweise (vgl. Ernst 2006: 155). So betont Tarkan mit trotzigem Stolz, was wohl auch die von ihm gemiedene Sonntagsgesellschaft bestätigen würde: dass er nicht dazugehört. Ähnlich wie Abdurrahman, der sich von der Popkultur auch deshalb abgestoßen fühlt, da sie „ne egalität [schafft], wo jeder gleich is und keinen feinschliff braucht", lehnt Tarkan den Gedanken der Gleichheit ab und leugnet, mit dem „teutschvolk" irgendetwas gemeinsam zu haben. Anders ausgedrückt, demonstrieren beide, sich an anderen Werten zu orientieren als ihr stereotypes Feindbild des Popmusik hörenden und sonntags schick ausgehenden Deutschen. Es ist anzunehmen, dass sie dies mehr oder weniger mit Bedacht tun, denn bekanntlich setzen Werte „Lebensentwürfe gleich, die ungleich sind und zunächst nichts miteinander zu tun haben; sie machen Perspektiven vergleichbar und austauschbar" (Sommer 2016a: 163-164).

Zugleich greifen die „Kanakster" die Werte an, die der bundesdeutschen Gesellschaft eine gewisse Identität verleihen. Zu nennen wäre etwa die Toleranz, insbesondere die religiöse, die besonders häufig in der Politik beschworen und als

„Allheilmittel" (vgl. Sommer 2016b: 35) gepriesen wird. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Tarkan, gleich nachdem er sich über das symbolträchtige Geläut der Kirchenglocke echauffierte, die Muslime verunglimpft, indem er sagt, dass ihm „die bärtigen auf die eier gehn, die mit ihrem rosenkranzschnickschnack und arsch hochrecken, weil's nem jechova günstig scheint" (Zaimoglu 2007 [1995]: 123). Auch das Judentum wird zur Zielscheibe verbaler Angriffe, und zwar dort, wo der Gigolo Ercan vom „judengringo", „judenschwanz", „judenschniddel" und „judenschnitzeln" spricht (Zaimoglu 2007 [1995]: 71).

Ein weiterer Wert, der in *Kanak Sprak* nicht unversehrt bleibt, ist der Frieden. In dem bereits erwähnten Aufsatz beruft sich Thierse, unter Verweis auf die deutsche Geschichte und die Erfahrungen der Bevölkerung mit den Folgen zweier Weltkriege, auf die „tief in der Gesellschaft verwurzelte Überzeugung von der Notwendigkeit des Friedens und des Vorrangs friedlicher Konfliktbeilegung" (Thierse 2005: 11). Im Widerspruch dazu zeichnet Ulku in *Kanak Sprak* den Typus des deutschen Partisanen. Dieser, meint er,

> will anner heiklen grenze stehn als ganzer mannskerl und irgendnen busch scharf ins visier nehmen, und alle ladung beim kleinsten blätterzittern abpulvern, weil so ne arschkrückenhandlung atmosphäre und dienstpflicht hergibt, und dann erst kann sich'n partisan sinnvoll vorkommen. Ich hab's voll verstanden, was hier alle welt verbiestern läßt: der friede schafft zivilisten, der krieg sorgt für orntlich action, und auch der letzte schwabbelhanso kriegt knitterfeste nerven verpaßt, und weiß, wofür sich abmorden lohnt [...]. Nix ist gefährlicher als'n freier, der's freie hassen tut, und der alemanne verreckt fast annem zustand, wo er ohne krieg auskommen muß, s'geht für seinen geschmack zu unmörderisch zu, er möchte denn doch lieber vor angst in die windel pissen, statt durch die klappen zu streichen als kleckerficker [...]. (Zaimoglu 2007 [1995]: 133-134)

Weiter oben wurde dargelegt, dass die Brandanschläge zu Beginn der neunziger Jahre als „sedimentierter Inhalt" in die Form von *Kanak Sprak* eingegangen sind und im Text implizit mitschwingen. Der zitierte Abschnitt führt dies in seiner Drastik exemplarisch vor. Die Rede vom deutschen Partisanen, der das „abmorden" prinzipiell lohnenswert finde, weshalb es ihm in der Gegenwart denn auch „zu unmörderisch" zugehe, muss vor dem Hintergrund Möllns und Solingens gelesen werden. Ansonsten erschiene sie als bloße Provokation und nicht als das, was sie ist, nämlich eine – natürlich auch provokative – Gegenreaktion, ein sprachlicher Gegenangriff. Dessen Knackpunkt nun liegt darin, dass er auf der Basis der Alterisierung erfolgt, von der die türkischstämmige Minderheit in Deutschland nachweislich betroffen ist; Mölln und Solingen können in diesem Zusammenhang als Resultat einer fatalen Entwicklung gesehen werden. Ulku dreht den Spieß gewissermaßen um: In seiner Rede werden die Deutschen, die Türkischstämmige wie ihn zum ‚Anderen' machen, zum ‚Anderen' gemacht. Dies geschieht dadurch, dass für sie das Gegenteil veranschlagt wird von dem, was den für die bundesdeutsche

Gesellschaft so verbindlichen Wert des Friedens definiert. Und so erscheinen die Deutschen in Ulkus Beschreibung unweigerlich als das kriegslüstern-mörderische ‚Andere' ihres eigenen Selbstbildes.

Da sich die „Kanaken" nun derart von den Werten der deutschen Mehrheitsgesellschaft distanzieren, kann man mit Adorno sagen, dass in *Kanak Sprak* das „Asoziale" ästhetisch Form annimmt. Adornos Ansicht nach ist „[d]as Asoziale der Kunst [...] bestimmte Negation der bestimmten Gesellschaft" (Adorno 1970: 335). Indes umreißt dies nur die eine Seite der Dialektik, die autonomer Kunst zugrunde liegt. So gibt Adorno ferner zu bedenken:

> Freilich bietet durch ihre Absage an die Gesellschaft, die der Sublimierung durchs Formgesetz gleichkommt, autonome Kunst ebenso als Vehikel der Ideologie sich an: in der Distanz läßt sie die Gesellschaft, vor der ihr schaudert, auch unbehelligt. Auch das ist mehr als nur Ideologie: Gesellschaft nicht bloß die Negativität, welche das ästhetische Formgesetz verurteilt, sondern noch in ihrer fragwürdigsten Gestalt der Inbegriff des sich produzierenden und reproduzierenden Lebens der Menschen. [...] Was sie [die Kunst; OB] zur Gesellschaft beiträgt, ist nicht Kommunikation mit jener sondern ein sehr Mittelbares, Widerstand, in dem kraft der innerästhetischen Entwicklung die gesellschaftliche sich reproduziert, ohne daß sie nachgeahmt würde. Radikale Moderne wahrt die Immanenz der Kunst, bei Strafe ihrer Selbstaufhebung, derart, daß Gesellschaft einzig verdunkelt wie in den Träumen in sie eingelassen wird, denen man die Kunstwerke von je verglich. Nichts Gesellschaftliches in der Kunst ist es unmittelbar, auch nicht wo sie es ambitioniert. (Adorno 1970: 335-336)

Die Negierung der Gesellschaft durch autonome Kunstwerke erfolgt letztlich auf derselben Basis, auf der diese auch gesellschaftliche Produkte darstellen. Deshalb tendieren sie, wie Adorno an anderer Stelle formuliert, „a priori, mögen sie noch so tragisch sich aufführen, zur Affirmation" (Adorno 1970: 11). Sie definieren sich also nie ausschließlich *ex negativo* über die Gesellschaft, sondern enthalten immer auch einen positiven Bezug zu ihr. Dadurch gelangen soziale Werte aber ebenfalls affirmativ zur Anschauung, und sei es nur auf mittelbare Weise.

Der Gedanke, dass in der künstlerischen bzw. literarischen Produktion Kritik und Bejahung der Gesellschaft dialektisch einhergehen, ist Zaimoglu augenscheinlich nicht fremd. In einem Gespräch mit Olga Olivia Kasaty bemerkt er: „Wenn man meine Geschichten liest, sieht man Spott und Häme gegenüber bestimmten Umgangsformen der Gesellschaft. Ohne diesen Antrieb könnte ich nicht schreiben" (Kasaty 2007: 444). Demnach bedingt bei ihm die gesellschaftskritische Einstellung die letztlich gesellschaftsbejahende Produktion eines literarischen Textes. Und noch seine Verwendung von „Spott und Häme gegenüber bestimmten Umgangsformen der Gesellschaft" – die wohl den Umgang mit Werten miteinschließt – ist insofern affirmativ zu nennen, als er die Gesellschaft für wert erachtet, über Spott und Häme seiner Texte zu diskutieren.

Das „Asoziale" in *Kanak Sprak* als sozialer Wert

In der vorangegangenen Untersuchung wurde dem sich in Zaimoglus *Kanak Sprak* darbietenden Verhältnis von Werten und Ästhetik auf den Grund gegangen. Adornos Auffassung vom zutiefst gesellschaftlichen Charakter autonomer Kunstwerke Rechnung tragend, wandte sich der erste Abschnitt dem sozialen Kontext zu, in dem die 24 Prosamonologe entstanden sind.

Es wurde gezeigt, dass sich Zaimoglu damals von der Popliteratur ebenso abgrenzte wie von der Migrantenliteratur, die er beide als ‚weich' bzw. ‚wehleidig' apostrophierte. Dagegen scheint er in einem Habitus der Härte und Virilität so etwas wie die moralische Grundlage authentischen Schreibens erblickt zu haben. Dies ist nicht nur als literarische Distinktionsstrategie, sondern auch als Reaktion auf die – aus Sicht des Autors – (harte) deutsche Realität zu verstehen. Prägend waren für Zaimoglu in diesem Zusammenhang sicherlich die Brandanschläge zu Beginn der neunziger Jahre, insbesondere die von Mölln und Solingen. Bemerkenswerterweise kommen sie in *Kanak Sprak* nirgends explizit zur Sprache; es werden höchstens entsprechende Andeutungen gemacht. Unter autonomieästhetischem Aspekt ist dies kein Zufall. Mit Adorno kann man sagen, dass die Anschläge als „sedimentierter Inhalt" in die Form von *Kanak Sprak* eingegangen sind, wo sie im Grunde immer mitschwingen und daher keiner zusätzlichen Erwähnung bedürfen. Unter Umständen könnte diese sogar den Anschein erwecken, als werde für die von den „Kanaken" repräsentierten Deutsch-Türken die Opferrolle reklamiert, die Zaimoglu vehement ablehnte.

Der nächste Abschnitt befasste sich mit der ästhetischen Autonomie von *Kanak Sprak*. Um die einschlägigen Besonderheiten herauszuarbeiten, wurde eine Vergleichsanalyse mit der frühen Fassung von Serners *Letzte Lockerung*, einem die moderne Autonomieästhetik exemplifizierenden Dada-Manifest, durchgeführt.

Dabei fiel auf, dass auch die Autonomie des Vergleichstextes ihren Ursprung in einer menschlichen Katastrophe hat, nämlich im Ersten Weltkrieg, auf den Serner explizit Bezug nimmt. Des Weiteren werden in beiden Texten kriminelle bzw. sozial geächtete Figuren stilisiert: in *Letzte Lockerung* ist es der Hochstapler, in *Kanak Sprak* der „Kanakster". Während dieser Punkt auf die Abkopplung des ästhetisch ‚Schönen' vom moralisch ‚Guten' hindeutet, machen die provokativen Inhalte beider Texte offenbar, dass auch das faktisch ‚Wahre' in ihrer Ästhetik eine untergeordnete Rolle spielt. So zeichnen Serner und Zaimoglu etwa auf übertriebene Weise das (nicht unbedingt mit der gesellschaftlichen Realität übereinstimmende) Feindbild einer bourgeoisen bzw. deutschen (Mehrheits-)Gesellschaft. Wodurch *Letzte Lockerung* und *Kanak Sprak*, autonomieästhetisch betrachtet, jedoch besonders stark korrespondieren, ist der Umstand, dass sie in einer mehr oder weniger hermetischen Kunstsprache geschrieben sind. Ähnlich wie Serner mit seinen „Vokabelmischungen" markiert auch Zaimoglu die Sprache, die er benutzt, als eine konstruierte („Nachdichtung", „Übersetzung"). Das Ergebnis ist in beiden Fällen ähnlich: Die Sprache wird als solche sichtbar gemacht, dadurch aber auch – und

dies ist entscheidend – die Grundrisse der jeweils vertretenen Anti-Kultur. Da die Sprache beider Texte schwer zugänglich ist, gewinnt man einen Eindruck von der ressentimentgeladenen Unnahbarkeit des jeweiligen Sprechers. Es wird deutlich, dass er nicht nur ausgegrenzt wird, sondern sich auch mittels sprachlicher Distinktion von der jeweils angefeindeten Gesellschaft abgrenzt, und zwar auf affektive, mitunter sogar hasserfüllte Weise.

Zu den Abgrenzungsstrategien der „Kanaken" gehört es, die Deutschen zum ‚Anderen' zu machen, also genau das zu tun, was augenscheinlich sonst immer dem türkischstämmigen Teil der Bevölkerung von Seiten der Mehrheitsgesellschaft widerfährt. Solche Alterisierungen erfolgen meist über die Wertethematik, die den Gegenstand des letzten Abschnitts bildete.

Tatsächlich kommt in *Kanak Sprak* ein richtiggehender Wertekonflikt zum Vorschein. Die jungen Türken stellen mit ihren Monologen das Paradigma der Integration in Frage. Sie verweigern sich der wechselseitigen Verständigung und Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft und fordern von den Anderen, den Deutschen, umgekehrt die Akzeptanz der eigenen Lebensweise. Zugleich greifen sie Werte wie Frieden und Toleranz an, die für die bundesdeutsche Gesellschaft von eminenter Wichtigkeit sind. Da sich die „Kanaken" nun derart von den Werten der deutschen Mehrheitsgesellschaft distanzieren, nimmt in *Kanak Sprak*, um mit Adorno zu reden, das „Asoziale" ästhetisch Form an. Nach der *Ästhetischen Theorie* definieren sich autonome Kunstwerke allerdings nie ausschließlich *ex negativo* über die Gesellschaft, sondern enthalten immer auch einen affirmativen Bezug zu ihr. Dadurch gelangen soziale Werte, wenngleich nur auf mittelbare Weise, ebenfalls affirmativ zur Anschauung.

Übertragen auf *Kanak Sprak* heißt dies, dass die Ablehnung der deutschen Mehrheitsgesellschaft zwar eine totale ist, die 24 Monologe sich jedoch gerade deshalb als Wertorientierungen anbieten. Denn da in ihnen wertemäßig *Tabula rasa* gemacht wird, ist der Leser aufgefordert, über bestimmte Wertvorstellungen, insbesondere die eigenen, zu reflektieren.

Man kann auch sagen, dass der Text auf eine radikale Neuverhandlung soziokultureller Werte abhebt. Hinsichtlich der Wertedebatte bedeutet dies eine Chance, die sich nicht auf das deutsch-türkische Verhältnis beschränkt. Eine solche Lesart insinuiert der Autor zwar selbst; aus heutiger Sicht scheinen seine einschlägigen Leserlenkungsstrategien jedoch stark mit den Bedingungen verknüpft zu sein, unter denen *Kanak Sprak* entstand. Anders verhält es sich mit der Zaimoglu'schen Autonomieästhetik, die auch Texten wie *Ruß* (2011) und *Evangelio. Ein Luther-Roman* (2017) zugrunde liegt. In ihnen treten keine Protagonisten mit Migrationshintergrund auf. Und doch werden – ästhetisch – Werte vermittelt, die zu diskutieren sich sicher lohnen würde.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1970): *Ästhetische Theorie*, Frankfurt a.M.

Adorno, Theodor W. (2000 [1966]): *Negative Dialektik*, Frankfurt a.M.

Bax, Daniel (2012): *Ein bleibendes Brandmal. Die rassistischen Brandanschläge von Mölln vor 20 Jahren haben eine ganze Generation geprägt. Am Freitag versammelt sie sich zum Gedenken*, verfügbar unter: http://www.taz.de/!5078871/ [letztes Zugriffsdatum: 08.05.2019].

Biller, Maxim (2000): „Feige das Land, schlapp die Literatur. Über die Schwierigkeiten beim Sagen der Wahrheit“, in: Die Zeit, 13.04.2000, 47-49.

Brosius, Hans-Bernd/Esser, Frank (1995): *Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt*, Opladen.

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2018): *25 Jahre Brandanschlag in Solingen*, verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/161980/brandanschlag-in-solingen [letztes Zugriffsdatum: 12.05.2019].

Cheesman, Tom/Yesilada, Karin E. (2012): „Preface“, in: Cheesman, Tom/Yesilada, Karin E. (Hg.): *Feridun Zaimoglu*, Bern, 1-11.

Cumart, Nevfel (1995): *Verwandlungen. Gedichte*, Du□ sseldorf.

Diner, Dan (1988): *Zivilisationsbruch: Denken nach Auschwitz*, Frankfurt a.M.

Ernst, Thomas (2006): „Jenseits von MTV und Musikantenstadl. Popkulturelle Positionierungen in Wladimir Kaminers ‚Russendisko’ und Feridun Zaimoglus ‚Kanak Sprak’“, in: Arnold, Heinz Ludwig (Hg.): *Literatur und Migration*, München, 148-158.

Hofmann, Michael (2012): „Romantic Rebellion: Feridun Zaimoglu and Antibourgeois Tradition“, in: Cheesman, Tom/Yeşilada, Karin E. (Hg.): *Feridun Zaimoglu*, Bern, 239-258.

Hofmann, Michael (2013): *Deutsch-türkische Literaturwissenschaft*, Würzburg.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1969 [1944]): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a.M.

Jakob, Christian (2013): *Kirchen, Camps und Zellen – Antirassistische Politik ist in der deutschen Linken seit mehr als 20 Jahren ein wichtiges Thema*, verfügbar unter: https://jungle.world/artikel/2013/21/krchen-camps-und-zellen [letztes Zugriffsdatum: 05.11.2019].

Juen, Bernd (2019): *Das Motiv des Zwischen-den-Welten-seins in den Gedichten Nevfel Cumarts*. Unveröffentlichte Dissertation, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.

Kasaty, Olga Olivia (2007): „Ein Gespräch mit Feridun Zaimoglu“, in: Kasaty, Olga Olivia (Hg.): *Entgrenzungen. Vierzehn Autorengespräche über Liebe, Leben und Literatur*, München, 431-464.

Liebknecht, Wilhelm (1907): *Volks-Fremdwörterbuch*, Stuttgart.

Lindner, Burkhardt (2014): „Kritik und Weiterarbeit. Zu Adornos Theorie der Kunstautonomie“, in: Quent, Marcus/Lindner, Eckardt (Hg.): *Das Versprechen der Kunst. Aktuelle Zugänge zu Adornos Ästhetischer Theorie*, Wien/Berlin, 157-185.

Mokrosch, Reinhold (2013): „Religiöse Werte-Bildung im Pluralismus der Religionen?“, in: Elisabeth Naurath/Blasberg-Kuhnke, Martina/Gläser, Eva/Mokrosch, Reinhold/Müller-Using, Susanne (Hg.): *Wie sich Werte bilden. Fachübergreifende und fachspezifische Werte-Bildung*, Göttingen, 43-64.

Neubauer, Jochen (2011): *Türkische Deutsche, Kanakster und Deutschländer. Identität und Fremdwahrnehmung in Film und Literatur: Fatih Akın, Thomas Arslan, Emine Sevgi Özdamar, Zafer Şenocak und Feridun Zaimoğlu*, Würzburg.

Serner, Walter (2007 [1920/1927]): *Letzte Lockerung. Ein Handbrevier für Hochstapler und solche, die es werden wollen*, Zürich.

Sommer, Andreas Urs (2016a): *Werte. Warum man sie braucht, obwohl es sie nicht gibt*, Stuttgart.

Sommer, Andreas Urs (2016b): „Ist Toleranz ein Wert? Die Politik preist Toleranz als Allheilmittel und beruft sich auf moralische Werte – doch die sind verhandelbar“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 09.08.2016b, 35.

Thierse, Wolfgang (2005): „Grundwerte für eine gerechte Weltordnung“, in: Bergmann, Stephan/Stegemann, Wolfgang/Wagner, Jochen (Hg.): *Werte bilden. Politik, Kultur, Wirtschaft, Kirche und Hochschule im Diskurs*, Stuttgart, 11-24.

Ünalan, Saniye Uysal (2013): *Interkulturelle Begegnungsräume. Neue Identitätskonstruktionen in der türkisch-deutschen Gegenwartsliteratur*, Würzburg.

Welsch, Wolfgang (2007): „Jenseits der Ästhetisierung – ein anderer Rahmen für die Betrachtung der Werte“, in: Bindé, Jérôme (Hg.): *Die Zukunft der Werte. Dialoge über das 21. Jahrhundert*, Berlin, 100-114.

Yesilada, Karin E. (2010): „Feridun Zaimoglu“, in: Arnold, Heinz-Ludwig (Hg.): *Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur (KLG)*, München, Lieferung 86/06-07 und 95/06-10, 1-24, A-P.

Yesilada, Karin E. (2012): „Poesie post Solingen: Literarisches Gedächtnis in der türkisch-deutschen Lyrik“, in: Christine Meyer (Hg.): *Kosmopolitische ‚Germanophonie'. Postnationale Perspektiven in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur*, Würzburg, 369-398.

Zaimoglu, Feridun (1999): „Knabenwindelprosa. Überall wird von der deutschen Popliteratur geschwärmt. Aber sie ist nur reaktionäres Kunsthandwerk. Eine Abrechnung“, in: *Die Zeit*, 18.11.1999, 56.

Zaimoglu, Feridun (2006 [2001]): *Kopf und Kragen. Kanak-Kultur-Kompendium*, Hamburg.

Zaimoglu, Feridun (2007 [1995]): *Kanak Sprak. 24 Mißtöne vom Rande der Gesellschaft*, Berlin.

Zaimoglu, Feridun (2009 [2002]): *German Amok*, Frankfurt a.M.

Zaimoglu, Feridun (2011): *Ruß*, Köln.

Zaimoglu, Feridun (2017): *Evangelio. Ein Luther-Roman*, Köln.

Multilingual Subjectivity in Linguistic Ethnographic Fieldwork

Işıl Erduyan

Abstract

In this article, I investigate the construction and enactment of multilingual subjectivity in the process of linguistic ethnographic fieldwork drawing on my fieldwork experience at a Berlin high school heavily populated by Turkish students. I discuss how constructing subjectivity is inherently related to the researcher's multilingual resources, as much as her/his negotiations in the field with members of various groups. I situate these reflections within the larger body of work on subjectivity within cultural/linguistic anthropology, while also recognizing its relevance for the field of applied linguistics.

Introduction

The German-Turkish interface has been the subject of inquiry across various language-related disciplines ranging from Cultural Studies to Linguistics since the relatively early days of migration history. Some of these disciplines embrace empirical frameworks based on first-hand data collection in the field, as in research taking ethnographic perspectives (e. g. Auer/Dirim 2003; Keim 2002). Based mostly on naturally occurring conversations in everyday social settings, these studies have essentially focused on participants' linguistic performances without much elaboration on the fieldwork process itself. Issues ranging from gaining access to constructing fieldnotes, from ethical decisions to researcher subjectivity remain under-

studied in the realm of German-Turkish studies, whereas they have long been topics of interest in cultural and linguistic anthropological scholarship and have come to be more frequently discussed in applied linguistics in recent years (De Costa 2016; Goebel 2019; Mc Namara 2019).

In an effort to partially respond to this gap in literature, the present article investigates researcher subjectivity in linguistic ethnographic fieldwork in a German-Turkish context. Linguistic ethnography as a research methodology has been employed across a variety of multilingual settings in recent years (Snell/Copland 2015; Tusting 2019; Copland/Creese 2015). While multilingual individuals have become the natural participants in this line of research, the multilinguality of researchers has also been a matter of analysis more recently across languages and contexts (Giampapa 2016; Norton/Early 2011; International Journal of Applied Linguistics Special Issue 2013). Aligning with this framework, my focus in the present article is on my own subjectivity in the fieldwork process of my doctoral dissertation research completed at the University of Wisconsin-Madison in 2015.

My focus in the dissertation[1] was on a group of German-Turkish students in one classroom; therefore, the classroom, both physically and symbolically constitutes the major *field* in this study. However, a classroom as a social and educational setting cannot be conceptualized as an entity on its own without considering its place in the social world of the school. More importantly, the role of the researcher in this kind of an ethnographic study is hardly bound by the confines of the classroom. In addition to the participants and their teachers, other students, teachers, and other members of the school community are involved in the construction of researcher subjectivity. The researcher develops a complex web of social relationships in the field, which affects her/his way of thought and perception in time. I went through this process in my study through the relationships I formed inside and outside my research classroom, with my participants and beyond, which helped construct my field persona as a whole.

I problematize the construction of my researcher subjectivity through the lenses of the languages that I used in the field, namely, Turkish, English, and German. I entered the field as a speaker of Turkish and English and a learner of German. My German at the beginning of the fieldwork was at the B2 level and I had completed two months of intensive German instruction at the Goethe Institute the summer prior to the study with a language grant that I had received from DAAD. In the course of my stay in Berlin, I came to improve my German language proficiency further, and used all three languages in my daily interactions at school, and the languages I spoke had an important role to play in these relationships. As my

[1] Based on a linguistic ethnographic framework, my dissertation research investigates the multilingual identity construction of students across their German, Turkish, and English classes at a Gymnasium in Berlin (Erduyan 2019). The project uncovers how students' linguistic identity performances are informed by the timescales within which they are situated, and how these performances compare across classes when analyzed on a scalar basis.

multilingual competence developed, my multilingual subjectivity went through transformations, as well.

Before I begin my analysis, I present a brief literature review below. I will then focus on the construction of my own multilingual subjectivity in the field taking a narrative perspective. Drawing on my field diaries, I construct this narrative through an analysis of my experience across the settings in the school through the languages I was speaking. I will then focus on the identity negotiations that I went through with two main groups of actors in the field, the teachers and the participants under focus.

Literature Review: Subjectivity and Nativeness in Cultural Anthropology

Researcher subjectivity has been a matter of analysis in cultural anthropology in its own right for a considerably long time. The earlier generation of anthropologists conventionally kept field diaries to record and later publish as self-accounts, leading in some cases to criticism for being too revealing (e. g. Malinowski 1989). In time, however, reflecting on oneself became a natural expression of the transformation that the anthropologist undergoes in an ethnographic endeavor (Robben/Sluka 2007). Among other things, turning the gaze inward invoked critical questions of the researcher Self, for whom being Western was an unmarked affiliation, and the researched Other, which referred to individuals from non-Western communities under focus, who came to be designated as "natives," "the creatures of anthropological imagination" (Appadurai 1988: 39). The relationship between Self and Other, or between the anthropologist and the native was seen by many "as an unbridgeable opposition" (Tedlock 1991: 71). This opposition was challenged in the extreme case of researcher's affiliation with the researched, that of 'going native,' posing a sharp contrast to the outsider situation of the mythic 'verandah anthropologist.' Still, many Western anthropologists preferred to keep their ethnographic distance to the cultures they were studying. In describing her relationships with the participants in her fieldwork, Powdermaker writes, "[a]lthough I had enjoyed those brief moments of feeling at one with the women at the initiating rites and although I was fairly involved in this Stone-age society, I never fooled myself that I had 'gone native.' I had participated rather freely, but remained an anthropologist" (Powdermaker 1966: 68). However, these perspectives did not survive postmodern criticisms.

The postmodern turn in anthropology deconstructed the notions of native and non-native altogether in an effort to question the power differential the construct implies (Ewing 1994). In the meantime, as anthropologists from among the native communities have come to be more visible in academia, they started to be critical of the Western anthropologists' approaches to their cultures. While native anthropologists in the field would have to negotiate issues of class and social status in pursuing their research, the Western anthropologist would still be in the confines

of her/his own social status (Saberwal 1982). Therefore, being represented in the center turned into a matter of political agenda for native, non-Western scholars (Fahim 1982), to the degree that some of them were convinced they should do fieldwork in their own societies exclusively, which they knew better than the Western anthropologists (Béteille/Madan 1975; Srinivas 1979). On the other hand, the Western educational background and disciplinary training of the native anthropologists came into question, as well. Expressing doubt as to the genuineness of anthropologists from the periphery, Diamond writes, "an Indian or African anthropologist, trained in this Western technique, does not behave as an Indian or African when he behaves as an anthropologist […] he lives and thinks as an academic European" (Diamond 1980: 11-12). Thus, the problematization of nativeness resulted in additional questions as to the identity of the researcher.

Place and distance had an important role to play in the construction of nativeness in anthropology. However, this was also approached critically in the postcolonial world, with the increasing diversity in the definitions of home as opposed to the field, which was traditionally constructed as distinct and far. As urban anthropology gained more ground, scholars found the natives of the metropolitan centers of the modern world equally worthy of analysis (Jackson 1987). As it finds expression in Geertz' much quoted assertion, "we are all natives now" (Geertz 1983: 151); in this understanding, "doing anthropology at home" (Messerschmidt 1981) started to appear similarly 'exotic.' As far as subjectivity was concerned, re-situating oneself at home turned out to be as complicated as doing anthropology far away from home (Peirano 1998). Running the risk of being too nativist and missing the cosmopolitan importance of their work (Kuper 1994) stood out as major problems among others in doing anthropology at home. Still, native anthropologists have come to designate themselves as "multiple natives" (Mascarenhas-Keyes 1987), holding a "multiplex subjectivity" (Rosaldo 1989) in the field.

The multiplicity of the researcher identity as opposed to the fixity of nativeness was problematized by scholars with trajectories of mixed heritage, as well. As a response to Clifford and Marcus' *Writing Culture* (1986), Abu-Laghod advocates *Writing Against Culture,* in an effort to deconstruct the Self-Other separation implied by the homogeneity, coherence, and timelessness of the conventional constructions of culture. In her case, traveling between speaking 'for' and speaking 'from' is an uneasy process (Abu-Laghod 1991: 470). In a similar situation, Kondo (1986) writes about the difficulty of conforming to her heritage culture and how this fed into her construction of selfhood in the field, which includes a mix of alienation and approximation. Abu-Laghod and Kondo, both educated in the West, keep their varying degrees of connections to their non-Western ancestry.

Encountering the Native in the Diaspora

In an influential article that I will treat in some detail here, Narayan asks "[h]ow native is a native anthropologist? How "foreign" is an anthropologist from abroad?" (Narayan 1993: 671). She proposes that the extent to which any native anthropologist is an authentic insider is questionable, and to perceive her/him as such is to ignore her/his complex background. Narayan's call for looking into the construct of "native" partly stems from her own background. As an Indian-American scholar who was born in India but educated mostly in the U.S., she writes that the "darker element" in her ancestry becomes the defining affiliation of her identity. Scholars in subaltern studies have concerned themselves with this dilemma extensively. One of the most vocal among those, and with a similar background to Narayan's, Spivak perceives this as a power problem, and writes that "the putative center welcomes selective inhabitants of the margin, in order better to exclude the margin" (Spivak 1988: 107). This repositioning on the side of the intellectual elite, being in the margins of the societies they belong to, has become a critical question for multicultural scholars in analyzing their subjectivity. As Narayan writes,

> In some ways, the study of one's own society involves an inverse process from the study of an alien one. Instead of learning conceptual categories and then, through fieldwork, finding the contexts in which to apply them, those of us who study societies in which we have preexisting experience absorb analytic categories that rename and reframe what is already known. (Narayan 1993: 678)

My approach to the Turkish culture in Germany at large, and to the community members in my field, was a mix of these two processes. I had to learn new categories in the field as well as apply the ones I had already known. The field in my ethnographic study was not in my home country, Turkey, but in the diaspora. In other words, I have conducted my fieldwork in a "third space" (Bhabha 1994) to which I did not belong but rather approached from the outside. Not only had I never lived in Germany (or Europe) before, I had also never lived with a Turkish diasporic community before. Therefore, my own process of "gradual formation" as a researcher in my "ideological becoming" (Bakhtin 1981: 392), required a constant negotiation of a variety of viewpoints, voices, and values at the crossroads of cultures in a process of "crafting myself" in the field (Kondo 1986).

In this article, I extend Narayan's overarching question above, and ask: How native is the native researcher to the immigrant communities from her/his own nationality? In order to do so, I treat my position as the researcher within the larger context of the school community where I conducted my fieldwork. With its student body mostly of Turkish descent, my research school in Berlin presented significant diversity in terms of the ethnic, religious, and socioeconomic background of the students, which somewhat modeled the Turkish immigrant community in

Berlin. The teachers who worked in this school, too, were quite diverse. As soon as my fieldwork process took its course, I started adjusting my relationships with the members of the school community, as well. In the remainder of this article, I will detail how I crafted my positionality vis-à-vis this diversity by focusing on my multilingual subjectivity, relationships with the teachers, and relationships with my participants, respectively.

Constructing Multilingual Subjectivity

In his depiction of the fieldworker of the 1920s, Clifford (1983) writes about the change in anthropologists' approach to the field in terms of their proficiency in the languages of the researched communities. While mastering the local languages was deemed important for the earlier generation anthropologists, the cohort involving Margaret Mead rather established "using" the languages "to ask questions, maintain rapport, and generally get along in the culture while obtaining good research results in particular areas of concentration" (Clifford 1983: 124). This practice has been followed by some in the course of years, but as Gibb and Iglesias (2017) argue, the degree of proficiency in an additional language use in the field is hardly ever problematized in ethnographic research literature.

In applied linguistics, meanwhile, a "social turn" has been taking place since the mid-1990s in the context of which ethnographically informed studies have found expression in the mainstream research agenda. Calls such as Canagarajah's (1996) have critiqued the absence of the researcher from the text that she/he produces, whereas "the subjectivity of the researchers— with their complex values, ideologies, and experiences—shapes the research activity and findings" (Canagarajah 1996: 324) in the field. These calls have been received well, and more recent work in this realm have come to focus particularly on the relationship of languages in multilingual researchers' linguistic repertoires with issues related to stance, identity, and subjectivity in the fieldwork process (Gallego-Balsa□ 2018; Giampapa/Lamoureux 2011; Holmes/ Fay/Andrews/Attia 2013).

Against this background, the field in my experience was already a cosmopolitan place and multilingual interactions were the default form of communication. Therefore, my own positioning required a constant process of conforming to the field with three languages in play on a daily basis. I conducted most of my field interactions with the German teachers in English, in which I felt more comfortable than German. I always used Turkish with the Turkish teachers and the students. I used German exclusively with most of the other teachers and the school personnel. Beyond using different languages, I also spoke from a wide variety of discursive positions that showed variations across context and interlocutor, which became central in forming my field relationships.

In my interactions with the students, the choice of code in Turkish was a critical question. As a speaker of the standard variety of Turkish, I had reservations at

the beginning as to the possible distance this might create between the participants and myself. Earlier in the fieldwork, I had realized through interviews and other accounts that the difference among certain standard or urban varieties of Turkish was not very clear to the participants. For instance, in my interview with one of the participants, I realized that she referred to the Turkish teacher's Turkish as "high society" Turkish (see Erduyan 2014), which, to me, sounded primarily like standard Turkey-Turkish. I found a range of solutions to "tone down" my standard accent, thinking that it could push the participants away. However, none of these included an incorporation of their German-Turkish or other provincial accents in my speech. I believed that kind of an effort to modify my language would only be received with antisympathy (cf. Jacobs-Huey 2002). Similarly, I paid attention to excluding vocabulary that I thought the students might not know; but, in doing so, I was careful not to employ a simplified Turkish either.

These differences in speech or vocabulary did not function in the same way with each participant. I was more comfortable with my standard Turkey-Turkish when I used it more naturally with one or two of my participants. They put the most conscious effort into sounding more standard when conversing with me. As I have analyzed elsewhere (Erduyan forthcoming c), they were actually quite aware of contemporary urban forms of speech in current day Turkey-Turkish and enjoyed incorporating those at times. However, this should not give the impression that I had a more equal relationship with these participants than with the other students. In fact, I "achieved" the most equality with one female participant, who was the oldest in the group and came from Turkey the most recently. Speaking with a provincial accent (she was an Azerbaijani Turk) did not discourage her from comfortably communicating with me. On the other hand, my speaking a more standard variety seemed to play out as a sign of a power claim with another girl in the group. Especially at the beginning of the fieldwork process, she placed me at a higher status in her head, and, for instance, talked about her family's material wealth quite comfortably.

My German developed mostly through my fieldwork and, as a learner myself, I developed an array of strategies in making up for my developing competence. Especially at the beginning, I found switching to English as a comforting strategy, as a reversal of the power difference between myself and the speakers of German with whom I was conversing. However, there were many cases in which my interlocutor did not speak English, such as the school principal. Likewise, in my last semester of fieldwork, the German teacher whose class I had been observing was replaced by another teacher who did not speak English, and I was able to converse with her in German only. Although my level of German in the field never reached my level of English, especially during German lessons, I saw this as another angle from which to approach multilingualism. Contrary to the traditional perspectives that assert that one can be equally competent in all of the languages in her/his repertoire, poststructuralist sociolinguistic critiques suggest that the various languages in one's repertoire each function in different ways, complementing each

other. I also believe my German "interlanguage" functioned as a positive factor in my relationships with the participants, such that it helped to equalize power relations between us. Both the participants and the teachers acted as native-speaker informants in this process, which toned down my outsider, observer, powerful researcher status. As Spiro (1996) writes, fieldwork is dialogical. As much as the researcher observes the researched, the researched also observes the researcher. Coming from Turkey and having English in my repertoire might have already caused a perceived inequity between myself and the participants; but this was balanced through my developing German, and, in this way, decreased the effect of the hegemonic power of the field (Berger 1993).

Community members responded to my developing German in different ways at school. I received as many compliments on how much I had progressed in such little time as comments such as how English my German sounded. My participants, with whom I did not attempt to have German conversations, indicated that I sounded strange when I spoke German, or that they do not speak like that in German. These views reflected how wide deficit-based discourses in everyday multilingualism prevail. I repeatedly observed, for instance, that although each of my participants speaks at least three languages well enough to be considered proficient, they never consider this multilingual competence as richness.

Meanwhile, my German, which sounded quite like my English, was the most observable marker that I could be an American Turk in the eyes of the German teachers. I seem to have left this image with them because I still spoke German with an accent when I did, that accent did not sound like the accent with which German-Turks speak German, and I was much more comfortable in English. Before entering the field, I had not foreseen the advantages that being an English speaker would bring. One of the teachers I saw everyday but with whom I rarely conversed came up to me one day and asked me in English whether I came from America. In the English classes that I observed, the teacher occasionally asked me vocabulary in the course of the lesson. My participants, on the other hand, used me as a resource from time to time, such as in asking me English questions or asking for help with their homework. Together, these factors contributed to the symbolic power I gained in the field through English being in my linguistic repertoire.

Constructing multilingual subjectivity, then, was not only defined along the language lines in my fieldwork experience. It was a dynamic, complex process that is heavily influenced by the degree to which I speak the languages in my repertoire alongside my evolving fieldwork identity. In the next section, I detail how this played out in my relationships with the participants.

Negotiations with the Participants

My field relations with the participants, who are represented in various publications on different topics (Erduyan 2014, 2017, forthcoming a, b, c), went through a series of modifications throughout my fieldwork process. The major data collection venue was the classroom in this study; however, I took my relationships with the participants outside the classroom equally seriously. Therefore, with each one of my 5 participants, I went through a series of negotiations throughout the fieldwork.

In the first place, these negotiations included approaching the participants' social, cultural, political, and religious identities with some caution. The social life at Berlin Central High School as I call it in the project, was nourished, to a considerable degree, by the Turkey-based information exchange that is quite widespread through the media use among students. In this way, one can follow the repercussions of major social and political events in Turkey from the conversations among students or hear casual references to Turkish politics in the classroom almost every day. The sharing of news is a typical practice in the brief period of time before the teacher began the lesson. Therefore, it is not surprising to see how some of the students, including my participants, were politically engaged. This was reflected most considerably in Turkish lessons, in which the teachers I observed paid special attention to making room for discussion on Turkey-related topics. These discussions themselves portrayed the hybridity of the students' political mindsets. For example, during the theme "Biography," the students presented on a series of Turkish writers, and mentioned a writer who had been imprisoned in Turkey. It was remarkable for me to observe how some of my participants seriously questioned the reasons behind imprisonment through a series of logical arguments. This atmosphere was constructed through the endless efforts of the Turkish teachers, which I have analyzed in detail in Author (2014; forthcoming a).

On the other hand, the participant group showed diversity in terms of political stance regarding issues like Turkish nationalism or ethnic affiliations. For me, this was important to realize, which only occurred relatively late into the fieldwork. Coming from a nation-state tradition, the "other" elements in one's ethnicity in Turkey do not come to the surface easily. In my study, four out of five participants had an ethnic affiliation in addition to their Turkish national identity, with varying degrees of politicization. For instance, Kurdishness in Turkey is much more nuanced than having origins in one of the other ethnic groups. This might explain why one of the participants in the study revealed to me his Kurdish origins late in the fieldwork process, while another with an Alevi-Kurdish origin never openly talked about the Kurdish part of her identity and kept her Alevi identity low-profile in the classroom, only referring to it once or twice in the interviews. On the other hand, one of the girls in my group was an Azerbaijani Turk, and the other had Pomak origins from the area of Thrace. Both of these girls positioned themselves much more comfortably as far as non-Turkish ethnicities go. The Azerbaijani-

Turkish student made comments about being a more authentic Turk than her classmates in some classroom interactions. She talked about this identity openly in my interviews with her, too.

Yet, it would be wrong to claim that these ethnic affiliations played an important role in the political identity affiliations of these students. As a result of the nation-state culture, and due to their positioning in the German society as Turks, nationalism for this group was deeply connected to being Turkish or being from Turkey. Therefore, other markers in political identities were more foregrounded in the daily clashes among students in the class, or in their expressions on topics in or out of the lessons. One considerably conservative Turkish student in the class, for instance, was being bullied by others when he stated his conservative opinions on issues like women's rights, overspending, and eating *haram* food. At other times and in other classes, I have witnessed many cases of students bullying each other based on ethnic background or by blaming each other for not being nationalistic enough. Likewise, more conservative students occasionally made comments about less conservative students' lack of knowledge about Islamic practices or conservative lifestyles.[2]

All of these affiliations are, somewhat remarkably, about the Turkish side of the students' identities. It is important to underline at this point that, all through my three semesters in this school, I never witnessed a political discussion of any German party, political leader, or government. However, when they encountered questions of "Germanness" the participants all reacted in a variety of ways, showing their negativity toward this ascription. In one of the interviews, a female participant said she might call German "her language" in the future; but there is no way she would call herself a German. Positioning another female student in the class who generally speaks more German than Turkish, a few of my participants considered her to be more a German than a Turk. Meanwhile, Turkish-German, or German Turk were not common identity affiliations that I heard in circulation. In fact, the specific terms of affiliation used in Turkish to describe Turks in Germany, such as *Almanyalı* or *Almancı,* meaning, more or less, somebody from Germany, seemed to be too old-fashioned for my participants, who all expressed discomfort with the words. They were reacting against the rhetoric that defined their family migration trajectory as 'ignorant' peasant-turned-factory-worker, typical of first generation immigrants. On the other hand, they seemed to have not found any substitute for these terms or their associations.

Against the complicated ethnic and political structure of my participant group, it was a challenge for me to restructure the expressions of my own political identities in forming relationships with the participants. In a poststructuralist research endeavor, meaning is co-constructed with the participants in a process in which the researcher is also revealing aspects about her/himself. Despite no specific effort on

[2] A very powerful example of the clash between more secular-oriented and less secular students regarding a book the class read together can be found in Erduyan (forthcoming a).

my side, my casual conversations with the participants or my interviews with them have, at certain times, referenced the Turkish politics. It is in these "critical moments" in the Bakhtinian sense of the word that I tried to avoid revealing my political stance, as I could not predict how this would affect our relationships. These conservations, in the end, helped me to construct more comfortable speaking positions with the participants. It is important to add, on the other hand, that I also tried to cast a low profile even when I completely agreed with the participants' political opinions.

Negotiations with the Teachers

I find it important to analyze my subjectivity through my relationships with the teachers for a number of reasons. In addition to being my first contacts at the school, some teachers continued to be my informants throughout the research process. I observed some of their classes and worked in the Turkish department with others. While I developed professional relationships with the teachers of the German, English, and Turkish lessons I observed, I became friends with a few others at school. Therefore, my relationships with the teacher group were multifaceted and needed to be carefully negotiated.

In these negotiations, power differentials played an important role. As an outsider to the school community in expectation of durability in my fieldwork, I was not at a position to claim much more power than was designated for me. In addition, doing service in return for my research further limited my position at school. On the other hand, being an outsider and coming from an American university modified these status differences, such that I was an ambiguous case for some teachers at certain times as to what kind of a Turk I was and what my place in the field was. The English teacher Ms. Martin, for instance, had not asked me about my background until very late in the fieldwork. At the end of my final interview with her, she asked me whether I was born in Turkey, if I hold an American passport, and whether I lived in the U.S. permanently. This made me look back and question my own perception of the teacher's perspective on me in the fieldwork process.

Among the many different ways I was positioned in the field, I was being acknowledged as belonging to the mainstream Turkish community in Turkey from the perspectives of some German teachers. In my interviews, and in other conversations, I found myself acting as an informant of Turkish culture at certain times, having to answer questions about the politics and cultural practices in Turkey. However, these questions and the conversations resulting from them were not unproblematic. Within the context of the wider European discourse on the "Turk as the Other," educated Turks have a repertoire of strategies in dealing with the questions they receive from Europeans. In these negotiations, the Turkish side tries to figure what kind of a Turk the European interlocutor is conceptualizing in

her/his head. This could be somebody from a Mediterranean country with a secular and worldly upbringing; or someone pious from an Islamic Middle Eastern country. As these questions find answers, the narratives are adjusted accordingly (cf. Yıldız 2009).

In my experience with the teachers, I subscribed to a variety of narratives depending on my understanding of teachers' perceptions of me. One of these narratives was informed by the rhetoric of secularism. In the Turkish practice among the educated class in Turkey and in the diaspora, the secular identity has been constructed to dominate over the Muslim identity. This poses a contrast to the prevalent media practice on the Turkish diasporic culture in Europe (Yıldız 2009), which tends to distill the whole Turkish identity down to Muslim identity. This uncomfortable identity affiliation requires constant identity negotiations for the educated middle class of my background, and I had expected this to come to the surface in my relationships in the field. Affiliating with the secular codes aligned me with the German teachers in a different position than the wider Turkish community in Germany, who is represented at school through students. In this way, staying on the margins of one cultural element brought me closer to the same element in the other culture (Narayan 1993). As Orhan Pamuk, the Turkish Nobel laureate in literature, analyzes in his works, I had the resources to feel at home in both cultures (e. g. Pamuk 2005).

This alignment, however, did not always function smoothly. In those critical moments when I encountered questions such as how exceptional I was by studying in the U. S. as a single Turkish woman, or why my family "allowed" me to study away from home, negotiating power was a more challenging task. I did not know the degree to which I should resist this positioning given my restricted role in the field; but on the other hand, I felt disempowered by having to answer such questions. Not only my Turkish female identity but also my intellectual identity was in jeopardy at times, as in having to answer questions about whether I knew many other Turkish female students pursuing a doctorate. On the other hand, I developed a more egalitarian relationship with one of the German teachers whose lessons I observed. Instead of positioning me as a Turk above all else, he paid attention to my intellectual identity, and centered his discourse on a shared critical look at Turkish and German-Turkish matters.

My interactions with the German teachers also involved being positioned as the informant on the "Turkish side" of the students' identities. Throughout the fieldwork, I had the chance to interact with the families, as well as the participants. As these relations got recognized by the teachers, I found myself contributing to the knowledge about the families in our interactions. The questions I was asked about the families have helped me understand the extent (and lack) of teachers' awareness of the lives of the Turkish students. For instance, one of the teachers asked me, based on a home visit that I mentioned to her, whether the families ever go to the opera with their children. Naïve as it might sound, questions of this sort revealed to me how limited the teachers' relationships with the Turkish parents and

their sense of the community were. On the other hand, I also encountered quite precise comments made by another German teacher in predicting a certain problem a certain student might be facing at home. I paid special attention to those moments, not only in terms of what new information I would learn, but in terms of the ways the teacher constructed the student in his narrative.

Overall, I learned a lot from the German teachers about the Turkish students, their families, and the cultures they re-/produce. In the end, ethnic affiliation is one of the many other types of identifications that members of a certain culture hold, and it does not always suffice to understand and explain a certain behavior. It is at this point that ethnic nativeness becomes a critical question. I did not see myself as a native in those instances and rather positioned myself as an outsider in need of explanation. For instance, those cultural practices created within the mélange of customs of a little Turkish village in Turkey carried over to Germany and modified across three generations, coupled with the cosmopolitan Turkish culture of Kreuzberg, were not easy to trace at first sight. German teachers played important roles as my informants in trying to sort out these complications. In addition, there is a whole discourse of "student identity" involved in the construction of Turkish students' identities in this school, and the teachers' professional experience with these students made them reliable points of reference vis-à-vis this discourse.

The topics I shared with the German teachers, both in the fieldwork and beyond, showed variations from those that I shared with the Turkish teachers. For example, the latter group would more frequently referred to discourses of discrimination that either they themselves or their students had been or facing. While doing so, they would position me in alignment with themselves. However, discourses on discrimination were not a part of the German teachers' casual daily conversations at all. The challenge for me was how to craft my position in these two dissimilar situations. Neither completely aligning with the Turkish teachers as if I were a part of the German-Turkish community and have been through the same set of discursive practices, nor with the German teachers, as if ethnic discrimination were not a problem, seemed plausible to me.

As in the case of German teachers, Turkish teachers also played important roles as my informants throughout the research process. My positionality in my interactions with them showed variations and shifted in time while throughout negotiations. Coming from the same national culture possibly bypassed certain negotiations that I had undergone with the German teachers; however, others were still in play. For instance, unlike with the German teachers, my relationships with the Turkish teachers were more distant at the beginning due to status, class, and position differences that play out generally in relationships among Turkish people. In time, as we built more mutual trust, I came to be considered more as an insider of the Turkish teacher community. Working in the Turkish program as a materials developer also played out in my relationships with the teachers. Alongside the duties that I had in the program, my being a student in the U. S. was utilized by the

teachers as symbolic capital to foreground my identity when presenting me to the students.

As in German-Turkish encounters, German/Turkish-Turkish encounters also required negotiations. Conventionally, as elsewhere, the urban Turkey-Turk is positioned at a higher status in the eyes of the German-Turk, given the relatively underprivileged background of the Turks in Germany, which was partially carried over from their status before they emigrated from Turkey to Germany. However, there is also variation in these negotiations. Some backgrounds are considered to be more privileged than others, such as belonging to urban Turkey. On the other hand, age and experience play in the opposite way, ignoring social status differences at certain times. As a result, while I might have been designated as a Turkey-Turk studying in the U.S., these social positions might have been neutralized by being younger, being a novice in Germany, speaking less German, and being at a disempowered position as a researcher in this school. Inevitably, all these elements played a role in the construction of my fieldwork persona in my relationships with the German-Turkish teachers.

Discussion

In my relationships with the teachers, my participants, and other members of the school community throughout the fieldwork process that I have depicted in this article, I crafted my subjectivity through the various linguistic and identity resources that were at my disposal and that I developed over time. Being a native, urban Turkey-Turkish speaker and being fluent in English and studying in the U.S. played out as important cultural capital in these relationships. Yet, my limited proficiency in the German language toned down the symbolic power that I might have possessed. These negotiations have inevitable consequences in the way that I have approached analyzing the data in this project. For instance, the discussion in class about Turkish modernity that I write about in an upcoming paper (Erduyan forthcoming a) could become an object of inquiry thanks to my very own subjective lenses. Likewise, it is through these lenses that I have developed a unique understanding of participants' incorporation of various timescales in their interactions in the German lessons that I depict in Erduyan (2017).

My positionality in the field was constructed vis-à-vis diasporic-Turkishness, as much as Germanness and/or Europeanness, as I was an outsider to the field and the community. Thus, the question, *how native is the native?* is an important one to think about in understanding the field relationships of researchers who share the same native language with the migrant communities in a Western setting. As this paper has sought to demonstrate, the native/non-native dichotomy falls short of explaining many complexities involved in a fieldwork process. In a way, it reminds us of Glick Schiller/Çağlar's (2011) critique of "methodological nationalism" that permeates migration research and foregrounds nation-based analyses of transna-

tional migration. My complex relationships in my field experience demonstrate the need to go beyond nationalist perspectives and find alternative tools for analysis in understanding these relationships.

The self-reflections that I have depicted in this article show how multi-layered my ethnographic self-consciousness was as my world of references went through a constant transformation in the course of the fieldwork process. Although my fieldwork did not necessarily include an activism component such as Gorter's (2012), it is true that the constant transformation that I went through was informed to a great extent by revising my subjectivity as a highly self-conscious, political, and critical action. My linguistic identity practices played a large role in the construction of this subjectivity. My developing multilingual competence in the field had an influence on my negotiations with and interpretation of the field as a multilingual space with multilingual members, and these were as complex as the negotiations themselves.

Works Cited

Abu-Lughod, Lila (1991): "Writing against Culture," in: Richard G. Fox (Ed): *Recapturing Anthropology: Working in the Present,* P. Santa Fe, 137-62.

Auer, Peter/Dirim, İnci (2003): "Socio-Cultural Orientation, Urban Youth Styles and the Spontaneous Acquisition of Turkish by Non-Turkish Adolescents in Germany," in: Androutsopoulos, Jannis/Georgakopoulou, Alexandra (Eds.): *Discourse Constructions of Youth Identities*, Amsterdam/Philadelphia, 223-246.

Appadurai, Arjun (1988): "Putting Hierarchy in its Place," in: *Cultural Anthropology* (3/1), 36-49.

Bakhtin, Mikhail (1981): *The Dialogic Imagination*, Austin.

Berger, Roger A. (1993): "From Text to (Field)work and back again: Theorizing a Post(modern)-Ethnography," in: *Anthropological Quarterly* (66/4), 174-186.

Béteille, Andre/Madan, T.N. (Eds.) (1975): *Encounter and Experience: Personal Accounts of Fieldwork,* Delhi.

Bhabha, Homi (1994): *The Location of Culture,* New York.

Canagarajah, Suresh. (1996): "From critical research practice to critical research reporting," in: *TESOL Quarterly* (30/2), 321–331.

Clifford, James (1983): On Ethnographic Authority, in: *Representations* (1/2), 118-146.

Clifford, James/Marcus, George E. (Eds.) (1986): *Writing Culture: The Politics and Poetics of Ethnography*, Berkeley.

Copland, Fiona /Creese, Angela (2015): *Linguistic Ethnography: Collecting, Analysing and Presenting Data*, London.

De Costa, Peter I. (Ed.) (2016): *Ethics in Applied Linguistics Research: Language Researcher Narratives*, New York.

Diamond, Stanley (Ed.) (1980): *Anthropology: Ancestors and Heirs,* Paris.

Erduyan, Işıl (2014): "Competing Discourses in the Classroom: Turkish Instruction in Berlin," in: *BILIG* (70), 153-180.

Erduyan, Işıl (2017): "Shifting timescales in peer group interactions: A multilingual classroom perspective," in: *Innovation in Language Learning and Teaching* (11/3), 219-229.

Erduyan, Işıl (2019): *Multilingual Construction of Identity: German-Turkish Students at School.* Fulda University CINTEUS-Center for Intercultural and European Studies Publications, Hannover.

Erduyan, Işıl (forthcoming a): "The Scale of Modernity in the Heritage Classroom," in: *Journal of Language, Identity, and Education*".

Erduyan, Işıl (forthcoming b): "Diversifying Scales in the Turkish Heritage Language Classroom," in: *Linguistic Minorities in Europe.*

Erduyan, Işıl (forthcoming c). "Contemporary urban Turkey-Turkish in the German-Turkish Classroom," in: Bayram F. (Ed.): *Studies in Turkish as a Heritage Language*, Amsterdam: John Benjamins.

Ewing, Katherine P. (1994): "Dreams from a Saint: Anthropological Atheism and the Temptation to believe," in: *American Anthropologist* (96/3), 571-583.

Fahim, Hussein (Ed.) (1982): *Indigenous Anthropology in Non-Western Countries*, Durham, NC.

Gallego-Balsa□, Lídia: (2018): "Language choice and researcher's stance in a multilingual ethnographic fieldwork," *Applied Linguistics Review.*

Geertz, Clifford (1983): *Local Knowledge: Further Essays in Interpretive Anthropology,* New York.

Giampapa, Frances (2016): "The Politics of Researcher Identities: Opportunities and Challenges in Identities Research," in: Preece, Siân. (Ed.): *The Routledge Handbook of Language and Identity*, London.

Giampapa, Frances /Lamoureux, Sylvie (2011): "Voices from the field: Identity, Language and Power in Multilingual Research Settings," in: *Journal of Language, Identity and Education* (10/3), 127-131.

Gibb, Robert/Danero Iglesias, Julien (2016): "Breaking the silence (again): On language learning and levels of fluency in ethnographic research," in: *The Sociological Review* (65/1), 134-49.

Glick Schiller, Nina & Ayşe Çağlar (Eds.) (2011), *Locating Migration: Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca: Cornell University Press.

Goebel, Zane (Ed.) (2019): *Rapport and the Discursive Co-Construction of Social Relations in Fieldwork Encounters*, Berlin/Boston.

Gorter, Durk (2012): "Minority language researchers and their role in policy development," in: *Language, Culture and Curriculum* (25/1), 89-102.

Holmes, Prue /Fay, Richard/Andrews, Jane/Attia, Mariam (2013): "Researching Multilingually: New Theoretical and Methodological Directions," in: *International Journal of Applied Linguistics* (23/3), 285-299.

Jacobs-Huey, Lanita (2002): The natives are gazing and talking back: Reviewing the problematics of positionality, voice, and accountability among 'Native' Anthropologists, in: *American Anthropologist* (104/3), 714-804.

Jackson, Anthony (Ed.) (1987): *Anthropology at Home,* London.

Keim, Inken (2002): "Social Style of Communication and Bilingual Speech Practices: Case Study of three Migrant Youth Groups of Turkish Origin in Mannheim/Germany," in: *Turkic Languages* 6, 284-299.

Kondo, Dorinne (1986): "Dissolution and reconstitution of self: Implications for anthropological epistemology," in: *Cultural Anthropology* (1/1), 74-88.

Kuper A. (1994): "Culture, Identity and the Project of a Cosmopolitan Anthropology," in: *Man* (29), 537–554.

Malinowski, Bronislaw. (1989[1967]): *A Diary in the Strict Sense of the Term,* Stanford.

Mascarenhas-Keyes, Stella (1987): "The Native Anthropologist: Constraints and Strategies in Research," in: Jackson, Anthony (Ed.): *Anthropology at Home*, London, 180-195.

McNamara, Tim (2019): *Language and Subjectivity* (Key Topics in Applied Linguistics), Cambridge.

Messerschmidt, Donald A., (Ed.) (1981): *Anthropologists at Home in North America. Methods and Issues in the Study of One's Own Society,* Cambridge.

Narayan, Kirin. (1993): "How native is the 'native' anthropologist?," in: *American Anthropologist* (95/3), 671-686.

Norton, Bonny /Early, Margaret (2011): "Researcher Identity, Narrative Inquiry, and Language Teaching Research," in: *TESOL Quarterly* (45/3), 415-439.

Pamuk, Orhan (2005): *Istanbul: Memories of a City*, London.

Peirano, Mariza G. S. (1998): "When anthropology is at home: The different contexts of a single discipline," in: *Annual Review of Anthropology* (27), 105-128.

Powdermaker, Hortense (1966): "A woman going native,": in *Stranger and Friend: The Way of an Anthropologist,* New York: W.W. Norton.

Robben, Antonius C. G. M./Sluka, Jeffrey A. (2007): "Fieldwork in cultural anthropology: An introduction," in: Antonius C. G. M. Robben/Jeffrey A. Sluka (Eds.): *Ethnographic Fieldwork: An Anthropological Reader,* Singapore, 1-28.

Rosaldo, Renato (1989): *Culture and Truth: The Remaking of Social Analysis*, Boston.

Saberwal, Satish. (1982): "Uncertain transplants: Anthropology and sociology in India," in: *Ethnos* (42/1-2), 36-49.

Snell Julia/Shaw Sara/Copland Fiona (Eds) (2015): *Linguistic Ethnography*, London.

Spivak, Gayatri C. (1988): *In Other Worlds: Essays in Cultural Politics*, London.

Spiro, Melford E. (1996): "Postmodernist anthropology, subjectivity, and science: A modernist critique," in: *Comparative Studies in Society and History* (38/4), 759-780.

Srinivas Mysore N. / Shah Arvind M./Ramaswamy, E. A. (Ed.) (1979): *The Fieldworker and the Field,* Oxford.

Tedlock, Barbara (1991): "From participant observation to the observation of participation: The emergence of narrative ethnography," in: *Journal of Anthropological Research* (47/1), 69-94.

Tusting, Karin (Ed.) (2019): *The Routledge Handbook of Linguistic Ethnography*, London.

Yildiz, Yasemin (2009): "Turkish girls, Allah's daughters, and the contemporary German subject: Itinerary of a figure," in: *German Life and Letters* (62/4), 465-481.

Deutsche Zivilberater*innen in der frührepublikanischen Türkei von 1924 bis 1936

Fahri Türk/Sevda Şanda

German Civil Instructors in Service of Turkey in the Early Republican Era from 1924 to 1936

Turkish-German relations have a long-standing history that gained great importance especially in the second half of the 19th century. Although the Turkish-German relations have broken at least for six years in the aftermath of the First World War, they have been intensified immediately following the foundation of the Turkish Republic in 1923 in the fields of administration, education, agriculture, industry and economy as well. Due to the lack of the qualified workforce, civil instructors and specialists in their own land, Turkish decision-makers recruted foreign and German insructors for promoting her modernisation in industry and economy. This study concentrates on the analysis of reorganisation of the state apparatus of Turkey. In order to reach this aim the Turkish government has invited many German civil instructors, experts and advisers in the period of 1924 to 1936. In this context it is important to stress that this aspect of the Turkish-German relations does not researched well enough within the framework of Turkish studies. Therefor, the aim of this study is to extend the research stand regarding the activities of Germans civil instuctors and advisers within the framework of the Turkish-German bilateral relations using content analysis of archive materials from the German Foreign Office in the period of 1924 to 1936. From this background this research work deals with the following main questions: Which segments of the Turkish state apparatus have been reorganised by the German civil instructors? Were German instructors committed to special duties during their service in Turkey?

Einleitung

Die lange historische Tradition der deutsch-türkischen Beziehungen in kulturellen, politischen, militärischen, ökonomischen sowie in sozialen Bereichen reicht bis zur preußisch-osmanischen Zeit zurück. Insbesondere mit dem Beginn der Modernisierungs- und Reformbestrebungen im Osmanischen Reich im Militär[1], Staats- und Bildungswesen (Ergün 1992: 193-208) wurde auf das Wissen ausländischer, vor allem aber deutscher Offiziere, Berater*innen und sowie Wissenschaftler*innen gesetzt. Die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland entwickelten sich im Ersten Weltkrieg von einer militärisch-wirtschaftlichen Interessengemeinschaft zur Waffenbrüderschaft. Die Niederlage gegen die Siegermächte führte danach einerseits zu enormen wirtschaftlichen Einbußen und Machtverlust, andererseits zum offiziellen Bruch der politisch-diplomatischen Beziehungen beider Länder zueinander. Insofern kann die sechsjährige Unterbrechung der deutsch-türkischen Beziehungen durch den Abschluss des Freundschaftsvertrages[2] vom 3. März 1924 symbolisch als Grundlage für die Wiederaufnahme der alten Beziehungen betrachtet werden.

Der Mangel an geeigneten qualifizierten Landsleuten und somit an Fachkräften und Spezialist*innen im Land veranlasste die türkische Regierung, ausländische[3] (vgl. Gezer Baylı 2013; Türk 1998: 12-18; Akdağ 2008: 45-77; Köçer/Egüz 2013: 387-393; Yıldırım 2012: 122-150) und deutsche Zivilberater*innen, Experten*innen und Sachverständige zu rekrutieren. Diese sollten in verschiedenen Bereichen wie Verwaltung, Bildung, Landwirtschaft, Industrie und Wirtschaft eingesetzt werden. In erster Linie sollten sie aber die Verwaltungen und Ministerien in Ankara neuge-

---

[1] Die Idee der Militärreformation geht auf Selim III. (1789-1807) zurück, der sein Militärwesen mithilfe von französischen Militärinstrukteuren nach europäischem Vorbild reformierte. Diese erstreckte sich über Mahmud II. (1808-1838) bis zur Tanzimat-Periode (1839-1876) unter Abdülmecid (1839-1861) weiter, der unter anderem auch das Bildungswesen reformierte. Siehe ausführlicher: Wallah (1976); Türk (2007); Uyar/Erickson (2009); Öncü (2003); Marcinkowski (2007).

[2] Die Kapitulation des Osmanischen- und Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg erfolgte durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Mudros. Dieser Vertrag beinhaltete unter anderem eine Klausel über den Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Ländern (vgl. Avci 2014: 30). Darauf folgte der Türkische Befreiungskrieg, der mit der Unterzeichnung des Lausanner Friedensvertrags endete. Somit wurde die Klausel, die unter anderem die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich regelte, ungültig. Infolgedessen beauftragte der deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert den deutschen Botschafter in Bukarest, Dr. Hans Freytag, mit der Aufnahme von Vertragsverhandlungen mit der Türkei, um auf offiziellem Wege die diplomatischen Beziehungen wiederherzustellen (vgl. Avci 2014: 71f.). Die Vertragsverhandlungen begannen am 27. Februar 1924. Der Freundschaftsvertrag regelte sowohl die politische und wirtschaftliche, als auch die konsularische Ebene zwischen den beiden Ländern. Den Freundschaftsvertrag unterzeichneten der türkische Staatssekretär Tevfik Kamil Bey und Dr. Hans Freytag in Ankara. (Siehe ausführlicher: Avci 2014: 71f.; Koçak 2013: 6ff.; Mangold-Will 2013: 124f.)

[3] Im behandelten Zeitraum der vorliegenden Arbeit standen auch französische, ungarische und belgische Zivilberater in den türkischen Diensten, die in verschiedenen Bereichen wie z. B. Bildungs- und Landwirtschaftswesen tätig gewesen waren. Unter denen waren aus historischen Gründen vor allem Franzosen zahlenmäßig den deutschen Zivilberatern gegenüber weit überlegen. Auf diesen Aspekt näher einzugehen und einen Vergleich zwischen den ausländischen Zivilberatern in den türkischen Diensten zu ziehen, steht allerdings nicht im Fokus dieser Untersuchung.

stalten und in Bereichen wie Postwesen, Katasteramt, Landwirtschaft und Zollwesen beschäftigt werden.

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit der Reorganisation des Staatsapparates der jungen türkischen Republik, die zur Neugestaltung der staatlichen Institutionen deutsche Zivilberater*innen, Expert*innen und Sachverständige in der Zeit von 1924 bis 1936 einlud. In der bisherigen Türkeiforschung wurden die osmanisch-preußischen Beziehungen und die Emigration deutscher Wissenschaftler*innen während des Nationalsozialismus in die Türkei in den Mittelpunkt gestellt. Die Verhältnisse der beiden jungen Republiken in Bezug auf die zivilen Berater*innen- und Sachverständigenfunktionen werden dabei jedoch kaum behandelt. Vielmehr wurde bisher der Schwerpunkt auf die Militärberatung gelegt, weshalb sich die vorliegende Arbeit speziell auf die Zivilberater*innen fokussiert. Das Ziel dieses Aufsatzes ist es daher, den Forschungsstand im Hinblick auf die zivilen Berater*innen- und Sachverständigenfunktionen im Rahmen der deutsch-türkischen Beziehung mithilfe einer Inhaltsanalyse von primären Archivquellen aus dem deutschen Auswärtigen Amt in der Periode von 1924 bis 1936 zu erweitern.[4]

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Artikel folgende zentrale Fragen gestellt: Welche Bereiche des türkischen Staatsapparates wurden von deutschen Zivilberater*innen reorganisiert? Wurden den Berater*innen gesonderte Aufgaben übertragen, die sie während ihrer türkischen Dienstzeit erfüllen mussten? Inwieweit wurde das Landwirtschaftswesen strukturiert und wie die landwirtschaftliche Hochschule organisiert?

Zu Beginn wird vollständigkeitshalber der geschichtliche Hintergrund der Zivilberater*innen und ihre Stellung im Osmanischen Reich skizziert. In einem zweiten Schritt wird im Anschluss an die Ausführungen zu den Zivilberater*innen im Osmanischen Reich die Neugestaltung der staatlichen Institutionen während der republikanischen Ära analysiert. Hierbei wird insbesondere das Wirken der Zivilberater*innen in verschiedenen administrativen Bereichen, z. B. in Ministerien, beim Zollwesen und in der Vermessungsabteilung sowie im Rahmen der Neuordnung der Infrastrukturen in Istanbul in den Blick genommen, das eine komplette Umstrukturierung des Staatsapparates mit sich brachte. Weiterhin werden die gesonderten Bereiche, Funktionen und Aufgaben der Berater*innen durchleuchtet. Hierbei wird auch die Frage geklärt, wie die Vermittlungen zwischen den türkischen und deutschen Konsulaten zu Stande kamen. Darauf aufbauend wird speziell die Tätigkeit der deutschen Zivilberater*innen in der Landwirtschaft und die damit verbundene Entwicklung der landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara dargestellt. Hierbei werden insbesondere die in den türkischen Diensten stehenden Zivilberater*innen betrachtet. Abschließend werden die dargestellten Sachverhalte resümiert, die im Bezug auf die Forschungsfragen analysiert wurden.

---

[4] An dieser Stelle muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass aus den Originalquellen die vollständigen Namen der deutschen Zivilberater*innen nicht immer hervorgehen. Infolgedessen sind die erwähnten Namen in diesem Aufsatz teilweise unvollständig.

Deutsche Zivilberater*innen im Osmanischen Reich

Wie bereits erwähnt, wurden schon im Osmanischen Reich verschiedene Reformversuche im militärisch-zivilen Bereichen unternommen. Sultan Mahmut II. (1808-1839) holte beispielsweise erstmals preußische Offiziere ins Land, die später in der Ära von der Goltz deutliche Spuren in der Armee hinterließen (vgl. Türk 2007: 61-67). Obwohl hier nicht näher auf die Militärberater[5] eingegangen wird, ist in diesem Rahmen beispielhaft Helmuth Graf von Moltke zu nennen, der in der Zeit von 1835-1839 mit weiteren Offizieren zum Aufbau eines neuen Militärwesens im Osmanischen Reich beitrug (vgl. Hühner 2014: 103-127; Erichsen 2007; Türk 2007: 57-67; Ortaylı 1998: 103-126; Wallach 1976: 20 ff.). Unter Sultan Abdülhamid II. (1876-1909) wurden die Reformen fortgesetzt und 1880 auch zivile und militärische Berater*innen aus Deutschland ins Land (Çolak 2016: 397-416; Hartmann 2016: 69-88). Der zwischen Istanbul und Berlin erfolgende intensive Schriftverkehr über die Einberufung von deutschen Zivilberater*innen endete am 14. Juli 1880 schließlich mit der Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens über den Einsatz deutscher Militär- und Zivilberater*innen in türkischen Diensten. Das Abkommen regelte sowohl die Beschäftigungsdauer[6] und die Gehaltsvergütung[7] der Beamt*innen in der Türkei als auch den Anstellungsschutz[8] in Deutschland (Ortaylı 1998: 87-88). Somit investierte die osmanische Staatskasse erhebliche Summen in die Berater*innentätigkeiten und verpflichtete sich weiterhin zu regelmäßigen Gehaltszahlungen (Ortaylı 1998: 87-88).

Im Vergleich zu den militärischen Berater*innen schienen die zivilen Berater*innen zunächst jedoch geringere Bedeutung zu tragen. Im Rahmen der zivil-administrativen Beratung kamen einerseits die Zollbeamt*innen in die Türkei, um das Zollwesen neu zu strukturieren. Andererseits waren ab 1890 deutsche Medizinprofessor*innen im Einsatz, um das türkische Medizinwesen zu reformieren. Außerdem ließ die türkische Regierung deutsche Polizist*innen in das Land kommen, um den Polizeiapparat zu strukturieren (Ortaylı 1998: 90). Bei der Entsendung der Zivilbeamt*innen ergaben sich jedoch ernsthafte Probleme, denn diese konnten nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat nicht an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren, wie es bei den Militärberater*innen der Fall war (Ortaylı 1998: 89). Dem Zollberater Düffel konnte vom Preußischen Zollamt beispielsweise nur eine minderwertigere Beamtenstelle zugeteilt werden, da dieser mehr als neunzehn Jahre in der Türkei tätig war.

[5] Die deutschen Offiziere spielten eine wesentliche Rolle bei der Vermittlung deutscher Rüstungsexporteure, die für Geschütze, Gewehre und Munitionen unter anderen die Firmen Krupp und Mauser engagierten.

[6] Die Beschäftigungsdauer der Zivilberater betrug drei Jahre. Sie konnte jedoch nach beidseitiger Vereinbarung um weitere drei Jahre verlängert werden.

[7] Die Gehaltsvergütung der Beamten betrug jährlich 20.000 Franken. Die Zolldirektoren sollten hingegen 40.000 Franken erhalten.

[8] Der Artikel 11 der Vereinbarung beinhaltet, dass bei Übergang in die Osmanischen Dienste sich weder die Anstellung noch der Titel der Zivilberater in Deutschland verändern wird.

Die Medizinprofessor*innen gründeten im Rahmen ihrer Berater*innentätigkeiten ein Krankenhaus in Haydarpaşa/Istanbul. Trotz dieses Beitrages der deutschen Berater*innen zur Entwicklung des türkischen Medizinwesens diente bis zum Jahr 1930 das französische Medizinwesen als Vorbild in der Türkei. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches und der Ausrufung der Türkischen Republik unter Leitung von Mustafa Kemal Atatürk am 29. Oktober 1923 begann eine neue Ära in der Türkei, was eine Welle von verschiedenen Reformbestrebungen sowie Modernisierungsprozessen nach sich zog (Bursalıoğlu 1982: 185). Der zwischen Deutschland und der Türkei unterzeichnete Freundschaftsvertrag legte den Grundstein für zahlreiche weitere Verträge (vgl. Özgüldür 1993; vgl. Avci 2014: 71-123), so dass sich die bilateralen Beziehungen wieder rasant verstärkten. Außerdem bot Deutschland seine Hilfestellung bei der Umstrukturierung des Staatsapparates und somit beim Auf- und Ausbau der Türkei an (Nadolny 1936, 457).

Die Reformen, die sich von der Abschaffung des Sultanats und Kalifats bis hin zu Sprachreformen erstreckten, sollten sowohl den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes vorantreiben, als auch den Anschluss an den bereits industriell entwickelten Westen gewährleisten (vgl. Moser/Weithmann 2002).

Deutsche Zivilberater*innen in verschiedenen Ministerien der jungen türkischen Republik

Die türkische Nationalversammlung bestimmte am 13. Oktober 1923 die Stadt Angora (Ankara) zum neuen Verwaltungssitz der Türkei (Jäschke 1936: 460). Daran anschließend machte die neue türkische Verfassung im Jahre 1924 den Weg für ein neues Regierungssystem des Landes frei, welches zur Neugestaltung staatlicher Einrichtungen und Ministerien führte (Özgül 2015: 61-79). Dieses Vorhaben sollte aufgrund des Expert*innenmangels im Land mit ausländischer Unterstützung vollzogen werden. Insofern wandte sich die türkische Regierung an seinen ehemaligen Bündnispartner Deutschland. Es ist jedoch anzumerken, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zwischen den beiden Ländern nur in formeller Hinsicht herrschte. Auf inoffiziellem Wege bestanden die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter. So informierte beispielsweise der deutsche Vertreter Walter Holstein in der schwedischen Botschaft in Istanbul seine Regierung ununterbrochen über die Vorgänge in der Türkei (Mangold-Will 2013: 117).

Aufgrund der ehemals engen Beziehungen und der hohen Wertschätzung Deutschlands entschlossen sich die türkischen Diplomat*innen und Minister*innen zur Einstellung deutscher Zivilberater*innen für die Neustrukturierungen in der Türkei, um ihr Land effektiver reformieren zu können. Unter den imperialistischen Großmächten wurde insbesondere Deutschland von der Türkei als einer der ungefährlichen Verbündeten betrachtet. Darüber hinaus genoss Deutsch-

land einen guten Ruf in den Bereichen der Industrialisierung, der militärischen Rüstung und der akademischen Ausbildung, weshalb die Türkei aufgrund der wirtschaftlichen Not und des Mangels an industrieller Infrastruktur und genügend technischer Ausrüstung um deutsche Hilfe bat (Mangold-Will 2013: 154). Die türkische Bitte um die Entsendung von Berater*innen wurde in vielen Fällen über den deutschen Botschafter Rudolf Nadolny[9] kommuniziert, der die Anfragen an das Deutsche Auswärtige Amt in Berlin übermittelte (Mangold-Will 2013: 154). In anderen Fällen übergingen die türkischen Minister*innen das Auswärtige Amt und stellten einen direkten Kontakt zu den Anwerber*innen her. Die erste Anfrage an die deutsche Regierung bezweckte die Vermittlung eines Spezialisten zum Ausbau und der Organisation der Personalabteilung des Innenministeriums.[10]

Wie bereits erwähnt, entwickelten sich die bilateralen Beziehungen der beiden Länder nach dem Abschluss des Freundschaftsvertrages sehr gut. Der deutsche Botschafter Dr. Hans Freytag unterrichtete das Auswärtige Amt in Berlin bereits am 29. Februar 1924 aus Ankara sowohl über das grundsätzliche Vorhaben der türkischen Regierung, den Staatsapparat umzustrukturieren, als auch über das spezielle Vorhaben, diese Ideen mit Hilfe deutscher Zivilberater*innen zu verwirklichen.[11] Zu dieser Zeit befand sich Freytag im Auftrag des deutschen Staatsoberhauptes Friedrich Ebert in Ankara, um Vorbereitungen für den Abschluss des Freundschaftsvertrages zu treffen (Koçak 2013: 7).

Freytag berichtete, dass die türkische Regierung circa hundert deutsche Fachleute, darunter Jurist*innen und Techniker*innen, zur Reorganisation verschiedener Zweige der Verwaltung rekrutieren wolle und dieses Vorhaben nur noch vom Ministerrat bewilligt werden müsse.[12] Ein Scheitern der Vermittlung von deutschen Zivilberater*innen hätte zur Folge gehabt, dass sich die türkische Regierung mit anderen Ländern in Verbindung gesetzt hätte.[13] Insofern hatte die frühzeitige Meldung an das Auswärtige Amt in Berlin zum Ziel, verschiedene Behörden in Deutschland rechtzeitig zu informieren, um auf die zu ernennenden Berater*innen Einfluss nehmen und internationale Konkurrenz ausschließen zu können. Gleichfalls machte Freytag dem Auswärtigen Amt in Berlin klar, dass den Zivilberater*innen keine Sonderstellung wie den ehemaligen Militärberater*innen in der osmanischen Ära eingeräumt werden könnte. Ebenfalls sprach er vom spartanischen Geist der neuen Türkei und wies darauf hin, dass sich die Berater*innen in das sich neuformierende Land einordnen müssten. Aus diesem Grund sollten sich die Spezialist*innen nicht nur fachlich, sondern auch psychologisch für die in Frage kommenden Stellen in Ankara eignen.[14]

[9] Nadolny war von 1924-1933 als deutscher Botschafter in Ankara tätig.
[10] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Angora, 29. Februar 1924).
[11] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Angora, 29. Februar 1924).
[12] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Angora, 29. Februar 1924).
[13] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Angora, 29. Februar 1924).
[14] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Angora, 29. Februar 1924).

Schließlich informierte der türkische Botschafter in Berlin, Kemaleddin Sami Pascha, am 21. November 1924 das Reichsministerium des Inneren offiziell über das Vorhaben seiner Regierung bzw. des türkischen Innenministeriums zur Neugestaltung der Personalabteilung in Ankara deutsche Zivilberater*innen einzustellen. Ein wichtiges Anforderungskriterium für die einzustellenden Berater*innen waren hierbei unter anderem französische Sprachkenntnisse.[15] Die Aufgaben der Zivilberater*innen lagen in der Prüfung für die Eignung der einzustellenden Beamt*innen in den inneren Verwaltungsdiensten. So sollten sie beispielsweise die Bewerber*innen auf ihre wissenschaftliche Vorbildung und sonstige Eignungen prüfen. Darüber hinaus sollten die Zivilberater*innen eine geeignete systematische Methode zur Anlegung und Führung von Personalakten entwickeln und einführen. Die Berater*innentätigkeiten honorierte die türkische Regierung mit einem Monatsgehalt in Höhe von 800 türkischen Lira.[16] Auf diese Anfrage hin schlugen das bayerische Staatsministerium und der Berliner Reichsminister des Inneren, Dr. Karl Jarres, Max Mühl[17], Ministerialrat Schmid[18] sowie Dr. Häntzschel[19] als Zivilberater für die Türkei vor. Diese Empfehlungen wurden folglich an Kemaleddin Sami Pascha weitergeleitet.[20] Letzten Endes wurden Mühl und Schmid die Beraterposten in der inneren Verwaltung der Türkei zugeteilt (Türk/Çınar 2013: 49).

Weitere Ministerien und Verwaltungen wie das Post- und Telegraphenwesen wurden bereits im Dezember 1924 mit vier deutschen Spezialist*innen besetzt.[21] Zu dieser Zeit berichtete der deutsche Botschafter Rudolf Nadolny aus Istanbul an das Auswärtige Amt in Berlin, dass das türkische Finanzministerium beabsichtige, den amerikanischen Fachmann Dollaro für die Strukturierung und Neugestaltung

---

[15] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 21. November 1924).

[16] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 21. November 1924).

[17] 11. September 1890 in Speyer geboren, ledig, prot. Konfession. sprach fließend Französisch wurde vom bayerischen Staatsministerium für die Berater*innentätigkeit vorgeschlagen. Er arbeitete bereits seit drei Jahren im Dienst der inneren Verwaltung und war für seinen außerordentlichen Fleiß und große Gewissenhaftigkeit bekannt. Zuvor hatte er 1 ½ Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen das Bezirksamt Frankenthal geleitet und dadurch umfassende Erfahrung auf dem Gebiet der Verwaltung gesammelt.

[18] Ist am 22. Juli 1869 geboren, wies eine langjährige Berufserfahrung vor und war zu dieser Zeit auf Grund der Personal-Abbauverordnung in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Im Jahr 1895 war Schmid als preußischer Regierungsassessor beschäftigt, 1906 als Regierungsrat und 1912 wurde er zum Oberregierungsrat ernannt. Ab 1919 war er als Ministerialrat im Reichsministerium des Inneren beschäftigt. Während seiner preußischen Dienstzeit war er beim Landratsamt Saarlouis und dem Oberpräsidium in Posen (Preußen) sowie bei der Regierung in Allenstein (Preußen) tätig.

[19] Ist am 13. Juli 1889 geboren. Er beherrschte die englische und französische Sprache. Er hatte Rechtswissenschaft und Nationalökonomie studiert und legte außer der juristischen Doktor-Prüfung in Leipzig das Dolmetscherexamen für Französisch in Grenoble ab. Als Hilfskraft im Dienst des Auswärtigen Amtes arbeitete er 1 ½ Jahre und ging anschließend als Stellvertretender Handelsberater in die Deutsche Gesandtschaft in Stockholm über. Im Mai 1919 wechselte er zur preußischen inneren Verwaltung im Landratsamt Bublitz und war danach im Ministerium des Inneren und beim Oberpräsidium in Magdeburg beschäftigt. Im September 1920 wurde er kommissarischer und nach 1 1/2 Jahren planmäßiger Landrat des Kreises Jerichow II in Genthin. 1922 trat er ins Reichsministerium des Inneren über und 1923 als Ministerialrat in die Planstelle.

[20] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, München, 5. Dezember 1924).

[21] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 4. Dezember 1924).

des Zollwesens zu rekrutieren.[22] Bereiche wie Eigentumsrecht, Steuer-, Versicherungs-, Kataster- und Inspektionswesen sollten mit fünf weiteren Fachleuten besetzt werden (siehe Tabelle 1).[23] Darüber hinaus stellte das Unterrichtsministerium den ungarischen Archäologen Mesaras ein. Weiterhin beauftragte das Innenministerium, wie aus der Tabelle 1 hervorgeht, insgesamt sechs Zivilberater*innen für das Polizeiwesen, das Inspektionswesen, die Stadtverwaltung und das Standesamtswesen.[24] Das Justizministerium wiederum stellte vier ausländische Berater*innen und einen Spezialist*in ein. In verschiedenen Bereichen der Industrie wurden Verhandlungen mit vier Deutschen und zwei Schweizer*innen geführt. Das Eisenbahnwesen wurde mit siebzehn ungarischen, einem russischen und sieben deutschen Ingenieur*innen und Fachleuten besetzt.[25]

Tabelle 1: Deutsche und ausländische Berater*innen in der türkischen Verwaltung[26]

Ministerium	Anzahl	Herkunftsland	Einsatz
Post- und Telegraphenwesen	4	Deutschland	Spezialisten
Finanzministerium	1	USA	Zollwesen
Eigentumsrecht; Versicherungswesen; Katasterwesen; Inspektionswesen	5	Unbekannt	Fachleute
Unterrichtsministerium	1	Ungarn	Archäologie
Landwirtschaftsministerium	11	Ungarn	Unter anderem Spezialisten für Chemie; Spezialisten für Forstwirtschaft, Veterinärwesen
Innenministerium (6)*	3	Österreich	Polizeiwesen
	1	England	Inspektionswesen
	1	Italien	Stadtverwaltung
	1	Belgien	Standesamtswesen
Industrie (6)*	4	Deutschland	verschiedene Zweige

[22] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 4. Dezember 1924).
[23] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 4. Dezember 1924).
[24] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 4. Dezember 1924).
[25] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 4. Dezember 1924).
[26] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 4. Dezember 1924).

	2	Schweiz	verschiedene Zweige
Eisenbahnwesen (25)*	17	Ungarn	17 Ingenieure + Fachleute
	7	Deutschland	7 Ingenieure + Fachleute
	1	Russland	1 Ingenieure

*Stellt die Gesamtanzahl der einzustellenden Personen dar.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, überwog der ungarische Zivilberater*innenanteil sowohl im Eisenbahn- als auch im Landwirtschaftswesen. Hervorzuheben ist, dass von insgesamt 25 einzustellenden Berater*innen mehr als die Hälfte der Ingenieur*innen und Fachleute im Eisenbahnwesen aus Ungarn stammten.

Das Industrieministerium entwickelte Anfang 1925 die Idee für die Gründung einer türkischen Waffenindustrie. Aus diesem Grund bat die türkische Regierung die Firma Junkers darum, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen. In diesem Rahmen kam es in Berlin zu einem Treffen zwischen dem türkischen Oberst Tevfik, dem deutschen Verteidigungsminister Oberleutnant Liebmann und von Düring als Vertreter des deutschen Industrieverbands (Özgüldür 1993: 65). Infolgedessen bestätigte Nadolny dem türkischen Ministerpräsidenten Ismet Pascha die Absicht Deutschlands, die Türkei technisch unterstützen zu wollen (Özgüldür 1993: 65). Dazu schickte das deutsche Verteidigungsministerium de Grahl, Klein und Thomas Brown nach Ankara. Zusätzlich wurde Brown die Aufgabe zugeteilt, die deutsche Regierung über die Entwicklungen und Ereignisse in Ankara zu informieren. Darüber hinaus wurden Baron Oppenheim und Major Senftleben zur Produkteinführung und Beratung der türkischen Rüstungsindustrie nach Ankara entsendet (Özgüldür 1993: 65).

Die Dienstdauer der deutschen Sachverständigen betrug drei Monate. Sie sollten in erster Linie Reformvorschläge für die Verwaltungen machen und Gutachten für die Bereiche allgemeine Finanzlage, Post- und Telegraphenwesen, Eisenbahnen, Pensionskassen, Sparkassenwesen und Städtebau erstellen. Anfänglich ging es der türkischen Regierung hierbei darum, Vorschläge zur Neustrukturierung der Bürokratie zu sammeln. Zusätzlich zu den türkischen Gehaltszahlungen erhielten die Finanz- und Eisenbahnsachverständigen Zuschüsse von der deutschen Reichsbank beziehungsweise Reichsbahngesellschaft.[27] Dies zeigt die strategische Bedeutung der türkischen Eisenbahn für die deutsche Regierung. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach den Gründen für den hohen Anteil an ungarischen Berater*innen im Eisenbahnwesen, die auf Grundlage der uns vorliegenden Quellen jedoch nicht geklärt werden kann. Wie bereits erwähnt, konsultierten bereits die

[27] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 11. Juni 1930).

Osmanen deutsche Zivilberater*innen zur Zollwesensumstrukturierung, was in der republikanischen Ära systematisch fortgesetzt wurde. Mit dieser Thematik befasst sich daer folgende Abschnitt ausführlicher.

Deutsche Zivilberater*innen im Zollwesen bzw. in der Generalzolldirektion

Die Zivilberater*innen im Zollwesen sollten den Ausbau der Generalzolldirektion in Ankara durchführen. Die türkische Regierung benötigte Berater*innen und Beamt*innen, die die zollstatistische Abteilung einrichten und leiten sollten. Insofern stellte der Reichsminister der Finanzen dem Auswärtigen Amt in Berlin fünf geeignete Zivilberater*innen für die administrative Tätigkeit vor.[28] Als Berater*innen für die türkische Generalzolldirektion wurden Oberregierungsrat Erhard Zweck[29] und Regierungsrat Edwin Kuntze[30] empfohlen. Die Berater*innentätigkeiten wurden sowohl von der türkischen Generalzolldirektion als auch von der deutschen Regierung monatlich mit einem Zuschlag in Höhe von 30 Schweizer Franken honoriert.[31] Zusätzlich wurden folgende Beamten zur Errichtung und Leitung der zollstatistischen Abteilung an Kemaleddin Sami Pascha empfohlen: Oberregierungsrat Dr. Walther Felcht[32], Regierungsrat Dr. Georg Emmer[33] und Oberregierungsrat Dr. Paul Hinz[34]. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, sollten die Oberregierungsrät*innen für ihre Tätigkeiten monatlich 3.700 Schweizer Franken erhalten.[35] Verglichen mit den Gehältern der Oberregierungsrät*innen erhielt Regierungsrat Emmer beispielweise ein wesentlich geringeres Gehalt. Nach offiziellen Angaben spielten bei der Gehaltskalkulation persönliche Faktoren wie Familienstand, Alter etc. eine wesentliche Rolle. Bei der Vergütung von George Emmer spiegelt sich das mit einem monatlichen Gehalt in Höhe von 2.400 Schweizer Franken und einem Zuschuss in Höhe von 30 Schweizer Franken von der deutschen Regierung

[28] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 23. Februar 1925).

[29] Oberregierungsrat Erhard Zweck war im Reichsfinanzministerium in Berlin tätig und konnte erst nach Einarbeitung eines Nachfolgers (nach circa zwei Monaten) in die türkischen Dienste übertreten. Zweck arbeitete bereits 1 ½ Jahre als Zolldirektor in Kamerun und als Zollreferent für die Regierung in Buea (Kamerun). Er sprach Portugiesisch, Englisch, Spanisch sowie Französisch.

[30] Regierungsrat Edwin Kuntze war im Landesfinanzamt Brandenburg für Zölle und Verbrauchsausgaben zuständig.

[31] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 23. Februar 1925.

[32] Oberregierungsrat Dr. Walther Flecht, der im Jahre 1910 in die Zollverwaltung eingetreten war, besaß umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Zollstatistik. 1919 arbeitete er als Regierungsrat und anschließend als Oberregierungsrat beim statistischen Reichsamt in Berlin.

[33] Dr. Georg Emmer, unverheiratet und kinderlos.

[34] Er arbeitete 1910 in der Zollverwaltung für indirekte Steuern (Stempel- und Erbschaftssteuern). Im Jahre 1920 wechselte er in die Abteilung für Zölle und Verbrauchsabgaben im Landesfinanzamt Königsberg. (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 23. Februar 1925).

[35] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 23. Februar 1925).

wider.[36] Emmer sammelte sowohl in der Abteilung für Zölle und Verbrauchsabgaben beim Landesfinanzamt in Düsseldorf als auch während seiner Dienstzeit bei der deutschen Botschaft in Konstantinopel bzw. Istanbul (Oktober 1916 bis September 1918) Berufserfahrung. Insofern war er der türkischen Umgangssprache mächtig und konnte sich ebenfalls gut in Englisch und Französisch ausdrücken.[37] Obwohl Emmer, Zweck, Kuntze und Dr. Flecht ungefähr je dreizehn Jahre Berufserfahrungen in der Zollverwaltung gesammelt hatten, gab es keine genaueren Aussagen über die früheren Tätigkeiten von Kuntze.[38]
Wie aus den Unterlagen weiter hervorgeht, wandten sich die Bewerber an den türkischen Generalzolldirektor Adil Bey, um über die Vergütung zu verhandeln.[39] Während die Verhandlungen über die Gehälter andauerten, wurde aus dem deutschen Konsulat in Monrovia die Information vermeldet, dass der amerikanische Staatsangehörige de la Rue, der für die Generalzolleinnehmer der Republik Liberia beschäftigt und früher schon einmal für die türkische Regierung tätig war, das Zollwesen in der Türkei neu zu organisieren. Seine Tätigkeiten sollten laut dem deutschen Konsulat in Monrovia mit einem jährlichen Gehalt in Höhe von 9.000 Dollar vergütet werden.[40] Diese Spekulationen wurden jedoch von Nadolny entkräftet.[41] Einerseits durch den Zuschuss der deutschen Regierung und andererseits durch die Spekulationen aus Monrovia wird deutlich, dass die deutschen Zivilberater im türkischen Zollwesen eine bedeutende Rolle für die deutsche Regierung spielten. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist, wurden insgesamt fünf Zivilberater für das türkische Zollwesen vorgeschlagen.

[36] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 23. Februar 1925.
[37] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 23. Februar 1925).
[38] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 17. Februar 1925).
[39] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 17. Februar 1925).
[40] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 17. März 1925).
[41] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 13. April 1925.

Tabelle 2: Vorgeschlagene Berater für das türkische Zollwesen

Berater für die türkische Generalzolldirektion	Oberregierungsrat Erhard Zweck	Gehalt: 3.700 CHF + 30 CHF von Deutscher Regierung
Berater für die türkische Generalzolldirektion	Regierungsrat Edwin Kuntze	Gehalt: 3.200 CHF + 30 CHF von Deutscher Regierung
Errichtung und Leitung der zollstatistischen Abteilung	Oberregierungsrat Dr. Walther Felcht	Gehalt: 3.700 CHF + 30 CHF von Deutscher Regierung
Errichtung und Leitung der zollstatistischen Abteilung	Oberregierungsrat Dr. Paul Hinz	Gehalt: 3.700 CHF + 30 CHF von Deutscher Regierung
Errichtung und Leitung der zollstatistischen Abteilung	Regierungsrat Dr. Georg Emmer	Gehalt: 2.400 CHF + 30 CHF von Deutscher Regierung

Datenquelle: Eigene Darstellung der Autor*innen.[42]

Die Entlohnung von Oberregierungs- und Regierungsräten weist Gehaltsdefizite auf, welche sowohl auf den akademischen Grad als auch auf weitere Faktoren wie beispielsweise Familienstand zurückzuführen sind.

Deutsche Zivilberater*innen in der Vermessungsabteilung und den Landesaufnahmen in Ankara

Die unter der Leitung von Kâzım Pascha geführte Vermessungsabteilung wurde mit drei weiteren Zivilberatern wie Dr. Ing. Hermann Lüscher, Zorer und Roethig besetzt. Für die luftfotogrammetrischen Arbeiten der Landesaufnahmen wurden Flugzeuge des deutschen Herstellers „Junkers“ genutzt. In seiner Dienstzeit ließ Lüscher für die terrestrischen Arbeiten Apparate mit einem Auftragswert in Höhe von 20.000 Deutscher Mark bestellen.[43] Kurz vor dem Ablauf seines Arbeitsvertrages zum 1. Januar 1928 bot ihm Oberregierungsrat von Langendorff eine Fe-

[42] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 23 Februar 1925).
[43] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 10. April 1928).

steinstellung in der Heeresvermessungsstelle im Reichswehrministerium mit Pensionsberechtigung an.[44] Lüscher, Zorer und Roethig schieden aus den türkischen Diensten aus. Wie aus der Tabelle 3 zu entnehmen ist, wurden vier Bewerber als Berater für die Vermessungsabteilung vorgeschlagen. Dadurch sollte ein reibungsloser Ablauf gewährt und das Aufkommen von Konkurrenten ausgeschlossen werden.[45]

Tabelle 3: Vorgeschlagene Zivilberater für die Vermessungsabteilung[46]

Name des Bewerbers	Bisheriger Arbeitsplatz	Deutsche Staatsangehörigkeit
Obersleutnant Albrecht Spiess	Hauptbildstelle des Reichswehrministeriums	Ja
Heilmaier	Photogrammetrie GmbH München	Ja
Manck	Militärgeographische Institution Madrid	Nein
Von Orell	Zeiss-Werke Jena	Nein

Während drei Zivilberater aus dem türkischen Vermessungswesen ausschieden und Lüscher bereits eine feste Stelle in Deutschland besaß, sind die Gründe des Ausscheidens von Zorer und Roethig nicht bekannt. Hervorzuheben ist, dass die vier vorgeschlagenen Zivilberater für das Vermessungswesen eine Unterbrechung der Arbeiten verhindern sollten. Es ist anzumerken, dass zwei von den Bewerbern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und auch keine weiteren Angaben über ihrer Staatsangehörigkeit gemacht wurden (vgl. Tabelle 3).

Deutsche Zivilberater*innen zur Neugestaltung der Infrastruktur der Stadt Istanbul (Kanalisation und Feuerwehr)

Die Neugestaltung der Infrastrukturen in Istanbul im Jahre 1932 (z.B. die Kanalisationsprojekte und das Feuerwehrwesen der Stadtgebiete Pera und Galata) wurde mit deutschen Berater*innen ausgeführt. Bereits 1927 engagierte die Stadt Istanbul die Firma Wayss & Freytag A. G. für ein Kanalisationsprojekt, dessen Bauzeit auf 10 Jahre festgelegt wurde. Die Kosten des Projekts beliefen sich auf etwa 7,5 Millionen türkische Lira.[47] Für die Ausarbeitung des Kanalisationsprojektes im Jahre

[44] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Therapia, 4. Oktober 1927).
[45] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 29. November 1927).
[46] (Aus dem Archivmaterial PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 29. November 1927).
[47] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Istanbul, 8. Juni 1932).

1927 beauftragte die Firma den Berliner Oberbaurat Hans Wild, der durch die Errichtung der Schöneberger Stadtkanalisation bekannt wurde. Aus diesem Grund setzte sich die Stadtpräfektur von Pera und Galata direkt mit Oberbaurat Wild in Verbindung. Darüber hinaus erhoffte sich das deutsche Generalkonsulat in Istanbul, dass mit der Einstellung des Oberbaurates Wild auch der Ausbau der Kanalisationsarbeiten von einer deutschen Firma ausgeführt werden könnte.

Außerdem benötigte die Istanbuler Stadtverwaltung für die Restrukturierung des Feuerwehrwesens ausländische Branddirektor*innen und Feuerwehrsachverständige.[48] Zu diesem Zweck wurde ein neues Budget in Höhe von 5.000 türkischen Lira zur Verfügung gestellt. Die türkischen Botschaften in Berlin und in anderen europäischen Hauptstädten wurden mit der Suche eines geeigneten Zivilberaters beauftragt. Zwei wesentliche Faktoren spielten bei der Auftragsvergabe eine Rolle. Für die Stelle sollten die Bewerber*innen sowohl die besten fachlichen Voraussetzungen erfüllen als auch die geringsten materiellen Ansprüche stellen.[49]

Das deutsche Auswärtige Amt in Berlin leitete die Meldung an die Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik (Akotech) weiter. Infolgedessen setzte Marinebaurat Röflich von der Akotech den Legationsrat Schmidt-Rolke vom Auswärtigen Amt in Berlin über die in Frage kommenden Bewerber*innen in Kenntnis).[50]

Auf Veranlassung des Reichsvereins Deutscher Feuerwehringenieure bewarb sich der Baurat und Branddirektor Bauer aus Ludwigshafen für die Feuerwehrsachverständigenstelle. Der Sachverständige wurde für die Dauer von zwei Monaten für einen Diensteinsatz in der Türkei beauftragt, um ein Gutachten zur Reorganisation des Feuerwehrwesens zu erstellen. Die Feuerwehreinrichtung sollte überprüft und Verbesserungsvorschläge sollten zusammengestellt werden. Bei der Vermittlung von Bauer bat Röflich das Generalkonsulat in Istanbul um Unterstützung. Die Ernennung des Bewerbers sollte bewirken, dass die deutsche Feuerlöschgeräteindustrie von diesem Auftrag profitierte.[51] Ein weiterer Bewerbervorschlag wurde vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden an das Auswärtige Amt in Berlin vermittelt, der den sachverständigen Branddirektor der Stadt Dresden, Ortloph, für diese Tätigkeit für die Dauer von zwei Monaten beurlauben konnte[52].[53]

---

[48] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Istanbul, 3. August 1932; PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 17. August 1932).

[49] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Istanbul, 3. August 1932; PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 17. August 1932).

[50] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 24.August 1932.

[51] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 1. September 1932)

[52] Der Branddirektor Ortloph war 51 Jahre alt und gehörte seit fast 23 Jahren der Dresdner Berufsfeuerwehr an. Nach Abschluss seines Studiums arbeitete er drei Jahre im Konstruktionsbüro der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg als Betriebsleiter. Praxiserfahrung im Feuerlöschwesen sammelte er in Frankfurt, Lübeck, Hamburg und Berlin. Seit 1910 arbeitete er bei der Dresdner Berufsfeuerwehr, wo er 1923 die Leitung übernahm. Orthlop besaß bereits in Sachen Reorganisation des Feuerlösch- und Rettungswesens Erfahrung, die er bei der Dresdner Feuerwehr in allen seinen Teilen durchführte. Seine Aufgaben bezogen sich sowohl auf die Verwaltung des Feuerwehr- und Feuerpo-

Deutsche Spezialist*innen und Berater*innen in der Landwirtschaft und an der landwirtschaftlichen Hochschule

Die erste Anfrage des türkischen Landwirtschaftsministeriums an das Auswärtige Amt in Berlin erfolgte bereits im Dezember 1924, in der das Ministerium um neun Sachverständiger und drei Direktor*innen für die landwirtschaftlichen Mittelschulen in Ankara, Adana und Bursa und einen Berater zur Reorganisation der türkischen Landwirtschaft bat (vgl. Çelik 1982: 79-88).[54] Die Einstellung von deutschen Sachverständigen, Direktor*innen und Berater*innen erfolgte jedoch nicht. Vielmehr wurden, wie aus Tabelle 1 zu entnehmen ist, eine Vielzahl ungarischer Berater*innen (vgl. Yıldırım 2012: 136)[55] und Spezialisten[56] für die Landwirtschaft beauftragt (Yıldırım 2012: 130).

Landwirtschaftsmission Oldenburgs

Nach der Einstellung von Zivilberater*innen für das Landwirtschaftswesen reiste der neue Landwirtschaftsminister Fetih Bey und sein Kollege Sabri Bey im Jahre 1926 nach Europa, „um die Organisation der landwirtschaftlichen Behörden und die öffentlichen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft der wichtigsten Länder des Kontinents kennen zu lernen" (Mangold-Will 2013: 397). Auf dieser Reise machten sie mit dem preußischen Oberregierungsrat Dr. Gustav Oldenburg[57] Bekanntschaft, der im Landwirtschaftsministerium für Bildung- und Forschungswesen beschäftigt war. Der von Oldenburgs Kenntnissen und Leistungen

lizeiamtes, als auch auf eine einheitliche Neugliederung und Ausrüstung des gesamten Feuerlöschwesens der Stadt Dresden einschließlich der Automobilisierung des Fahrzeugparks. Darüber hinaus gestaltete er zuvor den Rettungsdienst durch Einführung neuartiger Pionierfahrzeuge und Feuerlöschboote und baute das städtische Kranken- und Unfallbeförderungswesen und die öffentlichen städtischen Sanitätswachen aus.

[53] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Dresden, 7. September 1932).

[54] In den jungen Jahren der Republik stammte über die Hälfte des Bruttoinlandproduktes aus der Landwirtschaft. Die Wirtschaft war somit von der Landwirtschaft abhängig. Mehr als 70% der Gesamtbevölkerung waren Landwirte wobei 80 % der Bevölkerung ländlich lebte. Um die Wirtschaft voranzutreiben, sollte die Landwirtschaft modernisiert und neu strukturiert werden. Ungarn war bekannt für seine Wiesen- und Weidenexpert*innen und Viehzucht. Der Mangel an neuer Technologie wirkte sich auf die Landnutzung aus, weshalb neuere Methoden und Modelle im landwirtschaftlichen Bereich von enormer Bedeutung waren.

[55] Die ungarischen Vorarbeiter*innen sollten in verschiedenen Ackerbauschulen im Lande beschäftigt werden. Mithin stellte das Landwirtschaftsministerium einen Spezialisten für Chemie, Fortwirtschaft und Veterinärwesen aus Ungarn ein. Die Verhandlungen über drei weitere Professor*innen und acht Fachleute für die Landwirtschaft sowie für das Veterinärwesen liefen noch. Viele der Berater*innen sollten in den verschiedenen Landwirtschaftsschulen in Ankara die Viehzucht vorantreiben, die Landwirtschaft modernisieren und Landwirte ausbilden, um effektive und effiziente Landnutzung betreiben zu können.

[56] Mit den ungarischen Spezialist*innen und Berater*innen im landwirtschaftlichen Bereich stiegen auch die Modernisierungen in Form von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Geräten im Land.

[57] Dr. Gustav Oldenburg absolvierte ein Studium im Land- und Forstwirtschaft in Jena.

beeindruckte Sabri Bey lud ihn in die Türkei ein, damit er sich einen Eindruck über das türkische landwirtschaftliche Bildungswesen verschaffen konnte. Infolgedessen reiste Oldenburg im Jahre 1927 in die Türkei und gab dort Lesungen, die er mit einem ersten Bericht über „das landwirtschaftliche Unterrichtswesen in der Türkei und seine Zukunftsausgaben" zusammenfasste (Mangold-Will 2013: 397). Das Zusammentreffen von Sabri Bey und Oldenburg kann neben der Beauftragung von Berater*innen und Spezialist*innen für das Landwirtschaftswesen zweifellos als eines der wichtigsten Ereignisse im Rahmen der wissenschaftlichen Beziehungen, die schließlich unter der Oldenburg-Mission bekannt wurden, angesehen werden (Türk/Çınar 2013: 51). Da zu jener Zeit Medizin, Naturwissenschaften, Volkswirtschaft und die Agrarwissenschaft als die renommiertesten Ausbildungsfächer zu betrachten waren, reisten viele junge Türken nach Deutschland, um diese Fächer zu studieren (Mangold-Will 2013: 392). Im Rahmen der Oldenburg-Mission traten neben ungarischen Spezialisten auch 14 deutsche Agrarexperten[58] in den türkischen Dienst über. Die Planung der landwirtschaftlichen Hochschule wurde von Anfang an ausschließlich nach den Vorstellungen Oldenburgs und der deutschen Expert*innen durchgeführt.

Im Rahmen eines Fünfjahresplanes (1933-1937) sollte das Bildungswesen reformiert werden. Der neue Landwirtschaftsminister Reşat Muhlis Erkmen übernahm das Gedankengut seines Vorgängers und führte die Planung und Gründung einer landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara durch (Mangold-Will 2013: 396). Während seines Studiums der Landwirtschaft in Bonn lernte Muhlis Bey bereits den Grünlandforscher Friedrich Falke[59] kennen. Im Rahmen seiner Planungsvorhaben wollte Muhlis Bey ihn als Direktor für die landwirtschaftliche Hochschule gewinnen, da Falke sowohl europaweites Ansehen als auch außerordentliche organisatorische Fähigkeiten aufwies (Mangold-Will 2013: 393).

Die landwirtschaftliche Hochschule in Ankara wurde am 30. Oktober 1933 gegründet und nach ihrem dreijährigen Bestehen schließlich in ein landwirtschaftliches Agrarinstitut (Yüksek Ziraat Enstitüsü) umgewandelt (Mangold-Will 2013: 391). Innerhalb der Bildungsreformen strukturierte Falke die Hochschulverfassung nach dem Vorbild der landwirtschaftlichen Hochschule in Leipzig. Da das gesamte wissenschaftliche Personal aus deutschen Mitarbeitern bestand, wurde in der Schule ausschließlich in deutscher Sprache unterrichtet (Türk/Çınar 2013: 50). Darüber hinaus wurden die naturwissenschaftlichen, technischen, forstwirtschaftlichen und veterinärmedizinischen Fakultäten errichtet.

---

[58] Die Expert*innen erhielten eine Zuzahlung vom Auswärtigen Amt in Höhe von 300 Mark. Zum späteren Zeitpunkt waren von den 14 Experten nur noch 3 Personen tätig.

[59] Professur für Landwirtschaft, beschäftigt in Leipzig, wechselte 1918 in die sächsische Ministerialbürokratie. Er reorganisierte das landwirtschaftliche Schulwesen und die Beratungsdienste für Landwirte und gründete die erste arbeitswissenschaftliche Versuchsanstalt der Welt. 1920 kehrte er an die Universität zurück. Er arbeitete seit 1920 als Ordinariat am Lehrstuhl für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Alma Mater Lipsiensis in Deutschland. 1921 leitete er den Fachausschuss für Landwirtschaft der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. 1929 wurde er Rektor an der Hochschule.

Im Rahmen der Oldenburg-Mission sollten weitere Institute z. B. für Pflanzenbau, Pflanzenzüchtung, Garten-, Obst-, und Weinbau, Tierzucht und Milchwirtschaft, Agrikulturchemie, Bodenkunde, Pflanzenschutz und Wasserwirtschaft eingerichtet werden (Mangold-Will 2013: 407-408). Entgegen der ursprünglichen Planung setzt sich Dr. Wendt für die Einrichtung eines landwirtschaftlichen Betriebslehreinstitutes ein.

Zwei Jahre nach Gründung der landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara wurden sowohl Falke und sein Assistent Dr. Friedrich als auch zehn nationalsozialistische Lehrkräfte entlassen. Wie aus einem Bericht der deutschen Botschaft in Ankara aus dem Jahre 1935 hervorgeht, wurde mit der Entlassung von Falke befürchtet, dass der nationalsozialistische Lehrkräfteeinfluss durch jüdische Lehrkräfte in der landwirtschaftlichen Hochschule ersetzt werden könnte.[60] Nach der Machtübernahme Adolf Hitlers erwies es sich für viele jüdische Professoren und Gelehrte als schwierig, in Deutschland ihre Berufe auszuüben, was zur Gründung der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland führte.

Deutsche Professor*innen an der Istanbuler Universität

Die im Rahmen des Fünfjahresplanes (1933-1937) beginnende und auf einem Gutachten eines US-Amerikaners basierende Bildungsreform aus dem Jahr 1933 sollte mit Hilfe von westlichen Spezialisten durchgeführt werden. Um die gleiche Zeit wurde in Deutschland von den Nationalsozialisten kurz nach ihrer Machtübernahme ein "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" eingeführt (Üner 2016: 125). Dies hatte zur Folge, dass rund 2.000 jüdische Wissenschaftler*innen sowie politische Gegner*innen ihre Arbeitsplätze an Universitäten, Hochschulen sowie Instituten verloren. Unter ihnen befand sich auch der deutsche Wissenschaftler Philipp Schwartz, der schließlich in die Schweiz emigrierte und dort die „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland im Jahr 1933" gründete (Üner 2016: 125). In dieser Zeit erfuhr Schwartz von der Hochschulreform des türkischen Staatsgründers M. Kemal Atatürk. Er wandte sich an die türkische Regierung, damit diese im Zusammenhang mit ihren Bildungsreformen deutsche Gelehrte einstellte, die im Rahmen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus deutschen Institutionen ausscheiden mussten.

Für die Handelshochschule in Istanbul, die hauptsächlich in zwei Ausrichtungen (nämlich in eine Fortbildungs- und in eine Handelsschule) aufgeteilt war, wurden drei Schweizer Lehrer*innen in der Fortbildungsschule für kaufmännische Fächer wie Buchführung angestellt.[61]

Die Türkei beschäftigte seit der Machtübernahme Hitlers bereits 30-50 deutsche Professor*innen jüdischer Abstammung an der Universität Istanbul. Wie aus

[60] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Hamburg, 8. Januar 1935).

[61] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Ankara, 17. Dezember 1934).

den Archivalien weiter hervorgeht, „passten sich die jüdischen Professoren gut der türkischen Mentalität an". Diese Professor*innen genossen einen besonders guten Ruf in ihren Fachgebieten, weshalb sie in den prominenten Kreisen der türkischen Gesellschaft hoch angesehen waren.[62] Letztlich führten diese Entwicklungen zu Fällen, in denen jüdische sowie nationalsozialistisch gesinnte Akademiker*innen aus Deutschland an der Universität Istanbul zusammenarbeiteten. So gehörte der dort als Privatdozent tätige deutsche Wissenschaftler Dr. Kurt Bodendor der NSDAP an (Bericht vom Deutschen Generalkonsulat in Istanbul an das Auswärtige Amt in Berlin, 28. Februar 1935, Abteilung III O 1220). Wie weiter aus den Archivalien hervorgeht, war für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in erster Linie wichtig, dass die kulturpolitischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands weiterhin vertreten wurden. Die Verdrängung jüdischer Akademiker*innen aus den türkischen Universitäten wurde nicht zum Ziel der Partei, da diese im Endeffekt den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands stark verbunden waren. So wurde beispielsweise die deutsche Firma Zeiss von der Istanbuler Universität mit einem Buch- und Instrumentenauftrag im Wert von 200.000 Reichsmark beauftragt (Bericht vom Deutschen Generalkonsulat in Istanbul an das Auswärtige Amt in Berlin, 28. Februar 1935, Abteilung III O 1220).

Sachverständiger im türkischen Wirtschaftsministerium – Dr. Max von der Porten

Bei den Reformen setzte sich die türkische Regierung mit dem ehemaligen deutschen Wirtschaftsminister Hain, dem Staatssekretär Staudinger und Professor Brandt in Verbindung, um sie für eine Sachverständigentätigkeit in der Türkei zu gewinnen. Wie aus einem Bericht vom 31. Oktober 1934 hervorgeht, lehnten diese das Angebot ab. Von der Porten, Elsass[63], Bade sowie Willbrandt stimmten einer Tätigkeit in türkischen Diensten wiederum zu.

Das türkische Wirtschaftsministerium wollte neun Sachverständige für ihre Dienste berufen und kontaktierte in diesem Zusammenhang auch die „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland" von Philipp Schwartz. Der Generaldirektor des Handelswesens reiste persönlich nach Zürich, um dort mit 36 Professor*innen zu verhandeln. Die einzustellenden Personen sollten Gutachten zur Wirtschaft, Elektrifizierung, zu Hüttenwerken, Chemie und zum Versicherungswesen erstellen.[64] Diese Sachverständiger*innen sollten hierbei dem Wirtschaftsministerium unterstehen, wohingegen die anderen einzustellenden Personen wiederum dem Landwirtschaftsministerium zugeordnet werden sollten. Eine der wichtigsten Persönlichkeiten im Rahmen der damaligen deutsch-türkischen Wirt-

[62] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Hamburg, 8. Januar 1935).
[63] Der ehemaliger Bürgermeister Elsass sollte 850 türkische Lira steuerfrei erhalten.
[64] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Ankara, 4. Dezember 1934).

schaftsbeziehung war Dr. Max von der Porten. An dieser Stelle muss unterstrichen werden, dass er dem Auswärtigen Amt in Berlin vor seinem Eintritt in den türkischen Dienst versprach, die deutschen Belange in der türkischen Wirtschaft zu fördern.[65] Bei der Vermittlung von Aufträgen für deutsche Firmen, die aus wirtschaftlichen oder industriellen Interessen nach Ankara kamen, war er unersetzlich. Sie wurden in vielen Fällen entweder vom Auswärtigen Amt in Berlin oder von der Deutschen Botschaft in Ankara an von der Porten vermittelt. Zudem besaß er einen guten Ruf in der türkischen Gesellschaft. Darüber hinaus erhielt er vom Wirtschaftsminister Celal Bayar den Titel eines Chefsachverständigen,[66] Schließlich nutzte von der Porten alle Mittel, um die deutsche Wirtschaft und die deutschen Interessen in der Türkei zu fördern. So gelang es ihm in vielen Fällen, die ausländische Konkurrenz in der Türkei zu verdrängen. Im Wesentlichen stellte er der türkischen Regierung vor seinem Eintritt in den türkischen Dienst folgende Bedingungen: Zum einen wollte er mit besonderen Vollmachten ausgestattet und unmittelbar dem Ministerpräsident Ismet Pascha unterstellt werden, zum anderen forderte er ein monatliches Gehalt von 2.000 türkischen Lira steuerfrei zu erhalten.

Resümee

Die Zielsetzung des vorliegenden Artikels war es, in erster Linie den Forschungsstand im Hinblick auf die zivilen Berater*innen und Sachverständigenfunktionen während der frührepublikanischen Ära in der Türkei im Rahmen der deutsch-türkischen Beziehungen zu erweitern. Die vorliegende Untersuchung soll hierbei Aufschluss darüber geben, in welchem Rahmen die deutschen Zivilberater*innen bei der Umstrukturierung des Staatsapparates der jungen türkischen Republik von 1924 bis 1936 in verschiedenen Sektoren der staatlichen Institutionen bzw. unterschiedlichen Bereichen der Ministerien und Verwaltungen tätig waren, die z. B. das Zoll-, Vermessungs-, Post-, Telegraphen-, Industrie-, Eisenbahn-, Landwirtschafts- und Bildungswesen umfassen, und wie die Vermittlungen dieser Tätigkeiten zustande kamen.

Es ist anzumerken, dass es nach dem Abschluss des Freundschaftsvertrages von 1924 zwischen den beiden Ländern in erster Linie um die Stabilisierung der bilateralen Beziehungen ging, was gerade durch den Prozess der ersten Annäherungen im Hinblick auf die Vermittlung von Zivilberater*innenn und Sachverständigen offensichtlich wurde. Die für die deutsche Regierung außen- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Entsendung von deutschen Zivilberater*innen in die Türkei wird unter anderem durch die Zahlung von zusätzlichen Zuschüssen zum Gehalt der Zivilberater*innen seitens Deutschlands und durch den Schriftverkehr zwischen dem Auswärtigen Amt in Berlin und der deutschen Botschaft in

[65] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Ankara, 14. Dezember 1934).
[66] (PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Ankara, 14. Dezember 1934).

Istanbul deutlich und zeigt die Bestrebungen, die ausländische Konkurrenz zu verdrängen.

Ein Aspekt, der durch diese Arbeit nicht geklärt werden konnte, ist der Anteil der ungarischen Zivilberater in den für die deutsche Regierung als strategisch wichtig angesehenen Verwaltungsbereichen wie dem Eisenbahn- und Landwirtschaftswesen. Im Verlauf der Arbeit, im Wesentlichen jedoch im zweiten Teil, wurde ebenfalls deutlich, dass der deutschen Beraterfunktion im Ausland auch während des Nationalsozialismus eine strategische und ökonomische Bedeutung beigemessen wurde. Wie in Tabelle 1 zu erkennen ist, konnte darüber hinaus herausgearbeitet werden, dass der dominante ungarische Berateranteil in der Landwirtschaft infolge der Oldenburger-Mission zugunsten einer deutschen Hegemonie marginalisiert werden konnte.

Zusammenfassend lassen sich folgende Ergebnisse festhalten: Die türkische Regierung betrachtete die Zivilberater*innen in erster Linie als Wegweiser für neue Ideen zur transformativen Umstrukturierung und der damit verbundenen strukturellen und logistischen Weiterentwicklung der türkischen Verwaltungen und Ministerien. Hierbei wurden einige Zivilberater*innen für einen kurzen Zeitraum zur Erstellung von Gutachten in die türkischen Dienste aufgenommen. Andere deutsche Expert*innen waren wiederum für eine längere Zeit als Instrukteur*innen in türkischen Diensten tätig, was sich gerade am Beispiel der Landwirtschaftsmission verdeutlicht. Im Rahmen des vorliegenden Artikels konnte jedoch nicht wesentlich geklärt werden, welche Ideen und Erneuerungen der deutschen Zivilberater*innen letzten Endes in die Reorganisation des Staatsapparates eingegangen sind. Die Arbeiten der Zivilberater und dabei ganz besonders die der Landwirtschaftsmission Oldenburgs hatten jedoch einen erheblichen Beitrag und eine nachhaltige Veränderung im Bildungswesen bewirken können, was z. B. bei der Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Hochschule Ankara zu einem Agrarinstitut deutlich wurde. Darüber hinaus wurden in diesem Rahmen weitere neue Institutionen und Abteilungen im Bereich der landwirtschaftlichen Hochschule eingeführt.

Während des Nationalsozialismus zeigt sich, dass die vormals überwiegend nichtjüdischen deutschen Zivilberater im Bildungswesen im Rahmen der „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“ zunehmend durch jüdische Professoren aus Deutschland ersetzt wurden und dabei zum Teil deutsch-jüdische Wissenschaftler mit nationalsozialistisch orientierten Akademikern aus Deutschland zusammengearbeitet haben.

Literatur

Akdağ, Ömer (2008): „Cumhuriyet´in İlk Yıllarında Eğitim Alanında Yabancı Uzman İstihdamı (1923-40)“, in: *Uşak Üniversitesi Sosyal Bilimer Dergisi*, 45-77.

Avci, Meral (Hg.) (2014): *Die türkisch-deutschen Wirtschaftsbeziehugen in den Jahren von 1923 bis 1945 unter Beachtung der politischen Entwicklung*, Aachen.

Bursalıoğlu, Ziya (1982): „Atatürk Dönemi Eğitim Politikası. Atatürk Dönemi Ekonomik Politikası ve Türkiye´nin Ekonomik Gelişmesi Semineri“, in: *Üniversitesi Siyasal Bilgiler Fakültesi Yayınları Ankara* (513), 185-190.

Çelik Aruoba (1982): „Cumhuriyet´in Kuruluş Yıllarında Türkiye´nin Tarımsal Yapısı ve Tarıma Yönelik Politikalar. Atatürk Dönemi Ekonomik Politikası ve Türkiye´nin Ekonomik Gelişmesi“, in: *Üniversitesi Siyasal Bilgiler Fakültesi Yayınları Ankara* (513), 79-88.

Çolak, Çağrı D. (2016): „Osmanlı İmparatorluğu´ndaki idari refrom hareketleri üzerinde bir değerlendirme“, in: *Akademik Sosyal Araştırmalar Dergisi* (4/23), 397-416.

Ergün, Mustafa (1992): „Die deutsch-türkischen Erziehungsbeziehungen während des Ersten Weltkrieges“, verfügbar unter: http://mustafaergun.com.tr/wordpress/wp-content/uploads/2015/11/erziehungsbeziehungen.pdf [letztes Zugriffsdatum: 01.08.2018].

Erichsen, Regine (2007): „Wissenschaftstransfer als Element der deutsch-türkischen Beziehungen bis um Ende des II. Weltkrieges Arbeits- und Diskussionspapier, Deutsch-Türkische Wissenschaftskooperation“, verfügbar unter: https://www.humboldt-foundation.de/pls/web/docs/F1685/tuerkei.pdf. [letztes Zugriffsdatum: 01.08.2018].

Gezer Baylı, Gülnaz (2013): „Türkiye´de istihdam edilen Fransız uzmanlar ve türk modernleşmesine katkıları“, verfügbar unter: http://www.openaccess.hacettepe.edu.tr:8080/xmlui/handle/11655/1942 [letztes Zugriffsdatum: 01.08.2018].

Hartmann, Elke (2016): „Das Dilemma der Reform- die Arbeit der deutschen Militärmissionen im Osmanischen Reich in der Zeit Sultan Abdülhamids II. zwischen Kulturdifferenz und Interessendivergenz“, in: Yavuz Köse (Hg.): *Osmanen in Hamburg – eine Beziehungsgeschichte zur Zeit des Ersten Weltkrieges*, Hamburg, 69-88.

Hühner, Tuncer (2014): „Das Osmanische Reich und das europäische Konzert der Mächte“, in: v. Arntz et al. (Hg.): *Die Türkei, der deutsche Sprachraum und Europa: Multidisziplinäre Zugänge*, Wien, 103-127.

Jäschke, Gotthard (1936): „Ankara, die Hauptstadt der türkischen Republik“, in: *Die moderne Türkei, Europäische Revue*, (XII.), 457-462.

Koçak, Cemil (Hg.) (2013): *Türk-Alman ilişkileri (1923-1939). İki Dünya Savaşı Arasındaki Dönemde Siyasal. Kültürel, Askeri ve Ekonomik İlişkiler*, Ankara.

Köçer, Mehmet & Egüz, Şule (2013): „Atatürk Dönemi Türkiye-Fransa Eğitim İlişkileri“, in: *International Periodical For the Languages, Literature and History of Turkish or Turkic*, (8/10), 387-393.

Mangold-Will, Sabine (Hg.) (2013): *Begrenzte Freundschaft: Deutschland und die Türkei 1918-1933*, Göttingen.

Marcinkowski, Marcin (2007): *Die Entwicklung des Osmanischen Reiches zwischen 1839 und 1908. Reformbestrebungen und Modernisierungsversuche im Spiegel der deutschsprachigen Literatur*, Berlin.

Moser , Brigitte/Weithmann, Michael (Hg.) (2002): *Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten*, Regensburg.

Nadolny, Rudolf (1936): „Zehn Jahre türkische Außenpolitik“, in: *Die moderne Türkei, Europäische Revue*, (XII.), 449-456.

Ortaylı, İlber (Hg.) (1998): *Osmanlı İmparatorluğu'nda Alman Nüfuzu*, Istanbul.

Öncü, Edip (2003): *The Beginnings of Ottoman-German Partnership: Diplomatic and Military Relations Between Germany and The Ottoman Empire Before the First World War*, Unveröffentlichte Masterarbeit, Universität Bilkent.

Özgül, Can Giray (2015): „Städtische Reformen in der frühen republikanischen Ära“, in: Heinz Reif et al. (Hg.): *Herausforderung und Inspiration: Ernst Reuter als Stadtreformer in der Türkei. Challenges and inspiration*, 61-79.

Özgüldür, Yavuz (Hg.) (1993): *Türk-Alman ilişkileri: (1923-1945),* Ankara.

Türk, Fahri (Hg.) (2007): *Die deutsche Rüstungsindustrie in ihren Türkeigeschäften zwischen 1871 und 1914. Die Forma Krupp, die Waffenfabrik Mauser und die Deutschen Waffen- und Munutionsfabriken*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien.

Türk, Fahri/Çınar, Servet (2013): „Türkiye ile Almanya Arasindaki Bilimsel iliskiler: Türk-Alman Üniversiteleri“, in: *Akademik Bakış Uluslararası Hakemli Sosyal Bilimler Dergisi* (7/13), 45-65.

Türk, Mustafa Şahin (1998): „Eğitim Sisteminde Yabancı Eğitim Uzmanlarından Yararlanma“, in: Türkiye Ekonomik ve Toplumsal Tarih Vakfı Orhan Y. Silier (Hg.): *Toplumsal Tarih*, Istanbul, 12-18.

Uyar, Mesut/Erickson, Edward J. (2009): *A Military History of the Ottomans. From Osman to Atatürk*, Santa Barbara, CA.

Üner, Alexandra (Hg.) (2016): *Von der Scharia zum modernen Rechtsstaat: Unter besonderer Berücksichtigung der Haymatlozen,* Frankfurt am Main.

Wallach, Jehuda L. (Hg.) (1976): *Anatomie einer Militärhilfe. Die preußisch-deutschen Militärmissionen in der Türkei 1835–1919,* Düsseldorf.

Yıldırım, Seyfi (2012): „Cumhuriyet Döneminde Türk-Macar ilişkileri Çerçevesinde İstihdam Edilen Macar Uzmanlar", in: *Cumhuriyet Tarihi Araştırmalar Dergisi (*8/15), 122-150.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Angora, 29. Februar 1924.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 21. November 1924.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, München, 5. Dezember 1924.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 4. Dezember 1924.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 23. Februar 1925.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 17. Februar 1925.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 17. März 1925.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 13. April 1925.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Tharapia, 4. Oktober 1927.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 29. November 1927.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Konstantinopel, 10. April 1928.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 11. Juni 1930.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Istanbul, 8. Juni 1932.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Istanbul, 3. August 1932.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 17. August 1932.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 24.August 1932.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Berlin, 1. September 1932.

PA-AA, R78630, Türkei, Bd. 1, Dresden, 7. September 1932.

Núria Codina Solà (2018): Verflochtene Welten. Transkulturalität in den Werken von Najat El Hachmi, Pius Alibek, Emine Sevgi Özdamar und Feridun Zaimoğlu, (324 S.)

Martina Kofer

Während sich über einen langen Zeitraum in der interkulturellen Literaturwissenschaft die Untersuchungen darauf konzentrierten, die Merkmale einer spezifischen ‚Migrationsliteratur' wie z. B. der deutsch-türkischen zu ergründen, ist in letzter Zeit eine Wende hin zu einem komparatistischen Verfahren zu beobachten, das verschiedene ‚migrationsliterarische' Texte unabhängig von nationalen Zuordnungen in Beziehung zueinander setzt und nach transnationalen Ähnlichkeiten von (post)migrantischer Literatur sucht. So geht auch die vorliegende Dissertationsschrift von Núria Codina Solà davon aus, dass transkulturelle literarische Texte vor dem Hintergrund globalisierungsbedingter Vernetzungsprozesse oftmals in Form von zahlreichen Verflechtungen in Relation zueinanderstehen, auch wenn ihre Autor*innen kulturell unterschiedlich verortet sind. Solàs Ansatz unterscheidet sich jedoch von den bisher erschienenen Studien dadurch, dass sie mit Hilfe einer „grenzüberschreitende[n] Perspektive" (12) die Texte nicht nur auf ihre Ähnlichkeiten hin untersucht, sondern die differenten Merkmale ebenso im Blick behält.

Am Beispiel von spanischen, katalanischen und deutsch-türkischen Texten der Migration untersucht sie in ihrer Arbeit diese Relationen und Differenzen in Form einer transkulturellen komparatistischen Studie. Im Zentrum stehen dabei zwanzig Prosatexte von Feridun Zaimoğlu, Emine Sevgi Özdamar, Najat El Hachmi und Pius Alibek der letzten 25 Jahre. Ziel der Untersuchung ist es, die Suche nach es-

sentialistisch-kulturellen Merkmalen von Individuum und gesellschaftlicher Gruppe in der Literatur kritisch zu hinterfragen. Dabei wendet sich die Autorin gegen eine thematisch wie ästhetische Begrenzung transkultureller literarischer Texte und plädiert für eine dehnbare Definition transkultureller Literatur, die Abweichungen mitberücksichtigt.

Die methodisch in der kulturwissenschaftlichen Literaturwissenschaft verortete Arbeit versucht den jeweiligen historischen Hintergründen gerecht zu werden, indem sie das literaturgeschichtliche Generationenmodell und das von Deleuze und Guattari entwickelte Rhizom-Modell miteinander verbindet. Während auf diese Weise Solà zufolge einerseits Generationenkonflikte analysiert werden können, können andererseits mit Hilfe des rhizomatischen Modells Ungleichzeitigkeiten und Asymmetrien einer spezifischen Autor*innengeneratiom analysiert werden. Dabei zeigen Solàs Analysen, dass die vorhandenen kontextübergreifenden Narrative weder in einer linearen noch in einer additiven Korrelation zueinanderstehen. Sie kommt von daher zu dem Schluss, dass sich „die Geschichte der europäischen transkulturellen Literatur sowohl als Genealogie wie auch als Rhizom und demnach als gleichermaßen von Ähnlichkeit wie von Differenz geprägt verstehen [lässt].“ (292)

Gegliedert ist die Arbeit in einen theoretischen Teil, der die bisherigen Definitionsansätze transkultureller Literatur erläutert und erweitert (I), Überlegungen zu einer transkulturellen Literaturgeschichte anhand des rhizomatischen Modells von Deleuze/Guattari anstellt (II) und schließlich die intertextuelle Dimension von Transkulturalität unter Beweis stellt (III).

In den einleitenden theoretischen Überlegungen setzt sich Solà insbesondere mit einer genaueren theoretischen Bestimmung von transkultureller Literatur auseinander. Dabei zeigt die transkulturelle Literatur in Spanien und Katalonien ihr zufolge, dass eine nationalphilologisch orientierte Herangehensweise die diskursiven literaturgeschichtlichen (Un-)Gleichzeitigkeiten nicht erfassen kann. Von daher plädiert sie für ein flexibles Konzept transkultureller Literaturgeschichte, das sich nicht nur auf das Modell der Generationenunterschiede bezieht. In Anlehnung an Deleuze/Guattari favorisiert sie stattdessen eine „nomadische, rhizomatische“ Konzeptualisierung von Literaturgeschichte, die dabei hilft, „Literatur als ‚Verkettung‘ und nicht als ‚Ideologie‘ zu betrachten“ und die es vermeidet, „literarische Transformationen anhand einer Fortschrittslinie zu beschreiben“ (73).

Transkulturalität wird hier in Anlehnung an Kristevas dreidimensionales ‚Modell der Architektur der poetischen Bedeutung‘ verstanden als eine spezifische Form der Intertextualität, die in ihrer transkulturellen Eigenart gleichermaßen Nähe und Distanz zu anderen Texten und in der Ähnlichkeit immer auch einen Aspekt von Differenz aufweist. Kristevas „Theorie legt dar, dass ein Text weniger über die Instanz des Autors als über die literarischen Bezüge zu anderen Texten zu verstehen ist, vermag aber nicht die Textualität der Kultur und die Beziehungen von Texten zu ihren Kontexten weitergehend zu erfassen und in ihrem Modell sichtbar zu machen“ (90). Diese Übertragung wird indes von Solà geleistet.

Im textanalytischen Teil werden die Texte unter den drei Aspekten Geschlecht, Körper und Sexualität (I), Raum (II) und Sprache (III) untersucht. In (I) wird deutlich, dass die in den Texten dargestellten Entwürfe von Weiblichkeit und Männlichkeit den dominierenden vereinheitlichend-kulturalistischen Geschlechterbildern widersprechen. Dabei weist Solà plausibel nach, dass in Texten Özdamars wie El Hachmis die symbolische Verbindung des männlichen Prinzips mit Geist und Schriftlichkeit und des weiblichen mit Natur und Mündlichkeit unterlaufen wird. Männlichkeit gewinnt hingegen vor allem bei Pius Alibek und in den romantisch orientierten Texten von Feridun Zaimoğlu eine Hinwendung zu Emotionalität und Religiosität und verabschiedet sich vom Bild des grausamen Patriarchen. So konstatiert Solà, dass Geschlechterkonflikte kulturelle Konflikte überlagern. Jedoch bleiben dabei die Geschlechtergrenzen im Vergleich zu den sich auflösenden kulturellen und sprachlichen Grenzziehungen in starrer Form bestehen.

In (II) wird deutlich, dass verschiedene Räume wie Herkunftsland der Eltern, Provinzstädte und Nicht-Orte in den untersuchten Texten unterschiedlich gewichtet sind, aber oftmals ähnlich literarisch konstruiert sind. Dabei beobachtet die Autorin, dass die Raum-Zeit-Relation im Text dominiert und eine emotionale und reflektierte Ich-Perspektive vor der Bedeutung des Raums in den Hintergrund rückt. Während in einigen Texten wie *Die Brücke vom goldenen Horn* oder *La filla estrangera* Verbindungslinien zwischen dem Raum der ‚alten' und dem der ‚neuen' Welt gezogen werden, die gleichzeitig Unterschiede sprachlicher, geschlechts- und generationsspezifischer Art ans Tageslicht bringen, gehen in Texten wie *El dol del quetzal* und *Häute* naher und ferner, realer und imaginärer Raum ineinander über. Dabei ist nicht nur eine Identifizierung mit einem globalen Nomadentum zu beobachten, vielmehr gewinnt auch das Lokale, die provinzielle Kleinstadt oder das Arbeiterviertel an Bedeutung, was die Glokalität der Globalisierung verdeutlicht. Für alle Texte zieht Solà das Fazit, dass dichotomische Raumeinteilungen einer gewebeartigen, simultanen Vorstellung von Raum weichen.

In (III) geht die Autorin insbesondere der Dekonstruktion des Systems ‚Muttersprache' und der literarischen Verhandlung von Vielsprachigkeit in den Texten nach. Dabei wird eine Spannbreite deutlich, die von der Kritik der „Rolle der Mutter als Garantin der nationalstaatlichen Ideologie" (221) und der Standardsprache (Özdamar) über den Zusammenhang von Analphabetentum, Oralität und weiblicher Unterordnung (El Hachmi) bis zum Verständnis von Fremdsprache als Vatersprache (Zaimoğlu) reicht. Gemeinsam ist den Texten eine „Entideologisierung der Sprache" (252), die bei Zaimoğlu und Alibek vor allem in einer Kritik der „religiöse[n] Instrumentalisierung von Sprache" (252) mündet und bei El Hachmi und Özdamar die Trias Nation-Nationalsprache-Volk dekonstruiert. Vielsprachigkeit manifestiert sich hier in allen Texten als latentes Wissen, das hierarchische Dimensionen von Sprachigkeiten aufhebt und der angeblichen Reinheit von Muttersprache widerspricht.

An Solàs Studie imponiert vor allem der souveräne Umgang mit einem immensen Textkorpus, mit dem die Autorin geradezu zu jonglieren weiß. Auf seziereri-

sche Art und Weise nimmt sie die Texte auseinander, um sie dann im Vergleich wieder neu zusammenzufügen. Dabei verliert sie nie aus dem Auge, Ähnlichkeiten und Differenz in den Analysen gleich zu gewichten. Insbesondere die analytischen Kapitel (I) und (III) erweitern die Rezeption der mittlerweile kanonischen Texte von Zaimoğlu und Özdamar um eine gewinnbringende neue Perspektive. Es regt sich lediglich ein leiser Zweifel, ob die herausgearbeiteten Ähnlichkeiten der Texte als so unerwartet vorausgesetzt werden können, wie die Autorin den Anschein erwecken lässt, da alle Autor*innen einen engen Bezug zum ‚orientalischen' Raum haben. Das ändert jedoch nichts daran, dass Núria Codina Solàs Arbeit den Eindruck einer ebenso überzeugenden wie konsequent umgesetzten methodischen Herangehensweise hinterlässt, die sowohl auf theoretischer als auch auf analytischer Ebene einen Gewinn für die transkulturelle bzw. interkulturelle Literaturwissenschaft darstellt.

Workshop *Turkish in Europe*

Lilia Kolonko

Die Universität Hildesheim veranstaltete am 5. Juli 2019 unter Leitung von Elke Montanari den internationalen Workshop *Turkish in Europe*. Wissenschaftler verschiedener Fachdisziplinen diskutierten die aktuellen Variationen, Verwendungen und Bedeutungen des Türkischen im europäischen Raum. Forscher, die zurzeit an Universitäten in Oslo, Istanbul, Reading, Poznań, Berlin, Potsdam, Hamburg und Hildesheim angesiedelt sind, stellten Ergebnisse aktueller Forschungsprojekte vor und diskutierten über weitere wissenschaftliche und gesellschaftliche Handlungsfelder.

Gülşen Yılmaz von der Humboldt-Universität zu Berlin beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit dem Titel „How much Variation Disqualifies the Heritage Speaker‘s Nativeness?“. Christoph Schroeder und Kateryna Iefremenko von der Universität Potsdam gingen in ihrem Vortrag mit dem Titel „The Post-Verbal Position in Turkish in two Contact Settings: Turkish-German Bilinguals in Germany and Turkish-Kurdish Bilinguals in Turkey“ der Frage nach, wie sich die Satzgliedstellung bei Sprachkontakt nach dem finiten Verb („postverbal position“) ändert. Anhand der Daten des „Research Unit Emerging Grammars“-Projektes zeigt sich, dass Türkisch-Kurdisch Bilinguale in der Türkei weniger „postverbal position“ in gesprochener Sprache verwenden als Türkisch-Sprecher*innen in Deutschland und monolinguale Türkisch-Sprecher*innen in der Türkei.

Işıl Erduyan von der Boğaziçi Universität in der Türkei folgerte in ihrem Vortrag „A Scalar Perspective into Turkish as a Heritage Language Instruction in Germany“, dass bei Untersuchungen zum herkunftssprachlichen Unterricht auch mitberücksichtigt werden müsse, dass durch die fortlaufende Migration von Schü-

ler*innen aus der Türkei und herkunftssprachlichen Lehrer*innen, die bereits einige Jahre in Deutschland leben, Verschiebungen in den zeitlichen Skalen im Gegensatz zu den Sprachfertigkeiten eintreten.

Jeanine Treffers-Daller von der University of Reading im Vereinigten Königreich referierte stellvertretend für ihre Forschergruppe (bestehend aus Zehra Ongun, Julia Hofweber und Michal Korenar) über das Code-Switching-Verhalten von verschiedenen Gruppen türkischer Migrant*innen in dem Vereinigten Königreich. In ihrem Vortrag mit dem Titel „Developing a Turkish-English Code-Switching Frequency Task“ ging es auch darum, inwiefern das Verhalten mit individuellen Fähigkeiten wie Kreativität und Flexibilität sowie persönlichen Faktoren wie Intro- bzw. Extrovertiertheit zusammenhängt.

Jochen Rehbein von der Universität Hamburg stellte in seinem Vortrag „Aspects of the Language of Thinking in Multilingual Turkish“ den Zusammenhang zwischen muttersprachlichem und fachsprachlichem Unterricht am Beispiel des mehrsprachigen Handelns im Mathematikunterricht dar.

Beyhan Ertanır (University of Applied Sciences and Arts Northwestern Switzerland), Jens Kratzmann (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt) und Steffi Sachse (Pädagogische Hochschule Heidelberg) beschäftigten sich in ihrem mit „Dual Language Competencies of Turkish-German Bilingually Developing 3-5-Year-Olds” betitelten Vortrag mit dem bilingualen Sprachvermögen von Kindern im Kindergartenalter.

In dem Vortrag „Enhancing Turkish Language Prestige in Germany: the Role of Turkish Language Education for Heritage Speakers“ befasste sich Yasemin Dayıoğlu-Yücel von der Universität Hildesheim mit dem Sprachprestige des Türkischen für Kinder, die in Deutschland den muttersprachlichen Unterricht besuchen und formulierte Desiderate zur Wertsteigerung der türkischen Sprache in Deutschland in institutionellen und sozialen Kontexten.

Annette Herkenrath von der Universität Poznań stellte in ihrem Vortrag „Shifting towards Turkish in Germany?” einen diskursanalytischen Ansatz vor. Serkan Uygun und Claudia Felser (Universität Potsdam) sprachen über „Subject-Verb Agreement Marking in Turkish Heritage Speakers”.

Abgerundet wurde der intensive Workshop mit einem Roundtable, bei dem die Organisator*innen Fatih Bayram, Michael Daller, Elke G. Montanari, Christoph Schroeder und Jeanine Treffers-Daller mit allen Teilnehmer*innen über weitere Perspektiven für die gemeinsame Forschung und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene diskutierten. Insgesamt fand ein anregender und wertvoller Austausch über regionale und sprachliche Grenzen hinaus statt, an dem sich auch die Generalkonsulin des türkischen Konsulats in Hannover, Banu Malaman, beteiligte.

Forschungszentrum für türkisch-deutsche Studien der Hacettepe Üniversität (HÜTAI)- Ankara/ Türkei

Begüm Kardeş

Das Forschungszentrum für türkisch-deutsche Studien (HÜTAI) bezweckt die Durchführung akademischer Tätigkeiten und Kooperationen, um die Zusammenarbeit zwischen der Türkischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in politischen, ökonomischen, technischen und kulturellen Bereichen zu stärken. Die Gründungssatzung wurde in diesem Jahr im Amtsblatt publiziert.

Während die Zusammenarbeit beider Länder in etlichen Bereichen wie Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Bildung Entwicklungen aufzeigt, gibt es jedoch ebenso Gebiete, in denen noch Förderbedarf besteht. In den letzten Jahren traten einige politische Spannungen zwischen der Türkei und Deutschland auf, die auch Kooperationen in wichtigen Bereichen wie der Wissenschaft und Bildung gefährdeten. Um dem entgegenzuwirken sollten beide Länder an gemeinsamen strategischen, ökonomischen sowie sozialen Fragen und Themen arbeiten. So können die Interessen beider Länder verfolgt und zugleich Risikofaktoren identifiziert und minimiert werden. In der Bundesrepublik sind zahlreiche deutsch-türkische Zentren mit Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen und Vereinen sowie mit universitärer Anbindung aktiv. In der Türkei gab es hingegen noch keine an Universitäten verankerten Zentren in diesem Bereich.

Das Ziel des Forschungszentrums für türkisch-deutsche Studien an der Hacettepe Universität ist es, diese Lücke zu schließen, indem eine akademische Plattform angeboten wird, auf der Experten*innen beider Länder zusammenkommen und

sich über ihre Forschung austauschen. Daher besteht das Verwaltungs- und Beratungskomitee überwiegend aus Akademiker*innen aus Deutschland und der Türkei und repräsentiert viele Bereiche der Wissenschaft. Neben akademischen Einrichtungen gehören Auslandsvertretungen (Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg), einheimische sowie ausländische NGOs, Stiftungen u. ä. zu potentiellen Kooperationspartner*innen des Zentrums. Nicht zuletzt zählen auch akademische Organisationen und Publikationen zu den Zielen.

HÜTAİ wurde im November 2019 mit einem internationalen Kongress für türkisch-deutsche Studien eröffnet. An zwei Tagen wurde eine Vielzahl an Beiträgen zur aktuellen Forschung im deutsch-türkischen Bereich präsentiert, wie beispielsweise Literatur, Politik, Kultur, Kommunikation, Geschichte, Archäologie, Soziologie und Migration. Unterstützt wurde diese Veranstaltung von der deutschen Botschaft in Ankara, der Konrad-Adenauer-Stiftung und vom DAAD Informationszentrum in Ankara. Als erste Publikation des Zentrums wird zum Sommer dieses Jahres ein Sammelband erscheinen, in dem die Kongressbeiträge veröffentlicht werden.

Zudem hat HÜTAİ zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Hacettepe Universität und dem TestDaF-Institut in Bonn beigetragen. Dadurch wurde die Universität zu einem Testzentrum und hat die Genehmigung, Prüfungen im Rahmen des TestDaF durchzuführen.

Geplant ist außerdem eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt München und der Fakultät für klinische Pflege der Hacettepe Universität. Türkisches Pflegepersonal soll schon im Studium vielseitig ausgebildet werden (grundlegende Deutschkenntnisse, kulturelle Wissensvermittlung sowie Fachsprache) und die Möglichkeit erhalten, sich in Deutschland im Rahmen von Erasmus-Abkommen weiterzubilden.

Zu den langfristigen Plänen zählen interuniversitäre und institutionelle Kooperationen. Ein Masterprogramm zu deutsch-türkischen Studien wird beispielsweise an der Hacettepe Universität bislang nicht angeboten. Dies soll sich mithilfe des Zentrums ändern. Rahmen und Inhalt des Masterprogramms werden derzeit diskutiert.

Beiträger*innen

Bazarkaya, Onur: Assoc. Prof., Tekirdağ Namık Kemal Üniversitesi; Arbeitsschwerpunkte: Literatur um 1800, Literatur der Moderne, Theorien und Methoden der Literaturwissenschaft

Dayıoğlu-Yücel, Yasemin: Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Hildesheim; Arbeitsschwerpunkte: Interkulturelle Literaturwissenschaft, Environmental Humanities, Literatur und Digitale Medien

Erduyan, Işıl: Assistant Prof., Boğaziçi University, İstanbul; Research Areas: Multilingualism, Identity, Linguistic Ethnography

Graumann, Andrea: Dr., Universität Paderborn; Arbeitsschwerpunkte: Linguistik, linguistische Diskursanalyse, Sprache im Nationalsozialismus

Gülistan Gürbey: Privatdozentin Dr. habil., Freie Universität Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Frieden und Konflikt, Naher Osten mit Fokus auf Türkei, Zypern, De Facto Staaten, Internationaler Schutz von Minderheiten

Hofmann, Michael: Prof. Dr., Universität Paderborn; Arbeitsschwerpunkte: Literatur der Aufklärung und der Weimarer Klassik, Interkulturelle Literaturwissenschaft, deutsch-türkische Literatur

Kardeş, Begüm: Doktorandin, Hacettepe Üniversitesi Ankara; Arbeitsschwerpunkte: Transnationale Migration, deutsch-georgische u. deutsch-türkische Literatur

Kaya, Ayhan: Prof. Dr., Istanbul Bilgi University; Research Areas: Migration Studies, Youth Cultures, Radicalization

Kofer, Martina: M.A., Universität Magdeburg; Arbeitsschwerpunkte: Interkulturelle Literaturwissenschaft- und didaktik, (literarische) Mehrsprachigkeit, Literatur im DaZ-Unterricht

Kolonko, Lilia: Universität Hildesheim; Masterstudium Deutsch als Zweitsprache/Fremdsprache und Lehramt

Laut, Jens Peter: Prof. Dr., Universität Göttingen; Arbeitsschwerpunkte: Vor- und frühislamisches türkisches Zentralasien, Kemalismus, moderne türkische Literatur

Markewitz, Friedrich: Dr., Universität Paderborn; Arbeitsschwerpunkte: (historische) Diskurslinguistik, Text(sorten)linguistik, Widerstandskommunikation

Ozil, Seyda: Prof. Dr., Istanbul Üniversitesi; Arbeitsschwerpunkte: Deutsch-türkische Studien, angewandte Sprachwissenschaft, Grammatik und Syntax

Şanda, Sevda: Doktorandin, Trakya Üniversitesi; Arbeitsschwerpunkte: deutsch-zentralasiatische Beziehungen

Türk, Fahri: Assoc. Prof., Trakya Üniversitesi; Arbeitsschwerpunkte: Zentralasien, Kaukasus, Außenpolitik der Türkei in Bezug auf Zentralasien und deutsch-türkische Beziehungen

Uca, Didem: Dr., Visiting Assistant Professor, Colgate University; Arbeitsschwerpunkte: Post/migrantische Literatur- und Kulturwissenschaft, inklusive Pädagogik, Bildungsroman

Zierau, Cornelia: Dr., Oberstudienrätin, Universität Paderborn; Arbeitsschwerpunkte: Interkulturelle Literaturwissenschaft und -didaktik, zeitgenössische Kinder- und Jugendliteratur, sprachsensibler Literaturunterricht

Wissenschaftlicher Beirat

Der mittlerweile zehnte Band des Jahrbuches Türkisch-deutsche Studien geht der Frage nach, wie sich das deutsch-türkische Verhältnis durch den wachsenden Zuspruch für rechtspopulistische Parteien in Deutschland, den Putschversuch 2016 in der Türkei und das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei verändert hat. Die Beiträge beschäftigen sich mit Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus, Werten und der wissenschaftlichen Subjektposition in interkultureller Forschungstätigkeit.



ISBN: 978-3-86395-453-6
eISSN: 2197-4993

Universitätsverlag Göttingen